

„Wohlstand für alle“

Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?

„Wohlstand für alle“

Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?

Erstellt vom

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
Prof. Dr. Andreas Peichl (ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München)
Martin Ungerer (ZEW)
Paul Hufe (ifo Institut)
Dr. Iryna Kyzyma (LISER Luxemburg)

Unter Mitarbeit von

Adrian Blattner (ZEW)

Im Auftrag der

Bertelsmann Stiftung

August 2017

Abstract

„Wohlstand für Alle“ – dieses Versprechen verbinden viele Deutsche mit der Sozialen Marktwirtschaft. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit werden in der öffentlichen Debatte jedoch immer häufiger Zweifel an der Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft laut, Wirtschaftswachstum mit sozialer Teilhabe zu kombinieren. Die Diskussionsbeiträge hierzu sind vielfältig und weit davon entfernt, ein einheitliches Bild zu zeichnen. Einerseits wird auf die sinkende bzw. stagnierende Reallohnentwicklung der unteren Einkommensklassen und das damit verbundene Schrumpfen der Mittelklasse in den vergangenen 30 Jahren hingewiesen. Andererseits wird vielfach der Standpunkt vertreten, dass durch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im unteren Einkommenssektor die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg überhaupt erst eröffnet wird. Zudem verteile das deutsche Steuer- und Transfersystem im internationalen Vergleich bereits jetzt überdurchschnittlich viel um.

Das Gutachten „Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?“ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung geht der Frage nach Anspruch und Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf den Grund. Ein vorrangiges Ziel ist es, über vorherrschende Kurzfristbetrachtungen hinauszugehen und durch eine historische Betrachtung ein umfassenderes Bild der Entwicklung des materiellen Wohlstands und dessen Verteilung in der Bundesrepublik zu zeichnen. Für die Untersuchung haben wir den geschichtlichen Zeitverlauf seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung unterteilt: das Wirtschaftswunder (1949 – 1966), die Nachfragesteuerung (1967 – 1982) und die Angebotssteuerung (seit 1983).

Die Analyse legt nahe, dass die praktische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft mit einer stabil positiven Entwicklung der

Gesamtwirtschaft in Deutschland einherging. Rezessionen sind vor allem im Kontext externer wirtschaftlicher Schocks zu sehen, wie den Angebotsschocks im Zuge der Ölpreiskrisen oder der von den USA ausgehenden Finanzkrise. Des Weiteren ist festzustellen, dass die BRD seit 1950 keine prolongierte Phase negativen Wachstums erlebt hat. Rezessionsjahre waren immer gefolgt von positiven Anpassungen in den Folgejahren. Beide Beobachtungen deuten auf die strukturelle Robustheit der wirtschaftspolitischen Institutionen in der BRD hin.

Die Beteiligung aller Bürger an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Die Phase des Wirtschaftswunders war von hohem Wachstum und relativ hoher, aber rückläufiger Ungleichheit gekennzeichnet. Trotz eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit konnte diese Tendenz auch in den Jahren der Nachfrageorientierung bestätigt werden. Eine Umkehr dieses Trends ist ab Mitte der 1980er Jahre, also mit Beginn der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, zu sehen. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass die Entwicklungen ab den 1990er Jahren vor allem durch die Dynamiken geprägt waren, die auf die Wiedervereinigung folgten. Während der wirtschaftliche Anpassungsprozess der neuen Bundesländer zunächst von sinkenden Ungleichheitswerten begleitet wurde, war die Zeit nach der Jahrtausendwende von einer gegenläufigen Bewegung in diesen Statistiken charakterisiert.

Als treibender Faktor sind hier die Gewinne der höheren Einkommenschichten zu nennen, die sich vor allem auf Ebene der Arbeits- und Markteinkommen manifestieren. Im Kontrast hierzu ist hingegen die Entwicklung der Einkommen in den unteren 40 Prozent als kritisch zu bewerten, da deren Wachstum seit der Wiedervereinigung und insbesondere seit Ende der 1990er Jahre deutlich hinter dem Wachstum der durchschnittlichen Einkommen zurückbleibt. Des Weiteren geht die Studie auf verschie-

dene Treiber der beobachteten Entwicklungen ein. Hierbei zeigt sich, dass der soziodemographischen Entwicklung ein nachrangiger Einfluss zuzuschreiben ist. Vielmehr ist die starke Heterogenität in den wirtschaftlichen Entwicklungspfaden einzelner Regionen in Deutschland ein wichtiger Faktor zur Erklärung der beobachteten Ungleichheitsentwicklungen.

Trotz der Dominanz der Einkommensungleichheit im öffentlichen Diskurs, geht die vorliegende Analyse darüber hinaus. Im Besonderen wird die Untersuchung der Ungleichheit durch Analysen über Chancengerechtigkeit und Armutsdynamiken ergänzt.

In Bezug auf die Chancengerechtigkeit in der Bundesrepublik lässt sich ein relativ positives Bild zeichnen. Am aktuellen Rand lassen sich nach rückläufiger Tendenz in den letzten Jahren lediglich 13 Prozent der beobachteten Einkommensungleichheit auf die ungerechte Verteilung von Chancen zurückführen. Während in der Studie positive Entwicklungen im Hinblick auf die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen festgestellt werden, bleibt jedoch auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein großer Einkommensunterschied zwischen Menschen aus Ost und West bestehen. Des Weiteren wird das Potenzial zur Einkommenserzielung zunehmend durch die sozioökonomische Stellung des Elternhauses geprägt.

Überraschenderweise schlägt sich der Beschäftigungsboom der letzten zehn Jahre nicht eindeutig in den Armutsstatistiken nieder. So findet man am aktuellen Rand die höchsten Armutsrisikoquoten in unserem Betrachtungszeitraum. Während in den Jahren des Wirtschaftswunders die höchsten Armutsrisikoquoten noch unter alleinstehenden Rentnern zu finden waren, sind am aktuellen Rand vor allem Singlehaushalte im erwerbstätigen Alter von Armut bedroht. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang auch die Zunahme der Armuts-

persistenz zu bewerten, die seit Ende der 1980er Jahre in Deutschland stark gestiegen ist. Betrug die durchschnittliche Verweildauer unterhalb der Armutsrisikogrenze 1991 noch etwa 2,5 Jahre, stieg sie im Zeitraum ab 2008 auf über drei Jahre an.

Eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung und Lage der Sozialen Marktwirtschaft liefert ein neuer Indikator für die Bewertung inklusiver wirtschaftlicher Entwicklung, der das gegenwärtige Standardmaß für gesellschaftlichen Wohlstand, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, mit der beobachteten Einkommensungleichheit sowie der Armutsrisikoquote gewichtet. Gemäß dieser gemeinsamen Betrachtung von Wirtschaftswachstum, Ungleichheits- und Armutsentwicklung ist die Wirtschaft der Bundesrepublik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft bis zum Vorabend der deutschen Wiedervereinigung stark und inklusiv gewachsen. In der Folge verläuft diese positive Entwicklung jedoch auf wesentlich flacherem Niveau, was nicht zuletzt auf die beschriebenen Steigerungen der Einkommensungleichheit und der Armutsrisikoquote zurückzuführen ist.

Es ist also festzuhalten, dass der materielle Wohlstand in Deutschland heute so groß ist wie nie zuvor. Die negativen Entwicklungen bezüglich persistenter Armut und Einkommensungleichheit konnte allerdings auch der aktuelle Beschäftigungsboom nicht ausgleichen. Daher bleibt die faire Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen auch zukünftig ein Feld großer Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft.

Abstract

“Prosperity for All” – this is the promise that many Germans associate with a social market economy. In an era in which income and wealth gaps continue to widen, public concerns are growing over the capacity of a social market economy to render the pursuit of economic growth compatible with social inclusion. Far from drawing a uniform view, contributions to the discussion represent a variety of perspectives. Some draw attention to declining or stagnating wages among low-income earners and the shrinkage of the middle class that has accompanied this trend over the past 30 years. Others point out that additional opportunities for employment in the lower income sector create opportunities for social advancement. Furthermore, it is noted, Germany’s tax and transfer system already reallocates sums that exceed the average on international comparison.

The study “How inclusive is the German Social Market Economy?” conducted on behalf of the Bertelsmann Stiftung examines both the claims and reality of Germany’s social market economy. A primary goal is to look beyond prevailing short-term considerations and draft a more comprehensive understanding of how, historically, material prosperity developed and was distributed throughout the Federal Republic. Beginning with the founding of the Federal Republic of Germany (FRG) in 1949, we explored three phases of economic development: the economic miracle (1949–1966), demand-side management (1967–1982) and supply management (since 1983).

The analysis suggests that the practical implementation of the social market economy as an economic policy model was accompanied by stable, positive developments in the German economy more broadly. Recessions came primarily in the context of external economic shocks, such as supply shocks resulting from oil price hikes or the financial crisis that originated in the United States. Furthermore, it must be noted that since 1950,

the FRG has not seen a prolonged period of negative growth. Recession years have always been followed by positive adjustments in subsequent years. Both observations point to how structurally robust the FRG’s economic policy institutions are.

Creating the terrain upon which all citizens can participate in the fruits of economic development is a key goal of the social market economy. The economic miracle phase (1949–1966) was characterized by high growth rates and relatively high but diminishing levels of inequality. Despite an increase in unemployment, this trend was also confirmed in the years in which the German economy shifted its attention to demand management. A reversal of this trend can be seen in the mid-1980s, that is, with the introduction of supply-oriented economic policies. The study also shows that developments since the 1990s have been shaped by the dynamics emerging from the process of reunification. Whereas processes of economic adjustment in the new federal states were initially accompanied by decreasing inequalities, these trends have reversed since the millennium.

A driving factor here are the profits yielded in the higher income strata that are manifest primarily in labor and market incomes. Of concern, however, is the income growth among those in the lower 40 percent of wage earners, as it has lagged behind the growth of average incomes since reunification and the end of the 1990s in particular. The study also addresses a variety of factors driving these developments and finds that sociodemographic trends play a subordinate role here. Rather, it is the strong heterogeneity among individual region’s economic development that plays a key role in explaining the inequality observed.

Whereas income inequality may continue to loom large in public discourse, the study looks beyond traditional

inequality indicators. Indeed, it examines ancillary issues such as the equality of opportunities and dynamics of poverty.

The state of equal opportunity is relatively encouraging in Germany. At present, only 13 percent of the observed income inequality is linked to the unjust distribution of opportunities. While the study points to positive trends in the income gap between men and women, the large income differentials between residents in the East and West of the country persist, even 25 years after reunification. In addition, socioeconomic background plays an increasingly important role in the potential for income generation.

Surprisingly, the employment boom of the past ten years has shown no clear impact in poverty statistics. Thus, we find here the highest at-risk-of-poverty quotas in our observation period. While during the years of the economic miracle, the highest at-risk-of-poverty quotas were found among single pensioners, currently this is true most clearly among working-age single households. Particularly critical in this context is the growing persistence of poverty, which has gained considerable traction in Germany since the late 1980s. If the average length of time spent living below the poverty threshold in 1991 was around 2.5 years, it rose to more than three years in the period from 2008 onwards.

A comprehensive assessment of the trajectory and state of the social market economy yields a new indicator for assessing inclusive economic development. This indicator takes the current standard measure of social prosperity – GDP per capita – and weights it by incorporating measures of income inequality and the at-risk-of-poverty rate. By adopting this approach in which economic growth, inequality and poverty are addressed together, the Federal Republic's economy was inclusive and featured strong

growth within the framework of a social market economy right up to the eve of German reunification. Since then, however, this encouraging development has flattened considerably as a result of the aforementioned increases in income inequality and the at-risk-of-poverty rate.

It should thus be noted that material wealth in Germany has never been greater. However, the current employment boom has not succeeded in offsetting negative developments in terms of the persistence of poverty and income inequality. As a result, distributing wealth gains with inclusion in mind will continue to pose a major challenge to Germany's social market economy.

Inhalt

1	Einleitung	9	5	Chancengerechtigkeit	35
2	Politische und wirtschaftliche Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft	10	5.1	Einkommensarten	35
			5.2	Determinanten	37
			5.3	Regionale Entwicklung	37
2.1	Wirtschaftswunder 1949 – 1966	11			
2.2	Nachfrageorientierung 1967 – 1982	11	6	Armut	39
2.3	Angebotsorientierung ab 1983	11			
2.4	Gesamtbetrachtung	12	6.1	Armutsquote	39
2.5	Arbeitslosigkeit	12	6.2	Armutsdauer	39
2.6	Preise	14	6.3	Haushaltsgruppen	39
2.7	Außenhandel	15			
2.8	Regionale Wirtschaftsentwicklung	16	7	Gemeinsame Betrachtung von Wachstum und Ungleichheit	42
3	Haushalte gestern und heute	17			
			7.1	Indikator für inklusiven Wohlstand	43
3.1	Soziodemographische Struktur	17	8	Fazit	44
3.2	Haushalte in den oberen zehn Prozent	19			
3.3	Haushalte in den unteren 40 Prozent	20			
3.4	Beschäftigungsverhältnisse	21		Abbildungen und Tabellen	45
4	Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen	22		Literatur	46
				Anhang	48
4.1	Einkommensarten	22			
4.2	Einkommensgruppen	24			
4.3	Wachstum über die Einkommensverteilung	26			
4.4	Haushaltsgruppen	29			
4.5	Regionale Entwicklung	30			
4.6	Vermögen	33			

1 Einleitung

„Wohlstand für Alle“ – dieses Versprechen verbinden viele Deutsche mit der Sozialen Marktwirtschaft. Vor dem Hintergrund der aktuell anhaltend hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit werden in der öffentlichen Debatte jedoch immer häufiger Zweifel an der Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft laut, Wirtschaftswachstum mit sozialer Teilhabe zu kombinieren. Die Diskussionsbeiträge hierzu sind vielfältig und weit davon entfernt, ein einheitliches Bild zu zeichnen. Einerseits wird auf die sinkende bzw. stagnierende Reallohnentwicklung der unteren Einkommensklassen und das damit verbundene Schrumpfen der Mittelklasse in den vergangenen 30 Jahren hingewiesen (vgl. Fratzscher 2016). Andererseits wird vielfach der Standpunkt vertreten, dass durch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im unteren Einkommenssektor die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg überhaupt erst eröffnet wird. Zudem verteile das deutsche Steuer- und Transfersystem im internationalen Vergleich bereits jetzt überdurchschnittlich viel um (vgl. Fuest 2016).

Beide Argumentationslinien fußen auf wissenschaftlicher Evidenz und spiegeln doch nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Entwicklung wider. Daher ist es das Ziel der vorliegenden Studie, durch eine historische Betrachtung ein umfassenderes Bild der Entwicklung materiellen Wohlstands und dessen Verteilung in der Bundesrepublik zu zeichnen.¹ Wir kombinieren für diese Analyse eine breite Palette von Haushaltssurveys, administrativen Steuer- und Arbeitsmarktstatistiken sowie regionalen Wirtschafts- und Wachstums- und Verteilungsindikatoren darzustellen. Im Besonderen greifen wir hierfür auf das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die Stichprobe der integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB), die World Wealth and Income Data

Base (WID), das Taxpayer-Panel (TPP) sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) zurück.² Die Kombination verschiedenster Datenquellen führt zu einer fruchtbaren Ergänzung der Daten untereinander. So kann beispielsweise der Analysezeitraum ausgedehnt, können verschiedene Einkommenskonzepte nebeneinander analysiert sowie regional heterogene Entwicklungen in den Fokus genommen werden. In Gänze ist diese Untersuchung daher im Vergleich zu Studien mit einer engeren Datenbasis in der Lage, ein nuancierteres Bild zu zeichnen.

Im folgenden Kapitel geben wir einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. In Kapitel 3 wenden wir uns der wirtschaftlichen Entwicklung auf Haushaltsebene zu. Im Speziellen sollen verschiedene Indikatoren für Ungleichheit (Kapitel 4), Chancengerechtigkeit (Kapitel 5) und Armut (Kapitel 6) im Zeitverlauf deskriptiv analysiert werden. Zu guter Letzt nehmen wir diese Kenngrößen in einer gemeinsamen Betrachtung in den Fokus.

1 Es ist zu betonen, dass sich diese Untersuchung auf die Analyse *materiellen* Wohlstands beschränkt. Dabei werden zwangsläufig breitere Ansätze der Wohlstandsmessung, die verschiedene sozio-ökonomische, ökologische sowie psychosoziale Faktoren einbeziehen, nicht beachtet (vgl. Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität 2013; Stiglitz et al. 2009).

2 Siehe Anhang A für eine dezidierte Abwägung der Vor- und Nachteile der einzelnen Datensätze im Hinblick auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand.

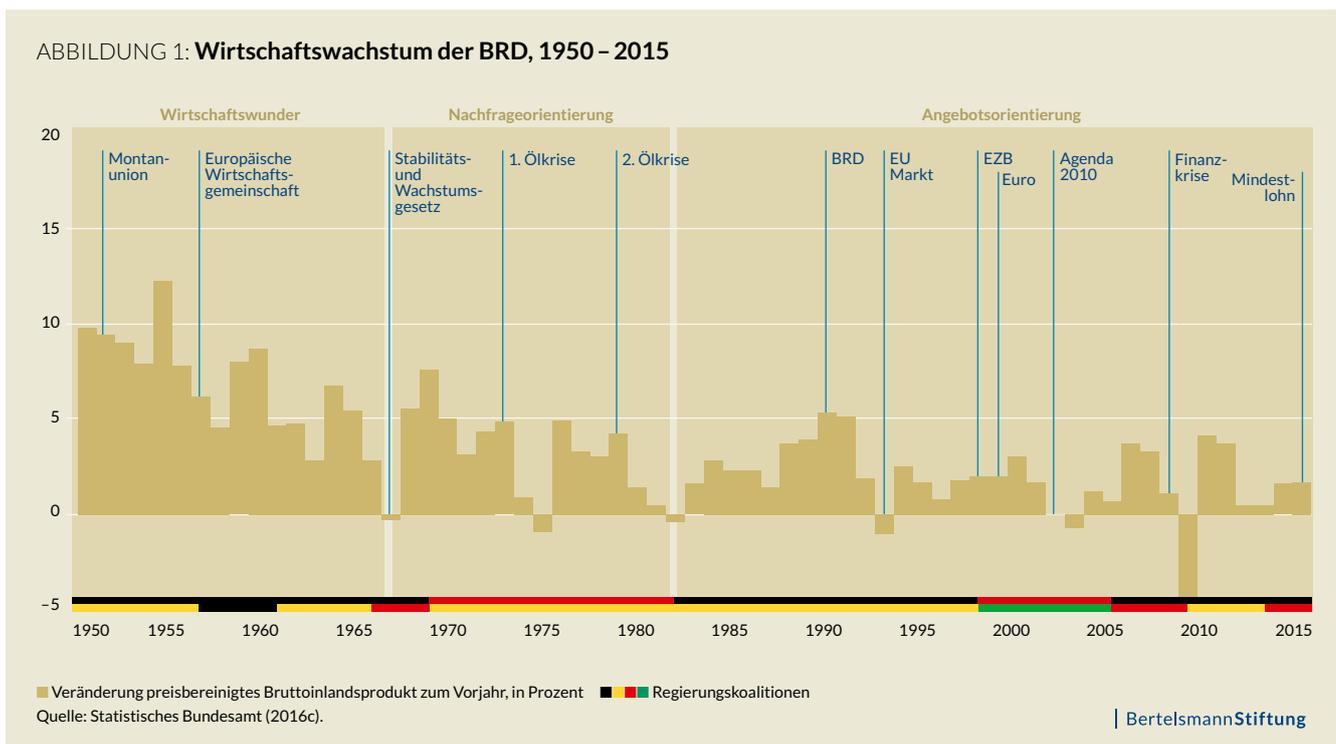
2 Politische und wirtschaftliche Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

Die westdeutsche Wirtschaftspolitik ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts vom Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Dieses Arrangement wirtschaftspolitischer Institutionen fußt auf dem Ordoliberalismus, der eine funktionsfähige Verbindung zwischen sozialpolitischer Ordnung (lat. ordo) und wirtschaftlicher Freiheit zu implementieren sucht. Ziel ist hierbei der vom 1949 bis 1963 amtierenden Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard proklamierte „Wohlstand für Alle“, also das Erreichen von Wohlstandsteigerungen unter Gewährleistung angemessener sozialer Absicherung (vgl. Müller-Armack 1966).

Ein historischer Rückblick verdeutlicht jedoch, dass die deutsche Wirtschaftspolitik diesen Elementen in verschiedenen Phasen unterschiedliche Gewichtungen beigemessen hat. Der geschichtliche Zeitverlauf kann in drei Phasen eingeteilt werden: das Wirtschaftswunder (1949 – 1966),

die Nachfragesteuerung (1967 – 1982) sowie die Angebotssteuerung (seit 1983) (vgl. Quaas 2000; Tuchtfeldt 1995). Für die folgende Analyse machen wir uns diese Kategorisierung zunutze, um ein Analyseraster zu erstellen. Zusätzlich ergänzen wir diese drei Phasen um besondere geschichtliche Ereignisse. Dabei beziehen wir uns sowohl auf politische Ereignisse, wie die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder die Einführung der Agenda 2010, als auch auf externe Faktoren wie etwa die Ölkrisen in den 1970er Jahren.

Abbildung 1 zeigt dieses Analyseraster. Neben den angesprochenen Phasen der Sozialen Marktwirtschaft und den historischen Ereignissen sind hier die Zusammensetzung der jeweiligen Regierungskoalitionen der Bundesrepublik anhand eines Balkens im unteren Bildbereich sowie die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dargestellt.



2.1 Wirtschaftswunder 1949 – 1966

Die erste Phase der Sozialen Marktwirtschaft war geprägt von ordoliberaler Wirtschaftspolitik, starkem Wirtschaftswachstum und einem enormen Beschäftigungsboom. Sie wird wegen ihrer außerordentlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung zumeist als „Wirtschaftswunder“ betitelt. Allerdings wehrten sich einige politische Akteure der damaligen Zeit, allen voran Ludwig Erhard, gegen diese Bezeichnung. Sie sahen den wirtschaftlichen Erfolg nicht in höheren Mächten, sondern vielmehr im fortschrittlichen und erfolgreichen Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft begründet. Dass der wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 1950 bis 1966 besonders stark war, verdeutlicht Abbildung 1. So stellt die erste Phase die bisher längste und stärkste Wachstumsperiode in der Geschichte der BRD dar. Zwischen 1950 und 1966 wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um 6,85 Prozent, im Vergleich zu einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 3,30 Prozent über den gesamten Zeitraum 1950 bis 2015. Der Hauptgrund für das in dieser Periode starke Wirtschaftswachstum ist der Wiederaufbau des zerstörten Nachkriegsdeutschlands.

Bereits mit dem Übergang zu den 1960er Jahren ist ein Nachlassen der Hochkonjunktur festzustellen. Wuchs die deutsche Volkswirtschaft in den 1950er Jahren um durchschnittlich 8,22 Prozent, so verlangsamte sich das durchschnittliche Wachstum in der Periode von 1960 bis 1966 auf 5,09 Prozent. Der Blick auf die politischen Rahmenbedingungen zeigt, dass in die erste Phase als wesentlicher Bestandteil das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen fällt, das den Weg für die Zerschlagung marktbeherrschender Konzerne sowie das Verbot wettbewerbsbeschränkender Maßnahmen ebnete. Neben dieser marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik wurde eine auf sozialen Ausgleich ausgerichtete Sozialpolitik aufbauend auf den bestehenden Institutionen und Strukturen ausgebaut. Ein großer Schritt war dabei die Rentenreform 1957. Anstelle der bis dahin kapitalgedeckten Rentenversicherung wurde eine umlagefinanzierte und dynamische Altersrente eingeführt, die nicht mehr nur als Zuschuss zur Finanzierung des Lebensunterhalts diente, sondern als Lohnersatz fungierte. Bei der Berechnung der Renten sollte die Lohnentwicklung berücksichtigt werden, um Rentner mit ihrer gesetzlichen Rente an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen.

2.2 Nachfrageorientierung 1967 – 1982

Auf die erste Periode folgte die Phase der sogenannten Nachfrageorientierung, die 1967 (– 0,3 %) mit der ersten

Rezession der noch jungen Bundesrepublik begann. Historisch war diese Periode durch die Ölkrise geprägt und weist einen deutlichen Trend hin zu geringeren durchschnittlichen Wachstumsraten und kürzeren Wachstumsperioden auf. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 markierte den Wechsel zu einer aktiven Konjunkturpolitik im Sinne der Keynesianischen Wirtschaftsschule. Das Gesetz spiegelt damit auch den Glauben an die Steuerbarkeit der Wirtschaft durch wirtschaftspolitische Institutionen wider. Konkret war es das Ziel, der Stagnation der Wirtschaft mit staatlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Zielparameter waren hierbei die Schaffung von (1) Preisniveaustabilität, (2) eines hohen Beschäftigungsgrads, (3) eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie (4) eines angemessenen Wirtschaftswachstums. Diese Faktoren werden auch unter dem Begriff „magisches Viereck“ zusammengefasst.

Neben diesen wirtschaftspolitischen Veränderungen wurde außerdem auf sozialpolitischer Ebene mit dem 1969 eingeführten und seitdem mehrfach novellierten Arbeitsförderungsgesetz das Kernstück der staatlichen Arbeitsmarktpolitik geschaffen. Die Sozial- und Arbeitslosenversicherung stellte eine Ergänzung der bereits in der ersten Phase eingeführten Rentenversicherung dar. Grundsätzlich sollte den Empfängern durch die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherung eine menschenwürdige Lebensführung auf dem soziokulturellen Mindestniveau der Gesellschaft ermöglicht werden.

2.3 Angebotsorientierung ab 1983

Der Regierungswechsel von einer sozial-liberalen Koalition zu einer CDU-geführten Regierung läutete im Jahr 1982 wieder eine grundlegende Veränderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung ein. Steigende Arbeitslosigkeit und Inflation sowie niedrigere Wachstumsraten konnten auch durch öffentliche Investitionen nicht hinreichend ausgeglichen werden und führten zunehmend zu einer Erhöhung des Staatsdefizits. Obwohl die wirtschaftliche Instabilität teilweise von externen Faktoren, wie den Ölkrise, herührte, ebnete sie den Weg für einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Die Phase der Angebotsorientierung war anfangs geprägt von einer Reduktion der Staatsausgaben, moderaten Steuersenkungen für Unternehmen sowie einer konsequenten Preispolitik der Deutschen Bundesbank (vgl. Zohlhöfer 2013).

In der Literatur herrscht zuweilen die Auffassung, die deutsche Wiedervereinigung habe die vierte Phase der Sozialen Marktwirtschaft eingeläutet. Im Staatsvertrag über die

Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) vom 18. Mai 1990 wurde die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschafts- und Sozialordnung festgelegt und ist seitdem, anders als im Grundgesetz, als Wirtschaftsordnung vorgeschrieben.

An der eigentlichen wirtschaftspolitischen Grundordnung der Bundesrepublik hat sich durch die Eingliederung der DDR nichts geändert. In der Zeit nach der Wiedervereinigung wurde die Politik der Angebotsorientierung zunächst fortgesetzt. So sank etwa der Spitzensteuersatz von 53 Prozent im Jahr 1989 auf 42 Prozent im Jahr 2005. Lediglich die Rezession im Zuge der Finanzkrise 2008 führte zu einer kurzzeitigen Renaissance der Nachfrageorientierung im Rahmen der Konjunkturpakete I und II. Nach der wirtschaftlichen Erholung wurde diese allerdings rasch dem Ziel eines Haushaltsausgleichs untergeordnet. Daher zählen wir in dieser Studie auch die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung zur Phase der Angebotsorientierung (vgl. Adam 2016; BMWi und BMF 2008). Sicher ist, dass die Wiedervereinigung sowohl die Wirtschafts- als auch die Sozialpolitik vor große Herausforderungen stellte. Der sprunghafte Anstieg der Nettoverschuldung, ausgelöst durch den Aufbau Ost, erhöhte den Reformdruck auf die wirtschaftspolitischen Institutionen der BRD. Dies wird auch daran deutlich, dass nach der letzten längeren Wachstumsperiode ab 1993 keine Wachstumsphase mehr ein Niveau von durchschnittlich zwei Prozent übersteigt.

Die Agenda 2010 kann als Versuch gelten, diesem Trend entgegenzuwirken. Der Kern dieses Reformprogramms bestand aus der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie der Fortführung der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Der Grundgedanke der Arbeits- und Sozialreformen war der des Förderns und Forderns: Staatliche Leistungen sollten mit der Verpflichtung auf Gegenleistung verbunden werden, um alle Möglichkeiten zur Beendigung und Verringerung der Hilfsbedürftigkeit auszuschöpfen. Schließlich setzte die Bundesregierung mit dem Mindestlohngesetz im Jahr 2015 einen weiteren Meilenstein der Sozialen Marktwirtschaft. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn erklärte die Lohnuntergrenze ab dem 1. Januar 2015 für branchenübergreifend verbindlich.

2.4 Gesamtbetrachtung

Die obige Analyse (Abbildung 1) legt nahe, dass die praktische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft mit einer stabil positiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland einherging.

Allerdings war das insgesamt stabile Wachstum immer wieder Schwankungen unterworfen. Außerdem scheint es sinnvoll, die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft losgelöst von den Konvergenzbewegungen der Nachkriegszeit zu beurteilen, weil diese Periode ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum aufweist. Auch ein Blick auf die Rezessionsjahre ist in dieser Hinsicht aufschlussreich. Während das Negativwachstum der Jahre 1975, 1982 und 1993 jeweils mit Ölpreiskrisen zusammenfällt, stehen die Rezessionen der Jahre 2003 und 2009 eng mit dem Platzen der Internet- und der Immobilienblase in den USA in Verbindung. Somit sind die jeweiligen Rezessionen vor allem im Kontext externer wirtschaftlicher Schocks zu sehen.

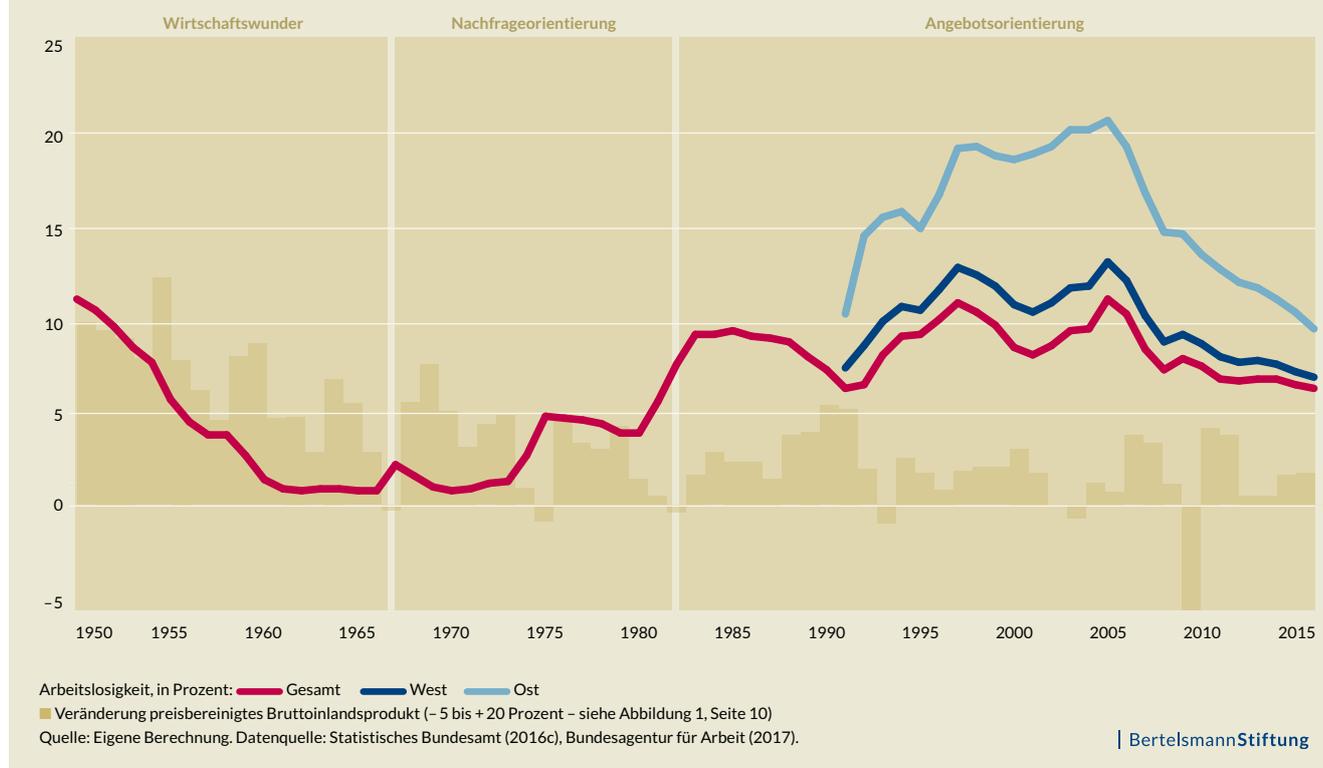
Des Weiteren ist festzustellen, dass die BRD seit 1950 keine prolongierte Phase negativen Wachstums erlebt hat. Rezessionsjahre waren immer gefolgt von positiven Anpassungen in den Folgejahren. Beide Beobachtungen deuten auf die strukturelle Robustheit der wirtschaftspolitischen Institutionen in der BRD hin. Die skizzierte Entwicklung rückt nun in den Hintergrund, um als Analyseraster zu dienen, in dessen Kontext wir die detaillierten Analysen vornehmen. Um das Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der BRD weiter zu vertiefen, wenden wir uns zunächst weiteren wirtschaftlichen Indikatoren wie der Arbeitslosigkeit und der Außenhandelsbilanz zu. Diese geben erste Hinweise auf mögliche Verteilungskonsequenzen der oben skizzierten Wachstumsraten. Erst im darauffolgenden Schritt wenden wir uns der expliziten Analyse auf Haushaltsebene zu.

2.5 Arbeitslosigkeit

Aufgrund des hohen Einflusses der Erwerbstätigkeit auf das individuell erzielte Einkommen ist die Arbeitslosenquote ein zentraler Indikator zur Beurteilung der Inklusivität des erzielten Wirtschaftswachstums. Die erste Phase der Sozialen Marktwirtschaft ist zu Beginn der 1950er Jahre noch von einer relativ hohen Arbeitslosenquote von mehr als zehn Prozent gekennzeichnet (Abbildung 2). Durch das massive Wirtschaftswachstum in den Jahren des Wirtschaftswunders sinkt diese bereits bis 1955 um mehr als die Hälfte. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass der deutsche Arbeitsmarkt mittelfristig nicht allein die stetig steigende Nachfrage nach Arbeitskräften hinreichend würde bedienen können. Daraus resultierte die Gefahr, das anhaltende Wachstum und damit auch die Mehrung des allgemeinen Wohlstands zu gefährden.

Um dem drohenden Arbeitskräftemangel vorzubeugen, wurden bereits Ende der 1950er Jahre mit verschiedenen

ABBILDUNG 2: Arbeitslosigkeit, 1950 – 2016

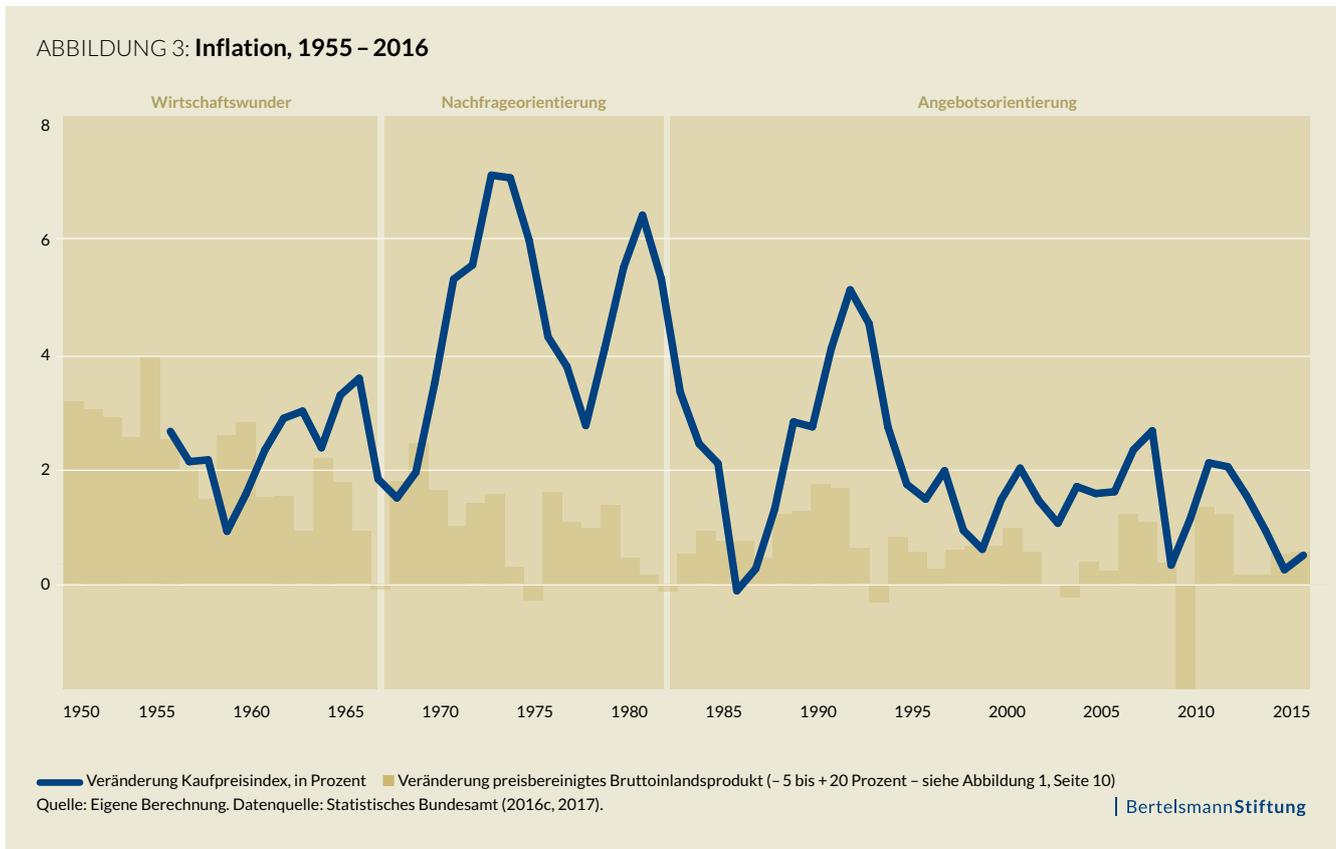


| BertelsmannStiftung

Staaten, allen voran Italien, Anwerbeabkommen für Gastarbeiter verhandelt. Da das Wirtschaftswachstum zunächst anhielt, kam es bereits 1960 zur faktischen Vollbeschäftigung in Deutschland. Die erste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik 1966/1967 und der damit einhergehende Wechsel des wirtschaftspolitischen Regimes hin zur Nachfrageorientierung fällt mit einem ersten, noch schwachen Anstieg der Arbeitslosigkeit zusammen. Dieser entpuppte sich aber zunächst nur als kurzfristige Schwankung. Erst die Ölkrisen in den 1970er Jahren führten zu einem signifikanten und persistenten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Rezession nach der ersten Ölkrise 1973 ließ die Arbeitslosigkeit auf beinahe fünf Prozent steigen. Nach einer kurzen Phase der Erholung kam es durch eine zweite, stärkere Rezession nach der zweiten Ölkrise 1979 zu einem weiteren Anstieg auf fast zehn Prozent im Jahr 1985. Aus diesen ersten negativen Entwicklungen resultierte ein Umschwung in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die schwächelnde Wirtschaft zu unterstützen. Damit begann die dritte Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Trotz der neuen wirtschaftspolitischen Orientierung verharrte die Arbeitslosigkeit jedoch zunächst auf einem konstant hohen Niveau. Erst in den Jahren unmittelbar vor der deutschen Wiedervereinigung ist ein Trend zu sinkenden Arbeitslosenzahlen erkennbar.

Ab der deutschen Wiedervereinigung kann die Arbeitslosigkeit getrennt für Ost-, West- und Gesamtdeutschland betrachtet werden. Bis 1997 stieg die Arbeitslosenquote sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutlich. Dabei lag die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit zeitweise 20 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Dies ist auch durch die massive Deindustrialisierung im Zuge der wirtschaftlichen Anpassung nach der Wiedervereinigung zu erklären. Ab 1998 kam es zu einer kurzen Phase der wirtschaftlichen Erholung mit sinkenden Arbeitslosenzahlen. Diese fiel in Westdeutschland jedoch deutlich stärker aus als in Ostdeutschland, wo die Arbeitslosenquote kaum sank.

Bereits Anfang der 2000er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit in allen Teilen Deutschlands im Zuge einer weiteren Rezession wieder an. Auch die Einführung der Agenda 2010 scheint in den ersten Jahren keinen positiven Effekt gehabt zu haben. Dies liegt wesentlich an zwei Aspekten. Zum einen wurden kurzfristig durch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik Menschen als arbeitssuchend registriert, die bisher nicht in den Statistiken enthalten waren. Zum anderen treten die Effekte veränderter arbeitsmarktpolitischer Institutionen zumeist zeitverzögert auf. In der Tat ging das Wirtschaftswachstum ab 2005 mit sinkenden Arbeitslosenzahlen



in den Folgejahren einher. Selbst in der Finanzkrise und der darauf folgenden Weltwirtschaftskrise erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt als robust. Die Arbeitslosigkeit sank von circa zwölf Prozent im Jahr 2005 auf etwa sechs Prozent im Jahr 2015. Noch beeindruckender ist die Erholung in Ostdeutschland. Dort sank die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von 20 auf weniger als zehn Prozent. Dies ist insbesondere auf den Aufschwung am Arbeitsmarkt mit steigenden Beschäftigtenzahlen zurückzuführen.

Die Abwanderung aus Ostdeutschland spielt in diesem Zeitraum nur noch eine untergeordnete Rolle. Es lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass sich die Arbeitslosenquoten in den vergangenen zehn Jahren deutlich verringert haben, auch wenn Vollbeschäftigung wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders weiterhin unerreicht bleibt.

2.6 Preise

Preise sind für eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung aus zwei Gründen von Interesse. Zum einen beeinflussen sie die Kaufkraft der Haushalte bzw. deren real verfügbare Einkommen. Zum anderen geben sie Aufschluss über die Volatilität der wirtschaftlichen Entwicklung. Preisentwicklung

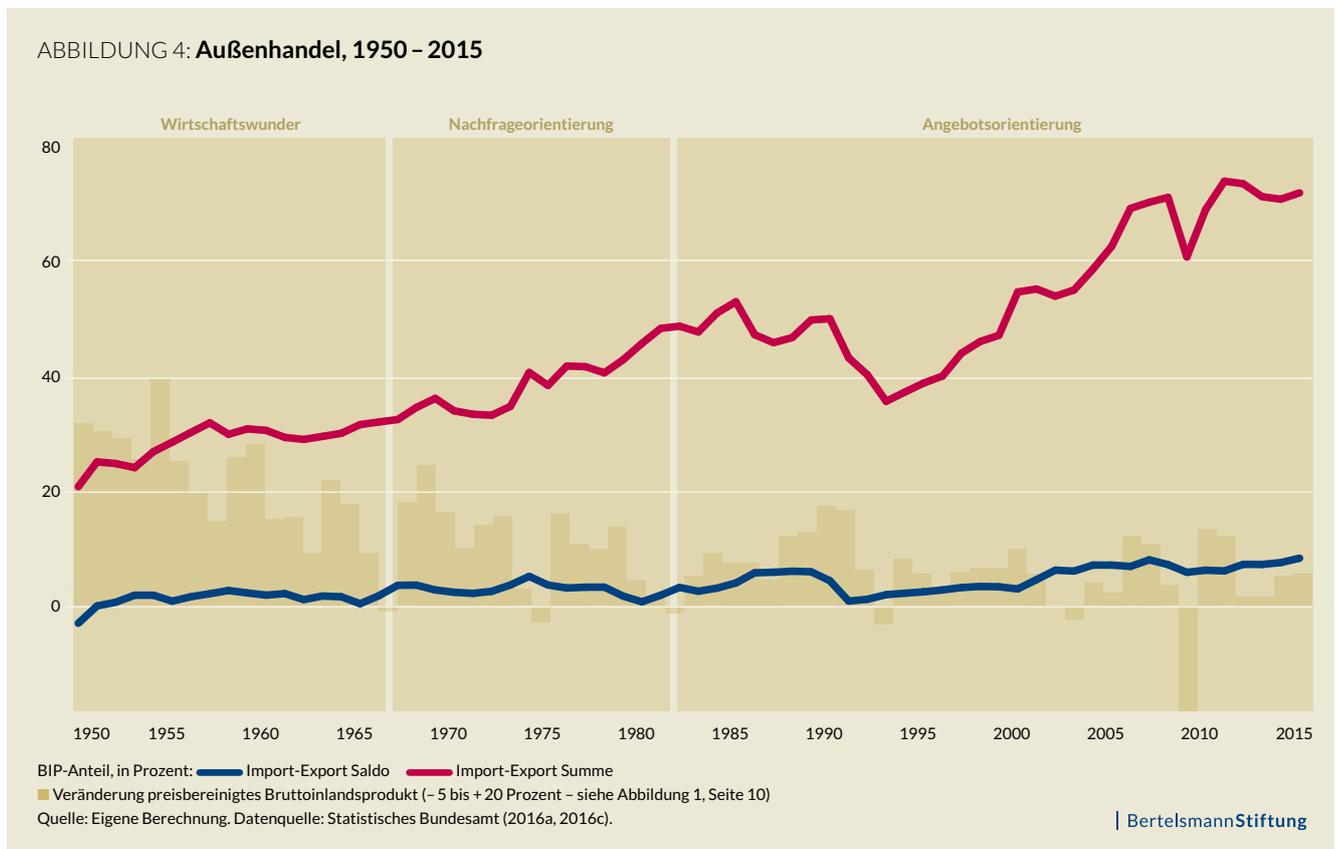
und Inflation werden in der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundesbank und, seit ihrer Gründung, von der Europäischen Zentralbank überwacht. Deren Ziel ist ein stabiles Preisniveau mit einer Inflationsrate von circa zwei Prozent.

Wie in Abbildung 3 zu erkennen ist, lag in der Zeit des Wirtschaftswunders die durchschnittliche Teuerungsrate jährlich zwischen zwei und vier Prozent und somit leicht über dem Zielwert.

In der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft lag die durchschnittliche Inflation nicht nur deutlich über fünf Prozent; auch die Schwankungen fielen in diesem Zeitabschnitt, getrieben von den Ölpreiskrisen, stärker aus.

In der dritten Phase der Sozialen Marktwirtschaft kam es zunächst zu einem massiven Sinken der Inflationsrate, gefolgt von einem Anstieg in ähnlicher Größenordnung. Seit Mitte der 1990er Jahre und mit Gründung der Europäischen Zentralbank liegt die durchschnittliche Inflationsrate um die zwei Prozent, mit einem Ausreißer nach unten während der Finanzkrise. Trotz der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank liegt die Teuerungsrate am aktuellen Rand bei circa null Prozent.

ABBILDUNG 4: Außenhandel, 1950 – 2015



2.7 Außenhandel

Der Export ist seit jeher ein wichtiger Pfeiler der deutschen Wirtschaft. Gerade mit Blick auf die aktuell diskutierten Exportüberschüsse Deutschlands ist eine historische Betrachtung dieser Entwicklung von Interesse (Abbildung 4). Im betrachteten Zeitraum nahm die Relevanz des Außenhandels für die Bundesrepublik mit einigen Unterbrechungen deutlich zu. Lag der Import-Export-Saldo bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch bei circa minus drei Prozent, verkehrte sich dieser Wert bereits in den ersten Jahren des Wirtschaftswunders ins Positive und stieg bis Ende der 1950er Jahre auf bis zu zwei Prozent des BIP an. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland exportierte also schon damals mehr, als sie importierte. Verglichen mit der heutigen Zeit hielten sich die Exportüberschüsse zu dieser Zeit allerdings in Grenzen. Dies kann durch die starke Binnennachfrage im Zuge des Wiederaufbaus erklärt werden.

In der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft stieg der Import-Export-Saldo zunächst auf bis zu fünf Prozent. Die gesteigerten Importkosten während der Ölkrise in den 1970er Jahren führten jedoch zu einem Rückgang des Außenhandelsüberschusses. Erst in der Zeit der wirtschaft-

lichen Angebotsorientierung stieg dieser wieder auf bis zu sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Durch die deutsche Wiedervereinigung sank ab 1989 der Import-Export-Saldo massiv auf weniger als ein Prozent, was auf die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrien zurückzuführen war.

Im Zuge der Integration des EU-Binnenmarkts sowie der Etablierung der europäischen Währungsunion stiegen die Exportüberschüsse, lediglich unterbrochen durch die Finanzkrise 2008, wieder bis auf acht Prozent des BIP an.

Neben dem Saldo der Importe und Exporte lässt sich aus Daten zum Außenhandel auch ein Maß für die Offenheit einer Volkswirtschaft ableiten. Dieses ist definiert als die Summe aus Importen und Exporten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Auch anhand dieses Maßes lässt sich die zunehmende Integration der deutschen Ökonomie in eine globalisierte Weltwirtschaft feststellen. Lag die Offenheit zu Beginn der Phase des Wirtschaftswunders noch bei 20 Prozent, stieg sie bis Ende der 1950er Jahre auf 30 Prozent.

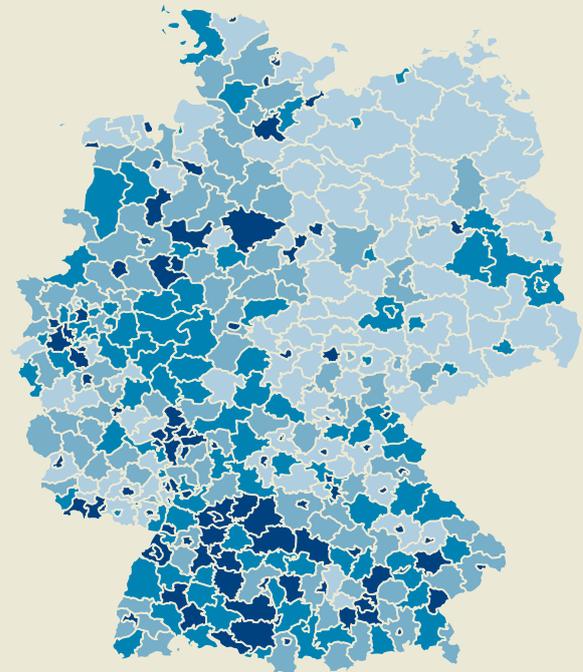
Weitere Zunahmen auf bis zu 52 Prozent im Jahr 1985 lassen sich sowohl für die Phase der Nachfrageorientierung als auch die Angebotsorientierung feststellen. Im Zuge der

ABBILDUNG 5: **Wirtschaftswachstum innerhalb der BRD, 1992 – 2014**



■ 4. Quartil ■ 3. Quartil ■ 2. Quartil ■ 1. Quartil
 Das 4. Quartil beinhaltet die obersten 25 Prozent aller Kreise, geordnet nach Wirtschaftswachstum / Kopf im jeweiligen Zeitraum. Die weiteren Quartile sind analog in absteigender Reihenfolge definiert. Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit bildet diese Graphik die Bundesländer Sachsen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen lediglich für den Zeitraum 1992 – 2012 ab.
 Quelle: Eigene Berechnung. Datenquelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2016). | BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 6: **Wirtschaftliche Unterschiede innerhalb der BRD, 2014**



■ 4. Quartil ■ 3. Quartil ■ 2. Quartil ■ 1. Quartil
 Das 4. Quartil beinhaltet die obersten 25 Prozent aller Kreise, geordnet nach BIP / Kopf im jeweiligen Zeitraum. Die weiteren Quartile sind analog in absteigender Reihenfolge definiert. Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit bildet diese Graphik die Bundesländer Sachsen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern sowie Niedersachsen lediglich für den Zeitraum Jahr 1992–2012 ab.
 Quelle: Eigene Berechnung. Datenquelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2016). | BertelsmannStiftung

deutschen Wiedervereinigung fällt die Offenheit zunächst auf 35 Prozent zurück. Die Integration des EU-Binnenmarkts bewirkte allerdings eine Trendumkehr und beförderte Steigerungen auf bis zu 70 Prozent am aktuellen Rand.

2.8 Regionale Wirtschaftsentwicklung

Die beobachteten Entwicklungen auf nationaler Ebene verbergen große Heterogenitäten auf regionaler Ebene. Abbildung 5 zeigt das Wirtschaftswachstum innerhalb der BRD auf Kreisebene zwischen den Jahren 1992 und 2014.

Mit Ausnahme Berlins gehören alle beobachteten Kreise in den neuen Bundesländern zum obersten Viertel der Kreise mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Während die Kreise mit dem niedrigsten Wirtschaftswachstum (Kaufbeuren (16,53%), Leverkusen (17,77%) und Offenbach a.M. (21,41%)) allesamt in den alten Bundesländern zu finden sind, konstituiert sich die Spitzengruppe mit Sonne-

berg (318,10%), Teltow-Fläming (282,63%) und dem ILM-Kreis (263,17%) ausschließlich aus Kreisen in den neuen Bundesländern.

Ähnlich zur Hochkonjunkturphase der Nachkriegsjahre in der BRD ist diese Entwicklung als Aufholprozess der neuen Bundesländer zu interpretieren. Abbildung 6 zeigt weiterhin deutliche Niveauunterschiede zwischen Ost und West im Pro-Kopf-BIP auf Kreisebene für das Jahr 2014. Während urbane Zentren wie Leipzig oder Jena als Leuchttürme in der wirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen sind, sammeln sich insbesondere die ländlichen Regionen im unteren Viertel der wirtschaftsstärksten Kreise. Interessanterweise sind die wirtschaftsschwächsten Kreise jedoch nicht im Osten zu finden, sondern liegen mit der Südwestpfalz (14.945 Euro), Kusel (15.411 Euro) und dem Rhein-Pfalz-Kreis (16.217 Euro) allesamt in Rheinland-Pfalz. Die Top 3 auf Bundesebene sind Wolfsburg (136.531 Euro), Ingolstadt (123.014 Euro) und München (99.343 Euro).

3 Haushalte gestern und heute

Im Rahmen der skizzierten Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren hat sich auch die Struktur und Zusammensetzung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Zeit verändert. Insbesondere die Altersstruktur, der Anteil der Haushalte mit Migrationshintergrund und die Anzahl der Kinder haben sich seit Gründung der Bundesrepublik teilweise deutlich verändert. Auch die Beschäftigungsverhältnisse und der Anteil weiblicher Arbeitnehmer in den Haushalten stellen sich heute deutlich anders dar als noch in den 1960er Jahren. Diese Entwicklungen stellen die aktuelle Politik vor verschiedene Herausforderungen. Hat man bei Einführung des umlagefinanzierten Rentensystems noch mit hoher und konstanter Fertilität gerechnet, so muss aufgrund des demographischen Wandels heute über die Zukunftsfähigkeit dieses Systems diskutiert werden.³

3.1 Soziodemographische Struktur

Zum Zweck einer ersten Einordnung der soziodemographischen Entwicklung, segmentieren wir die Bevölkerung

³ Die Ergebnisse dieses Kapitels decken sich größtenteils mit denen der offiziellen Berichterstattung (vgl. IAW und ZEW 2016). Geringe Abweichungen ergeben sich aus leicht unterschiedlichen Definitionen im Zuge der Harmonisierung der Datengrundlage des SOEP und der EVS.

nach Haushaltstypen. In der ersten Dimension unterscheiden wir zwischen Single- und Mehrpersonenhaushalten. Des Weiteren ziehen wir die Altersstruktur des Haushalts in Betracht, indem wir zwischen Haushalten unterscheiden, in denen mindestens ein oder aber kein Mitglied älter als 65 Jahre ist. Bei den jungen Mehrpersonenhaushalten unterscheiden wir wiederum noch einmal zwischen Haushalten ohne und mit Kindern unter 18 Jahren. Innerhalb dieser Gruppe erfassen wir noch einmal separat alleinerziehende Haushalte. Tabelle 1 fasst diese Einteilung zusammen.

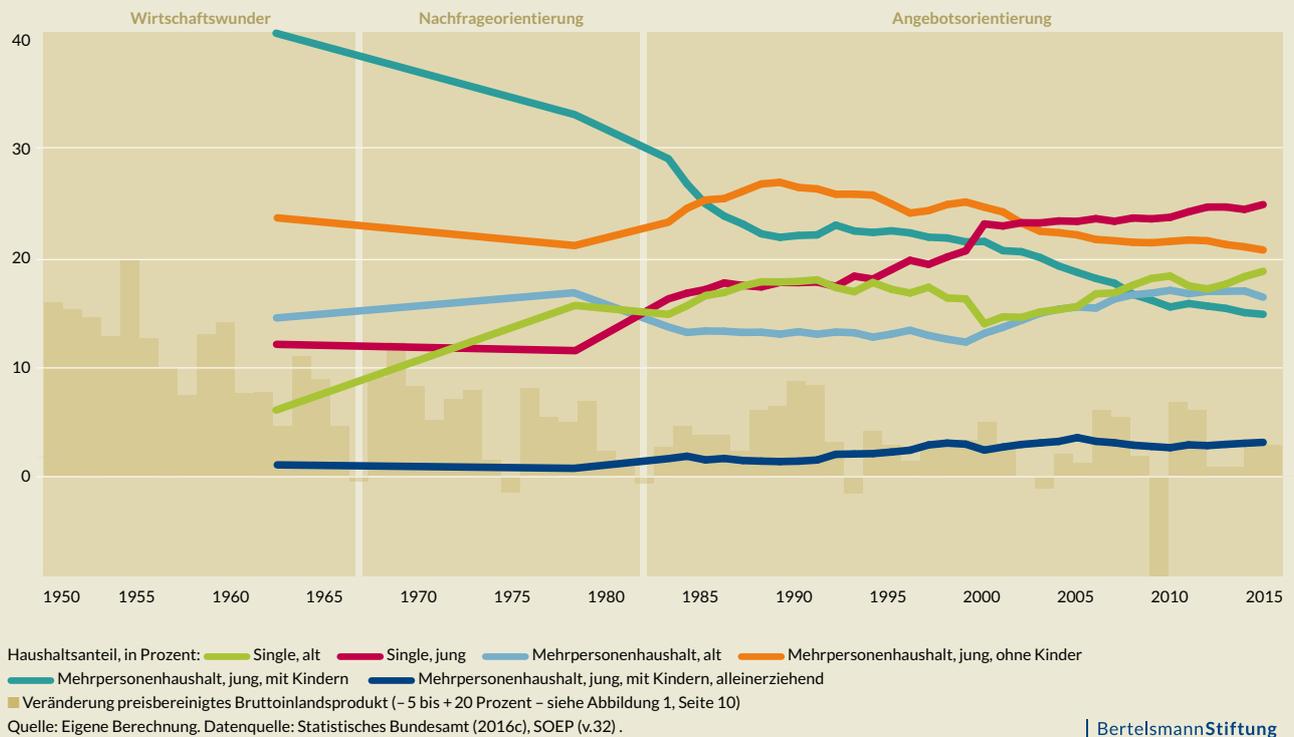
In der ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft lag der Anteil der Haushalte mit Mitgliedern unter 65 Jahren und Kindern (Typ 5) noch bei 40,7 Prozent (Abbildung 7). Dabei stellten alleinerziehende Haushalte (Typ 6) die absolute Minderheit dar (1,7%). Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (Typ 4) hatten einen Anteil von 23,6 Prozent, und ältere Mehrpersonenhaushalte (Typ 3) kamen auf 14,7 Prozent. Single-Haushalte unter 65 (Typ 2) hatten einen Anteil von 12,4 und solche über 65 (Typ 1) einen Anteil von 6,5 Prozent. Über die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft waren bereits zwei grundlegende Veränderungen zu beobachten. Zum einen ging der Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern zurück. Zum anderen stieg der Anteil der Single-Haushalte mit ausschließlich Senioren.

TABELLE 1: Einteilung in Haushaltstypen

Haushaltstyp	Beschreibung
Typ 1	Single-Haushalt, über 65 Jahre
Typ 2	Single-Haushalt, unter 65 Jahre
Typ 3	Mehrpersonen-Haushalt, mindestens ein Haushaltsmitglied über 65 Jahre
Typ 4	Mehrpersonen-Haushalt, alle Haushaltsmitglieder unter 65 Jahre, ohne Kinder
Typ 5	Mehrpersonen-Haushalt, alle Haushaltsmitglieder unter 65 Jahre, mit Kindern
Typ 6	Mehrpersonen-Haushalt, alle Haushaltsmitglieder unter 65 Jahre, mit Kindern, alleinerziehend

Quelle: Eigene Darstellung.

ABBILDUNG 7: Altersstruktur der Haushalte in der BRD, 1962 – 2015



| BertelsmannStiftung

TABELLE 2: Haushaltscharakteristika über die Zeit, Gesamtbevölkerung

	1984/1985	1991/1992	2005/2006	2014/2015
Altersstruktur				
Anzahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder	2,25	2,16	2,00	1,99
Anteil 18 – 30 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	25,23%	24,60%	16,14%	15,17%
Anteil 31 – 50 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	40,18%	39,88%	45,27%	37,53%
Anteil 51 – 64 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	18,59%	17,91%	18,07%	23,31%
Anteil über 65 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	15,99%	17,61%	20,53%	23,99%
Anzahl Minderjähriger im Haushalt	0,83	0,78	0,70	0,63
Anteil 0 – 3 Jahre an Kindern im Haushalt	16,40%	22,98%	16,72%	17,57%
Anteil 4 – 11 Jahre an Kindern im Haushalt	35,06%	44,04%	42,74%	41,99%
Anteil 12 – 17 Jahre an Kindern im Haushalt	48,54%	32,98%	40,54%	40,23%
Sozioökonomische Charakteristika				
Anteil Frauen an erwachsenen Haushaltsmitgliedern	53,51%	53,57%	54,07%	53,72%
Anteil Haushaltsmitglieder mit ausländischer Nationalität	6,87%	5,93%	7,32%	8,32%
Anteil Haushaltsmitglieder mit Behinderungen	9,96%	10,45%	10,98%	11,88%
Anteil Verheirateter an Erwachsenen im Haushalt	59,34%	61,34%	55,11%	50,07%
Anteil Uni- /FH-Absolventen an Erwachsenen im Haushalt	7,98%	11,19%	15,42%	20,29%
Anteil Erwachsener mit höchst. Berufsausbildung /Abitur	60,82%	59,92%	58,01%	53,47%
Anteil Erwachsener mit weniger als Berufsausbildung /Abitur	30,36%	24,61%	17,12%	14,92%
Anteil Wohnort Ostdeutschland	0,00%	10,87%	17,85%	16,93%

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von SOEP (v32).

TABELLE 3: Haushaltscharakteristika über die Zeit, Top 10 Prozent

	1984/1985	1991/1992	2005/2006	2014/2015
Altersstruktur				
Anzahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder	2,21	2,20	2,02	2,05
Anteil 18 – 30 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	17,20%	16,56%	8,38%	8,12%
Anteil 31 – 50 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	45,58%	50,77%	44,93%	38,08%
Anteil 51 – 64 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	26,57%	21,87%	30,26%	35,27%
Anteil über 65 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	10,65%	10,80%	16,43%	18,53%
Anzahl Minderjähriger im Haushalt	0,49	0,47	0,42	0,38
Anteil 0 – 3 Jahre an Kindern im Haushalt	12,48%	20,57%	12,42%	17,42%
Anteil 4 – 11 Jahre an Kindern im Haushalt	31,42%	38,72%	44,79%	38,08%
Anteil 12 – 17 Jahre an Kindern im Haushalt	56,10%	40,70%	42,79%	44,49%
Sozioökonomische Charakteristika				
Anteil Frauen an erwachsenen Haushaltsmitgliedern	48,66%	47,63%	48,89%	48,34%
Anteil Haushaltsmitglieder mit ausländischer Nationalität	2,12%	1,60%	4,51%	3,72%
Anteil Haushaltsmitglieder mit Behinderungen	8,86%	7,85%	8,81%	7,52%
Anteil Verheirateter an Erwachsenen im Haushalt	68,09%	65,02%	62,13%	60,17%
Anteil Uni-/FH-Absolventen an Erwachsenen im Haushalt	24,29%	30,08%	41,91%	50,84%
Anteil Erwachsener mit höchst. Berufsausbildung / Abitur	61,51%	54,50%	44,54%	34,25%
Anteil Erwachsener mit weniger als Berufsausbildung / Abitur	13,48%	8,27%	5,36%	3,74%
Anteil Wohnort Ostdeutschland	0,00%	1,15%	5,90%	6,91%
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von SOEP (v32).				

In der dritten Phase der Sozialen Marktwirtschaft geht der Anteil der jungen Haushalte mit Kindern zurück, insbesondere nach der Wiedervereinigung. Lag deren Anteil im Jahr 1983 noch bei 28,8 Prozent, geht er bis auf 15,5 Prozent im Jahr 2015 zurück. Dieser Rückgang vollzieht sich in besonderem Maße zugunsten älterer Mehrpersonenhaushalte. Des Weiteren lassen sich steigende Anteile bei Single-Haushalten und Alleinerziehenden festhalten. Der Anteil letzterer Gruppe stieg von 2,0 Prozent zur Zeit der Wiedervereinigung auf 3,7 Prozent in der letzten Beobachtungsperiode. Jenseits der definierten Haushaltstypen kann eine noch feingliedrigere Untersuchung auf Basis des SOEP durchgeführt werden. Hier lässt sich über den Untersuchungszeitraum ein deutlicher Rückgang der Haushaltsgröße verzeichnen (Tabelle 2). Lebten 1984/1985 noch durchschnittlich 2,25 Erwachsene und 0,83 Kinder in einem Haushalt, so sind es 2014/2015 im Schnitt nur noch 1,99 Erwachsene und 0,63 Kinder.

Auch in der Haushaltsstruktur lassen sich Veränderungen erkennen. So ist der Anteil der Altersklassen bis 50 Jahre durchgängig rückläufig. Gleichzeitig nehmen der durchschnittliche Anteil der Personen zwischen 51 und 64 Jahren sowie der Anteil der Personen über 65 Jahre zu. Waren 1984/1985 pro Haushalt 16 Prozent der erwachsenen Haus-

haltsmitglieder über 65 Jahre alt, so sind es 2014/2015 bereits circa 24 Prozent. Diese Zahlen bestätigen somit die in Abbildung 7 erkennbaren Veränderungen in der demographischen Struktur. Zugleich ist ein Trend zu mehr Bildung erkennbar. So ist der Anteil der Erwachsenen, die weder über ein Abitur, noch über eine Berufsausbildung verfügen, seit der ersten Untersuchungsperiode 1984/1985 rückläufig. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Hochschulabsolventen von durchschnittlich acht auf über 20 Prozent der erwachsenen Personen pro Haushalt mehr als verdoppelt. Ebenfalls auffällig ist ein seit 1991/1992 abnehmender Anteil verheirateter Personen. Während 1991/1992 im Schnitt noch 59 Prozent der Personen pro Haushalt verheiratet waren, so sind es 2014/2015 Personen nur noch 50 Prozent. Neben der durchschnittlichen Zusammensetzung erlaubt uns das SOEP, auch die Entwicklung von Haushalten an markanten Punkten der Einkommensverteilung nachzuvollziehen.

3.2 Haushalte in den oberen zehn Prozent

Tabelle 3 stellt die Charakteristika für Haushalte dar, die zu den oberen zehn Prozent der Einkommensverteilung gehören. Auch für diese Haushalte lässt sich eine rückläufige

TABELLE 4: Haushaltscharakteristika über die Zeit, untere 40 Prozent

	1984/1985	1991/1992	2005/2006	2014/2015
Altersstruktur				
Anzahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder	2,09	1,98	1,91	1,88
Anteil 18 – 30 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	26,18%	26,38%	21,51%	19,79%
Anteil 31 – 50 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	36,18%	35,49%	41,00%	35,39%
Anteil 51 – 64 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	15,87%	14,04%	13,75%	18,03%
Anteil über 65 Jahre an Erwachsenen im Haushalt	21,77%	24,09%	23,72%	26,79%
Anzahl Minderjähriger im Haushalt	1,02	0,99	0,82	0,76
Anteil 0 – 3 Jahre an Kindern im Haushalt	18,34%	24,95%	18,68%	18,53%
Anteil 4 – 11 Jahre an Kindern im Haushalt	38,55%	47,76%	42,26%	44,68%
Anteil 12 – 17 Jahre an Kindern im Haushalt	43,11%	27,29%	39,06%	36,71%
Sozioökonomische Charakteristika				
Anteil Frauen an erwachsenen Haushaltsmitgliedern	58,36%	59,31%	58,57%	57,27%
Anteil Haushaltsmitglieder mit ausländischer Nationalität	9,94%	8,25%	10,96%	13,27%
Anteil Haushaltsmitglieder mit Behinderungen	11,26%	12,16%	11,92%	14,38%
Anteil Verheirateter an Erwachsenen im Haushalt	55,13%	57,89%	47,61%	42,81%
Anteil Uni- / FH-Absolventen an Erwachsenen im Haushalt	2,95%	6,34%	6,95%	9,94%
Anteil Erwachsener mit höchst. Berufsausbildung / Abitur	54,78%	57,53%	56,57%	54,33%
Anteil Erwachsener mit weniger als Berufsausbildung / Abitur	41,24%	32,88%	26,79%	24,93%
Anteil Wohnort Ostdeutschland	0,00%	20,52%	24,61%	22,24%

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von SOEP (v32)

Haushaltsgröße beobachten. Lebten 1984/1985 im Schnitt noch 2,21 Erwachsene und 0,49 Kinder in einem Haushalt, so sind es 2014/2015 noch 2,05 Erwachsene und 0,38 Kinder. Einkommensstärkere Haushalte sind tendenziell also kinderärmer als der Bevölkerungsdurchschnitt. Zudem wird bei Haushalten am oberen Ende der Einkommensverteilung die demographische Entwicklung hin zu älteren Haushalten sichtbar. So ist der Anteil der Haushaltsmitglieder über 50 Jahre zwischen 1984/1985 und 2014/2015 deutlich gestiegen.

Mit einem Anteil von fast 51 Prozent verfügen im Jahr 2014/2015 vergleichsweise viele Haushaltsmitglieder eines durchschnittlichen Haushalts im oberen Einkommensdezil über einen Hochschulabschluss. Dieser Anteil hat im Zeitverlauf zugenommen. Zugleich ist der Anteil der Haushaltsmitglieder, die weder Abitur noch eine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen, gesunken. So lag dieser im Zeitraum 2014/2015 bei einem Wert von weniger als vier Prozent. Dies weist auf einen stärker werdenden Zusammenhang von formaler Bildung und erzieltm Einkommen hin. Ebenfalls auffällig ist, dass Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung kaum in Ostdeutschland anzutreffen sind. So lag der Anteil der Haushalte mit Einkommen im oberen Dezil und Wohnsitz in Ostdeutschland in den Jahren 2014/2015 lediglich bei sieben Prozent. Zudem ist der Anteil der Haus-

haltsmitglieder mit ausländischer Nationalität im Vergleich zu dem in Haushalten anderer Einkommensklassen überdurchschnittlich niedrig.

3.3 Haushalte in den unteren 40 Prozent

Auch für Haushalte mit einem Haushaltseinkommen innerhalb der unteren 40 Prozent der Einkommensverteilung lassen sich die grundlegenden Trends zu kleineren und älteren Haushalten, weniger Kindern und höheren Bildungsabschlüssen wiederfinden (Tabelle 4).

Im Vergleich mit dem durchschnittlichen Haushalt sind die Haushalte in den unteren 40 Prozent der Einkommensverteilung kleiner und haben mehr Kinder. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass sich am unteren Ende der Einkommensverteilung überdurchschnittlich viele Single-Haushalte und Alleinerziehende finden. Während der Anteil an Haushaltsmitgliedern mit Hochschulabschluss um etwa 40 Prozentpunkte geringer ausfällt, ist der Anteil von Haushaltsmitgliedern ohne Abitur oder Berufsausbildung um etwa 21 Prozentpunkte höher. Die Tendenz zu älteren Haushalten ist jedoch auch hier beobachtbar: Während die Anteile nahezu aller Altersgruppen zurückgehen, ist der

Anteil der Haushaltsmitglieder über 50 Jahre seit 1984/1985 gestiegen. Zugleich ist der Anteil der in Ostdeutschland lebenden Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung wesentlich höher als in anderen Einkommenschichten. Gering verdienende Haushalte sind somit eher in Ostdeutschland anzutreffen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich in allen Einkommensklassen eine Bewegung hin zu kleineren Haushaltsgrößen sowie zu höheren Bildungsabschlüssen konstatieren lässt. Die absolute Ausprägung dieser Merkmale variiert jedoch über die betrachteten Einkommensgruppen. So ist festzuhalten, dass Haushaltsmitglieder am oberen Ende der Einkommensverteilung tendenziell höhere Bildungsabschlüsse haben. Zugleich sind solche Haushalte überdurchschnittlich oft in Westdeutschland vertreten, während sich am unteren Ende der Einkommensverteilung vermehrt Haushalte mit Wohnort in Ostdeutschland finden.

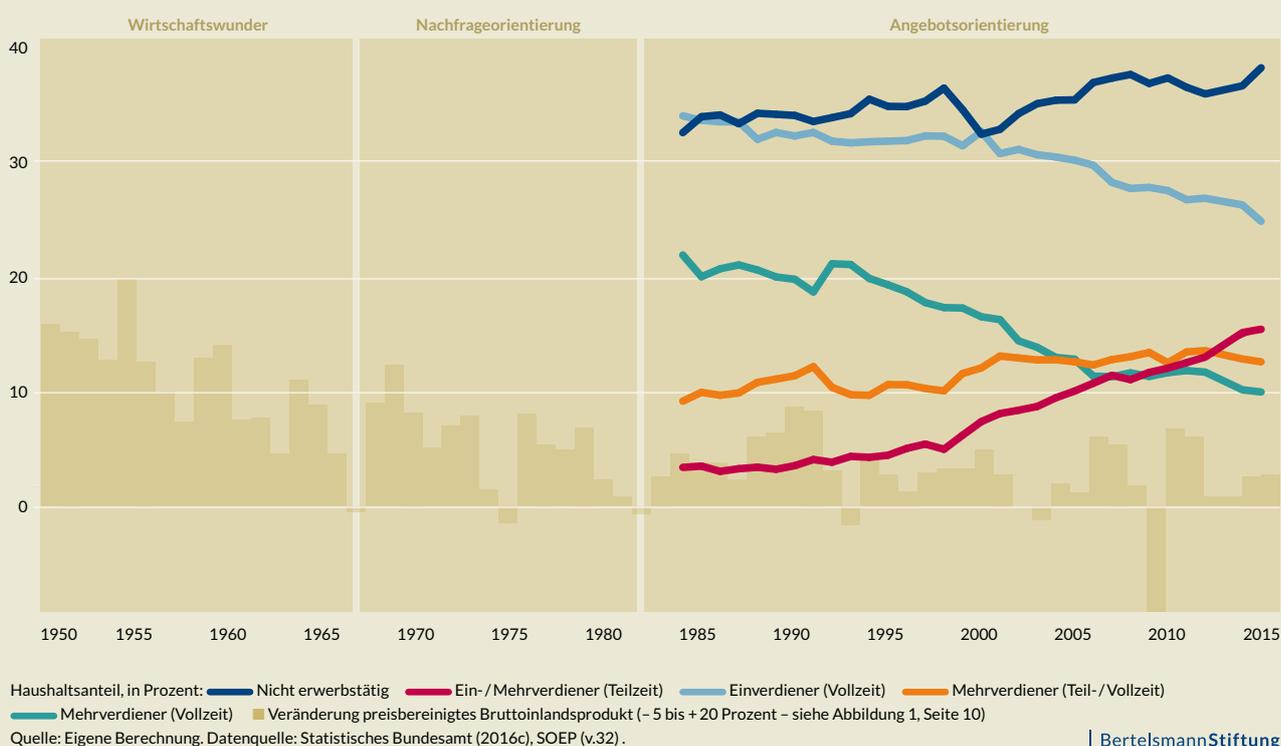
3.4 Beschäftigungsverhältnisse

Neben den soziodemographischen und sozioökonomischen Charakteristika unterliegen auch die Beschäftigungskonstellationen teilweise großen Schwankungen über die Zeit (Abbildung 8). Zunächst sticht hier vor allem die anteils-

mäßige Rückentwicklung des klassischen Einverdienerhaushalts mit Vollzeitarbeitsstelle ins Auge, die mit sich ändernden Geschlechterrollen und einer stärkeren Lastenverteilung zwischen Mann und Frau in Heim- und Erwerbsarbeit konsistent ist. Weiterhin verlieren die Mehrverdienerhaushalte, in denen alle Mitglieder vollzeitbeschäftigt sind, an Boden.

Gegenläufige Tendenzen lassen sich für die Haushalte ohne jegliche Erwerbstätigkeit sowie für Haushalte mit mehreren Teilzeittätigen beobachten. Während der Anstieg der ersten Gruppe vor allem als Effekt der demographischen Entwicklung hin zu älteren Haushalten zu interpretieren ist, spricht der Anstieg der zweiten Gruppe für eine strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes weg von Vollzeitbeschäftigung hin zu zunehmender Teilzeitbeschäftigung. Dies wird auch durch die Zugewinne des Anteils „gemischter Haushalte“, in denen sich sowohl Teil- als auch Vollzeitarbeitende finden, bis ins Jahr 2002 untermauert. Insgesamt sprechen diese Tendenzen für eine Verringerung der Einkommensungleichheit innerhalb der Haushalte, da die Erwerbsarbeit und somit auch das Einkommen auf mehrere Schultern verteilt werden. Gleichzeitig deuten sie allerdings auch auf eine größere Ungleichheit über alle Haushalte hinweg hin, da die Vollzeitbeschäftigung relativ an Bedeutung verliert.

ABBILDUNG 8: Beschäftigungsstruktur der Haushalte, 1984 – 2015



4 Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen

Wie zu Beginn der Studie erläutert, ist die Beteiligung aller Bürger an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung ein zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Deswegen ist es notwendig, neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen zu betrachten. Erst dann kann überprüft werden, inwiefern die Kritik, die mitunter an der Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft geäußert wird, zutrifft. Zur Beschreibung des Zusammenspiels von Wachstum und Ungleichheit wird zunächst die Entwicklung dieser Größen in Deutschland im Zeitverlauf dargestellt. Dabei gehen wir auf heterogene Entwicklungen zwischen Einkommensgruppen und Haushaltstypen sowie regionale Disparitäten ein.

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Ungleichheit in verfügbaren Haushaltseinkommen⁴ in der Beobachtungsperiode 1962 bis 2014 auf Basis der EVS sowie des SOEP. Als Ungleichheitsmaß dient uns – sofern nicht anders angegeben – der Gini-Koeffizient, der den Minimalwert 0 bei einer vollkommenen Gleichverteilung des Einkommens annimmt. Hingegen würde er den Maximalwert 1 annehmen, sollte sich das gesamte Einkommen in einem Haushalt konzentrieren. Im Zeitverlauf lässt sich eine u-förmige Entwicklung feststellen, deren Talsohle Mitte der 1980er Jahre erreicht wurde.

In der Folge beobachten wir einen moderaten Anstieg um rund 0,060 Punkte bis ins Jahr 2014. Während die spärlichen Beobachtungspunkte vor 1983 genauere Rückschlüsse auf bestimmende Faktoren erschweren, können auf Basis

4 Wir definieren Haushaltseinkommen als Äquivalenzeinkommen, die den Einfluss der Haushaltsgröße mit in Betracht ziehen. Das nominale Haushaltseinkommen wird mit einem Faktor skaliert, um das Einkommen zu errechnen, das jedes Haushaltsmitglied erzielen müsste, um einen dem gegenwärtigen Haushalt äquivalenten Lebensstandard zu realisieren. In diesem Fall stützen wir uns auf die Äquivalenzskala, die dem ersten Erwachsenen je Haushalt den Wert 1,0 zuordnet sowie 0,5 für jeden weiteren Erwachsenen. Jedes Kind unter 18 Jahren erhält den Wert 0,3. Hierbei weichen wir von der gängigen OECD-Äquivalenzskala ab, die jedem Kind unter 14 Jahren den Wert 0,3 zuordnet. Dies ist auf das Fehlen von Informationen hinsichtlich der Existenz von Kindern unter 14 Jahren in den frühen Wellen der EVS zurückzuführen.

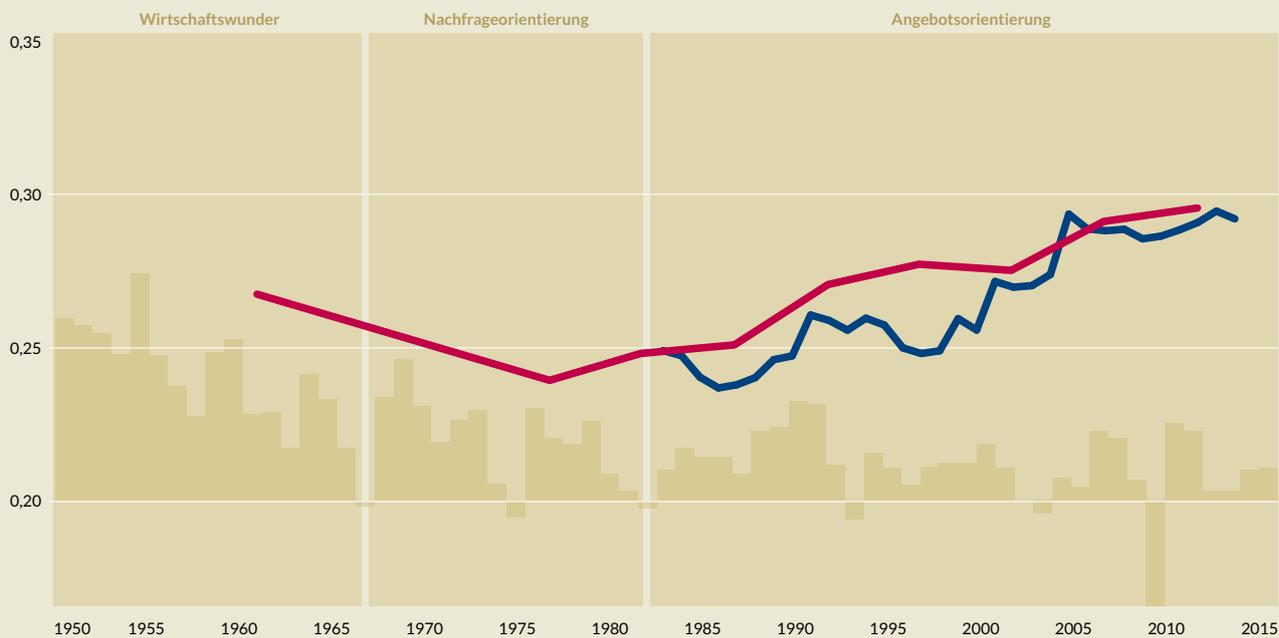
des SOEP verschiedene Perioden der Ungleichheitsentwicklung ausgemacht werden.

Eine erste Periode steigender Ungleichheit ist in den Jahren um die deutsche Wiedervereinigung zu verzeichnen. So springt der Gini-Koeffizient zwischen 1990 und 1991 von 0,246 auf 0,259 Punkte. Wie in der weiteren Analyse deutlich gemacht wird, ist dies vor allem mit der regionalen Disparität zwischen den neuen Bundesländern und dem Altbundesgebiet zu begründen. Die zurückgehende Ungleichheit in den 1990er Jahren ist daher vor allem auf den wirtschaftlichen Aufholprozess des Ostens zurückzuführen. Die ersten zehn Jahre des neuen Jahrtausends hingegen waren eine Periode wachsender Einkommensungleichheit. Von 1998, dem Jahr vor der Einführung des Euro, bis zum Vorabend der Finanzkrise stieg der Gini-Koeffizient von rund 0,247 auf 0,291 Punkte, um sich in der Folge auf diesem Niveau zu stabilisieren. Im Folgenden wenden wir uns nun einer genaueren Beschreibung dieser Entwicklungen zu.

4.1 Einkommensarten

In einem ersten Schritt wollen wir untersuchen, inwiefern die Entwicklungen in den verfügbaren Einkommen Ergebnis eines Marktgeschehens oder aber auf Reformen in den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen der BRD zurückzuführen sind. Zu diesem Zweck differenzieren wir in Abbildung 10 nach Arbeitseinkommen (Markteinkommen), Einkommen nach Transferzahlungen und dem verfügbaren Einkommen nach Steuern und Transfers. Der Unterschied zwischen den ersten beiden Einkommenskategorien bildet den umverteilenden Einfluss staatlicher Transferzahlungen ab, während die Differenz zwischen den letzteren Einkommenskategorien als Umverteilungseffekt von Einkommenssteuern interpretiert werden kann. Der Gesamtunterschied zwischen Arbeitseinkommen und verfügbarem Einkommen indiziert also die Fähigkeit des Wohlfahrtsstaats, der Ungleichheit entgegenzuwirken.

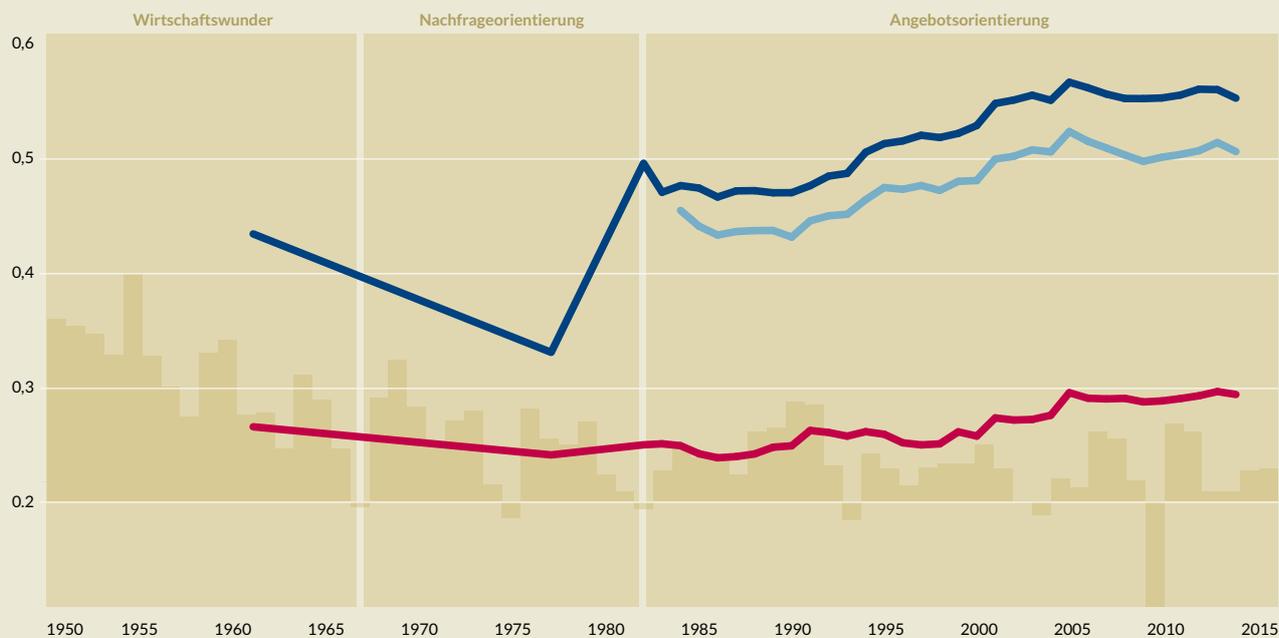
ABBILDUNG 9: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen nach SOEP und EVS, 1962 – 2014



Gini-Koeffizient: — SOEP — EVS
 ■ Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (- 5 bis + 20 Prozent - siehe Abbildung 1, Seite 10)
 Quelle: Eigene Berechnung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2016c), SOEP (v.32), EVS (2016).

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 10: Ungleichheit nach Einkommensarten, 1962 – 2014



Gini-Koeffizient: — Arbeitseinkommen — Einkommen nach Transfers — verfügbares Einkommen
 ■ Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (- 5 bis + 20 Prozent - siehe Abbildung 1, Seite 10)
 Quelle: Eigene Berechnung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2016c), SOEP (v.32), EVS (2016).

| BertelsmannStiftung

Zunächst ist festzustellen, dass die Arbeitseinkommen, verglichen mit verfügbaren Einkommen, eine deutlich höhere Ungleichheit aufweisen, die über den Betrachtungshorizont deutlich zunimmt.⁵ Während Kapitaleinkommen ein starker Treiber für die Einkommen der oberen zehn Prozent der Einkommensverteilung sind, sind diese für die unteren 90 Prozent faktisch vernachlässigbar (vgl. Biewen et al. 2016; Jenderny und Bartels 2015).

Der Anstieg der Ungleichheit in verfügbaren Einkommen ist nicht nur weniger stark, auch weist diese ein deutlich geringeres Niveau auf. Daraus lässt sich ableiten, dass die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen der BRD stark umverteilend wirken. So wird der Gini-Koeffizient in den Arbeitseinkommen durch Steuern und Transferzahlungen um bis zu 50 Prozent gesenkt. Bemerkenswerterweise ist dieses Verhältnis im Zeitverlauf relativ konstant.

Relativ gesehen erreicht der Wohlfahrtsstaat aktuell also das gleiche Maß an Umverteilung wie zu Beginn der Beobachtungsperiode. Dennoch ist er nicht in der Lage, dem Anstieg der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen ab Mitte der 1980er Jahre Einhalt zu gebieten. Dies legt den Schluss nahe, dass der beobachtete Anstieg der Ungleichheit vor allem auf die Entwicklung in den Arbeitseinkommen, nicht jedoch auf den Rückzug des Wohlfahrtsstaats, zurückzuführen ist.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass sich die beobachtete Entwicklung frei vom Einfluss staatlicher Interventionen vollzieht. Schließlich beeinflussen gesetzliche Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel der Spitzensteuersatz oder der Mindestlohn, bereits die Verteilung der Arbeitseinkommen. Im Verhältnis zu einer gegebenen Verteilung in den Arbeitseinkommen ist der umverteilende Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Instrumente in der BRD im Zeitverlauf jedoch sehr robust.

4.2 Einkommensgruppen

Eine im Zuge der Arbeiten von Piketty und Mitstreitern (Alvaredo et al. 2013) weitverbreitete Hypothese lautet, dass der beobachtete Trend einer zunehmenden Einkommensspreizung vor allem auf die Zugewinne der oberen Einkommensklassen zurückzuführen ist. Dementsprechend kann

der Einkommensanteil der Spitzenverdiener als ein weiteres Ungleichheitsmaß gelten, das in Abbildung 11 auf Basis der deutschen Einkommenssteuerdaten dargestellt wird.

Auch hier lässt sich eine u-förmige Entwicklung beobachten. Die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland von 1950 bis 1966 war von einem sinkenden Einkommensanteil der oberen zehn bis ein Prozent geprägt. Lediglich die Top Ein-Prozent-Verdiener konnten sich diesem Trend widersetzen. Daran schloss sich eine Phase weitgehender Stagnation der oberen fünf bis ein Prozent bis Mitte der 1980er Jahre an, in der der Anteil der Top Ein-Prozent-Verdiener abnahm. Die oberen zehn bis fünf Prozent konnten bereits ab 1965 deutlichere Zugewinne verzeichnen. Ab Mitte der 1990er Jahre stieg der Einkommensanteil der oberen fünf bis ein Prozent verglichen mit den oberen zehn bis fünf Prozent deutlich stärker und kontinuierlich an.

Ein noch prägnanterer Anstieg lässt sich jedoch für das obere eine Prozent konstatieren. Zwei kurze Perioden des Rückgangs können dabei ausgemacht werden. Zum einen sank der Einkommensanteil hoher Einkommen während der Rezession zu Beginn der 2000er Jahre. Zum anderen kam es im Rahmen der Finanzkrise 2007 zu kurzzeitigen Verlusten für die Top Ein-Prozent-Verdiener. Die stärkere Reaktion des oberen einen Prozents auf reale sowie finanzwirtschaftliche Krisen spiegelt die zunehmende Bedeutung von Kapitaleinkommen, Geschäftseinkommen sowie von Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit für das obere Ende der Einkommensverteilung wider.⁶

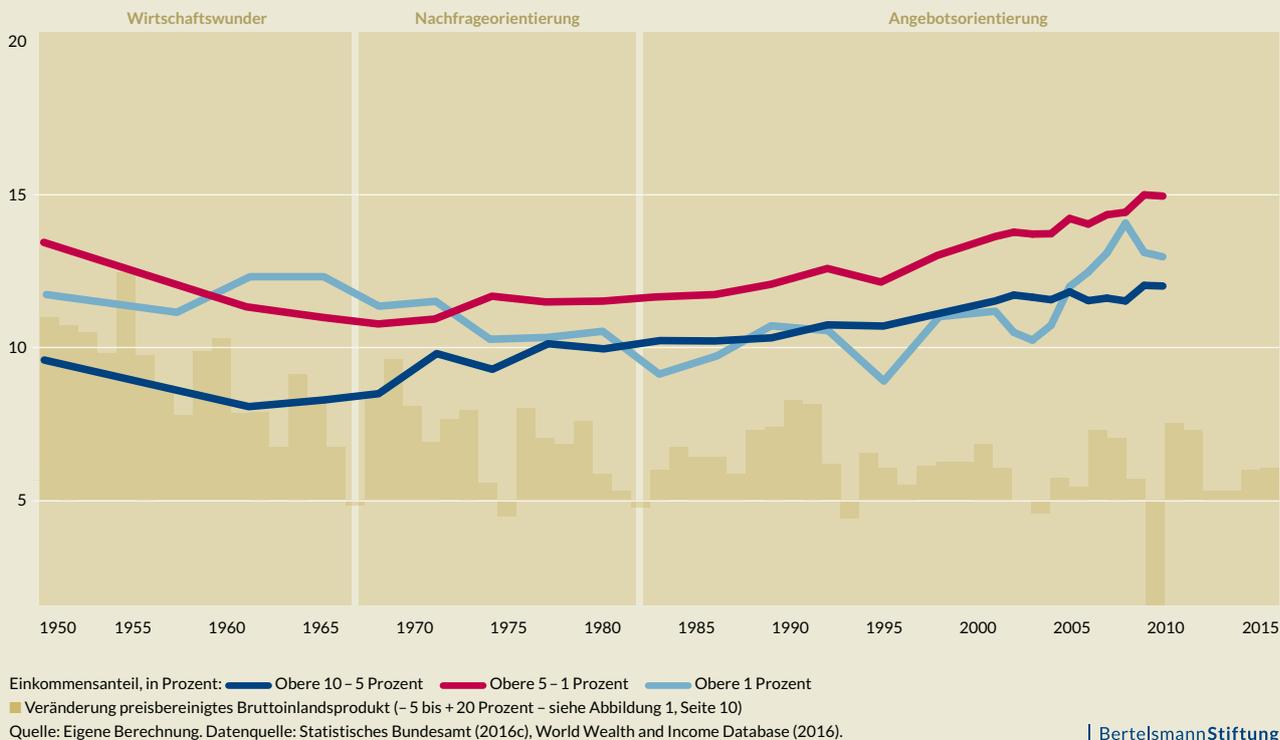
Vergleicht man nun die Verläufe der Abbildungen 9 und 11, so lässt sich erkennen, dass der Anstieg der Ungleichheit zwischen 2003 und dem Ausbruch der Finanzkrise mit einer Expansion des Anteils der Topverdiener zusammenfällt. Insgesamt legen diese Beobachtungen nahe, dass die beobachteten Ungleichheitstrends maßgeblich durch die Expansion hoher Einkommen relativ zur Gesamtbevölkerung getrieben werden.

Weitere Evidenz hierfür findet sich in Abbildung 12, die das Verhältnis von hohen zu niedrigen Einkommen am Beispiel des 90/10-Perzentilverhältnisses darstellt. Auch hier lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg ab Mitte der 1980er Jahre feststellen. Während im Jahr 1982 ein Haushalt am 90. Perzentil über das 2,9-fache Einkommen des Haushalts

5 Die Entwicklung der Ungleichheit in Arbeitseinkommen wird in der Literatur durch zunehmend ungleiche Entlohnung zwischen Firmen sowie Wirtschaftssektoren, heterogenen Charakteristika der Beschäftigten sowie der rückläufigen Tarifbindung erklärt (vgl. Antonczyk et al. 2011; Fitzenberger 2012).

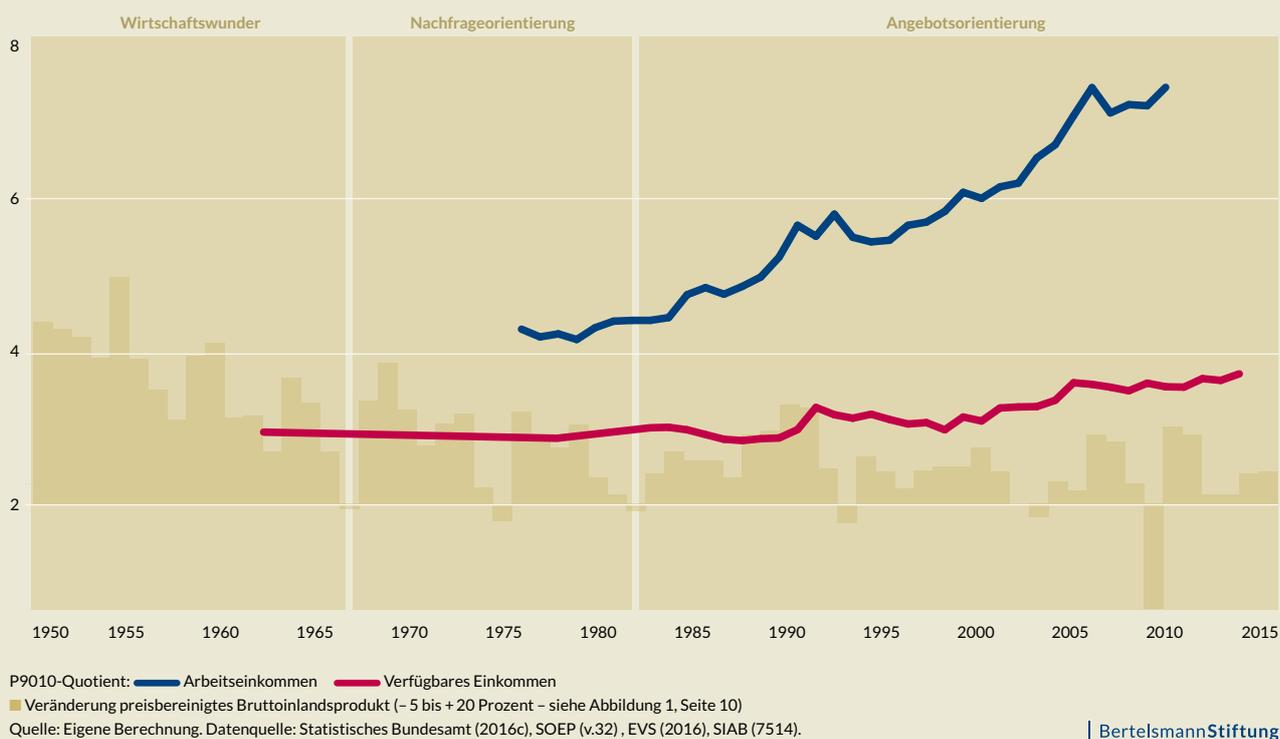
6 Kapital-, Geschäfts- und selbstständiges Einkommen machen für die oberen 10 % bis 1 % weniger als 20 % des gesamten Einkommens aus. Auch innerhalb des oberen 1 % sind diese Einkommensarten heterogen verteilt. Erst ab den oberen 0,5 % machen diese mehr als 50 % des Einkommens aus (vgl. Dell 2007).

ABBILDUNG 11: Einkommensanteil der Spitzenverdiener, 1950 – 2010

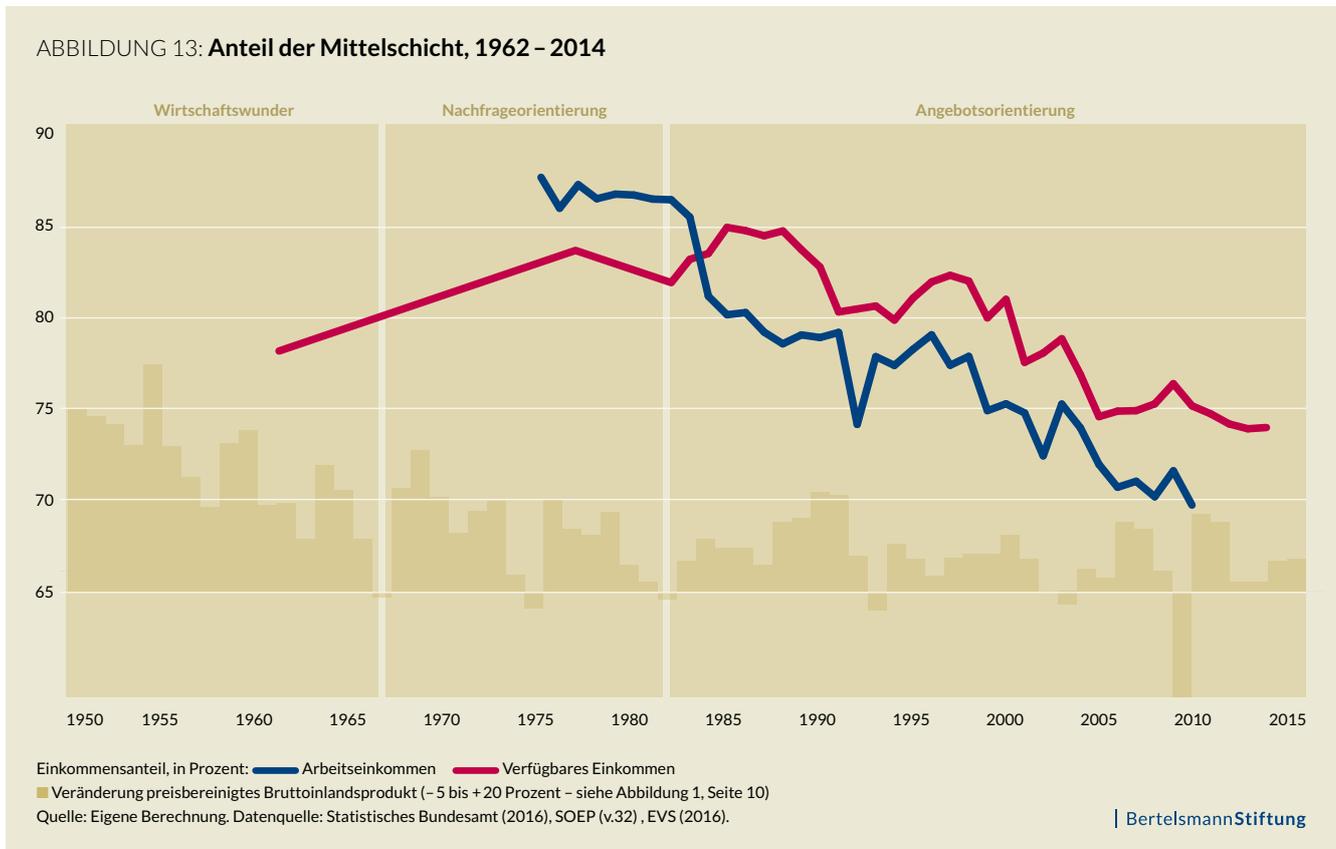


| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 12: Hohe und niedrige Einkommen im Verhältnis, 1962 – 2014



| BertelsmannStiftung



am 10. Perzentil verfügte, stieg dieses Verhältnis im Jahr 2014 auf einen Quotienten von 3,6. Auch hier lassen sich im Besonderen die Zunahmen um die Wiedervereinigung sowie der ersten Dekade des neuen Jahrtausends ausmachen.

Noch deutlicher tritt diese Entwicklung in den Arbeitseinkommen auf Basis der SIAB zu Tage.⁷ Während die Quotienten für verfügbares Einkommen und Arbeitseinkommen bis Mitte der 1990er Jahre relativ parallel verliefen, koppelte sich das Arbeitseinkommen in der Folge nach oben hin ab. So stieg das 90/10-Perzentilsverhältnis auf einen Wert von 7,3 in der letzten Beobachtungsperiode. Dies untermauert die obige Feststellung, dass insbesondere die zunehmende Spreizung der Arbeitseinkommen für die beobachtete Ungleichheitsentwicklung bestimmend ist.

Während höhere Einkommensbezieher also ihren Anteil am Gesamteinkommen ausbauen konnten, zeigt der Anteil der Mittelschicht die exakt gegenläufige Bewegung (Abbildung 13). Als Mittelschicht verstehen wir hier alle Haushalte, die verfügbare Einkommen zwischen 67 und 200 Pro-

zent des jeweiligen Medianeinkommens erzielen.⁸ Der Anteil dieser Haushalte zeichnet über die Zeit ein umgekehrtes U nach, wobei um die Wiedervereinigung und die Jahre vor der Finanzkrise besonders starke Abwärtsbewegungen festzustellen sind. Den größten relativen Anteil hatte die Mittelklasse während der zweiten und zum Anfang der dritten Phase der Sozialen Marktwirtschaft.

Insgesamt sank der Anteil der Mittelklasse an den verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 1982 und 2014 von 81 auf 73 Prozent. Noch deutlicher wird diese Entwicklung bei der Betrachtung der Löhne. Lag der Anteil in der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft noch bei 87,2 Prozent, so nahm er bis 2010 auf 69,7 Prozent ab. Lediglich nach der Wiedervereinigung stieg der Anteil kurzzeitig wieder an.

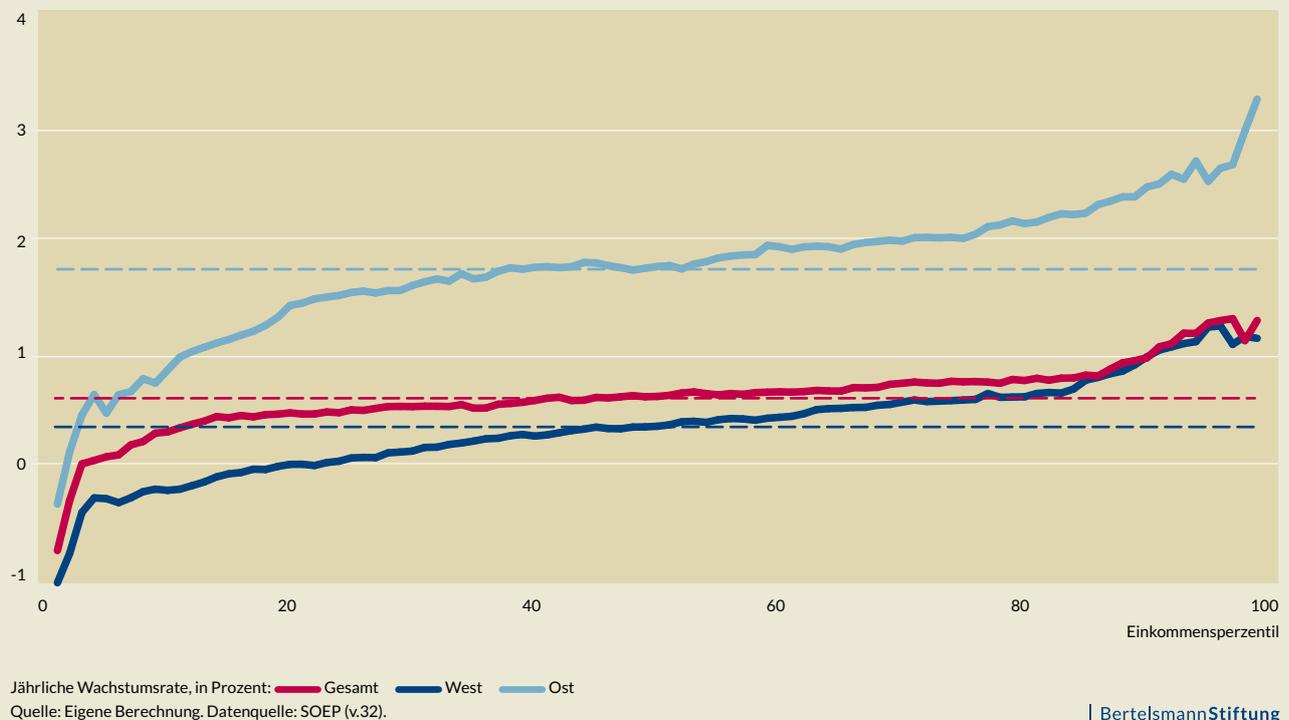
4.3 Wachstum über die Einkommensverteilung

Um einen allgemeinen Eindruck über die Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums in der BRD zu erhalten, lohnt es sich außerdem, einen Blick auf sogenannte Wachstums-

7 In der SIAB-Zeitreihe ist 1984/85 ein Bruch zu verzeichnen. Ab diesem Zeitpunkt werden auch Lohnsonderzahlungen in die Daten aufgenommen.

8 Das reale Medianeinkommen ist über den Betrachtungszeitraum von 10.742 Euro im Jahr 1962 auf 20.212 Euro im Jahr 2015 gestiegen (eigene Berechnung. Datenquelle: SOEP (v.32) und EVS (2016)).

ABBILDUNG 14: Wachstumsinzidenz verfügbarer Haushaltseinkommen, 1991 – 2014



inzidenzkurven zu werfen. Solche Kurven veranschaulichen die Einkommensentwicklung für verschiedene Einkommensgruppen. Auf der X-Achse sind die Bevölkerungsperzentile der Einkommensverteilung abgetragen, während die Y-Achse die jährliche Wachstumsrate in Prozent angibt. Eine horizontale Linie entspräche also einer identischen Entwicklung der Einkommen für alle Einkommensklassen.

Je steiler ansteigend die Kurve, desto ungleicher entwickeln sich die Einkommen zugunsten der reicheren Bevölkerungsschichten. In Abbildung 14 werden die Wachstumsinzidenzkurven für die Periode 1991 bis 2014, aufgeteilt nach Ost-, West-, und Gesamtdeutschland, dargestellt. Die gestrichelten Linien zeigen das durchschnittliche Wachstum für die jeweilige Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum an.

Auch hier bestätigt sich, dass sich das beobachtete Wirtschaftswachstum vor allem in Zugewinne höherer Einkommensschichten übersetzt hat. So haben die höchsten Einkommen im Durchschnitt jährlich über 1,3 Prozent gewonnen, während das durchschnittliche Wachstum bei lediglich 0,6 Prozent lag. Betrachtet man die Entwicklung differenziert für Ost- und Westdeutschland, zeigt sich, dass sich der Osten im Beobachtungszeitraum auf einem inklusiveren Wachstumspfad befand. So sind die Verluste der

unteren Einkommensperzentile vor allem im Westen konzentriert, wo die unteren 18 Prozent negative Wachstumsraten zu verzeichnen hatten. In Ostdeutschland hingegen gilt dies nur für das unterste Perzentil.

In Gänze bestätigt sich somit auch hier, dass in der Zeit nach der Wiedervereinigung bereits bestehende Einkommensungleichheiten eher zementiert statt abgebaut wurden.

Zur Bewertung der Inklusivität des beobachteten Wirtschaftswachstums kann außerdem die Einkommensentwicklung der unteren 40 Prozent mit jener der Gesamtbevölkerung verglichen werden. Seit der Wiedervereinigung haben die Einkommen der unteren 40 Prozent durchgehend unterdurchschnittlich am Gesamtwachstum partizipiert. Somit verfehlt die BRD also in diesem Zeitraum eines der von den Vereinten Nationen ausgegebenen Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (vgl. UN Economic and Social Council 2016).

Für Westdeutschland ist auf Basis des SOEP eine längerfristige Betrachtung über die Periode 1983 bis 2014 möglich (Abbildung 15). Die Wachstumsrate lag in diesem Zeitraum insgesamt höher und die Verteilung der erzielten Gewinne fiel deutlich zugunsten der höheren Einkommensperzentile aus.

ABBILDUNG 15: Wachstumsinzidenz verfügbarer Haushaltseinkommen (Westdeutschland), 1983 – 2014

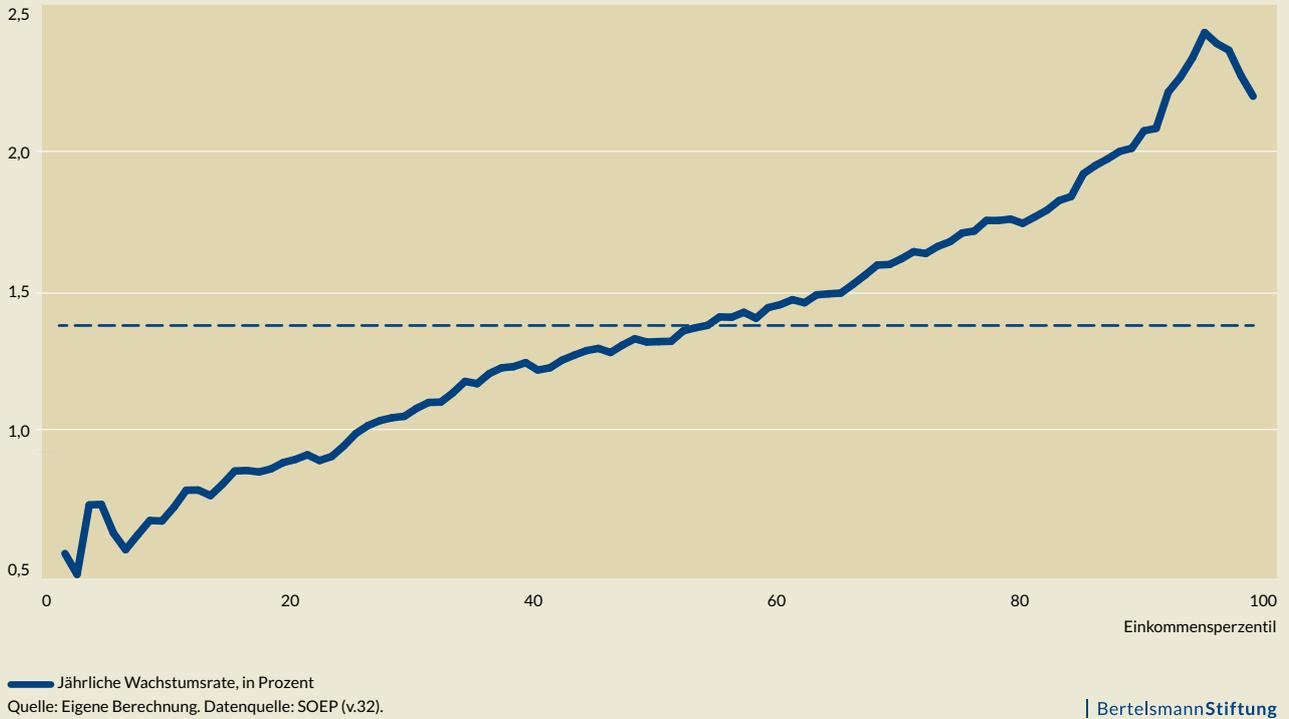


ABBILDUNG 16: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp, 1962 – 2014

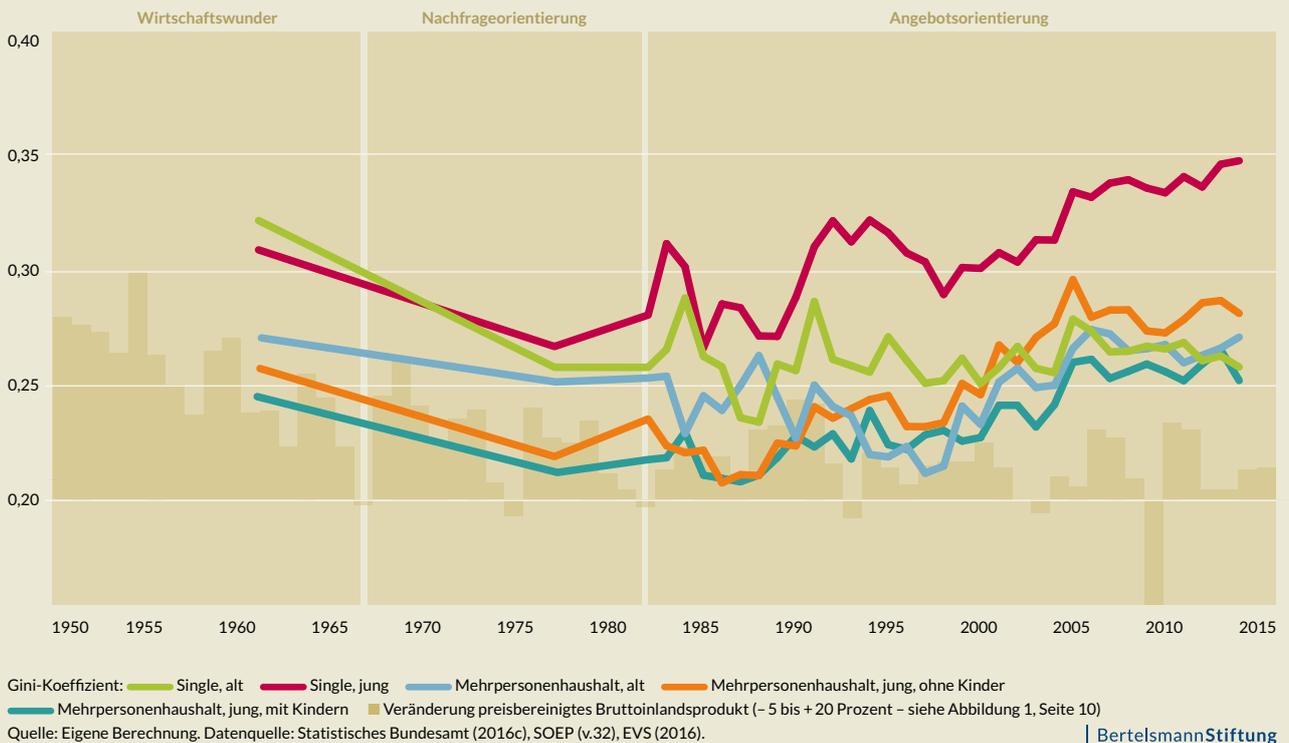
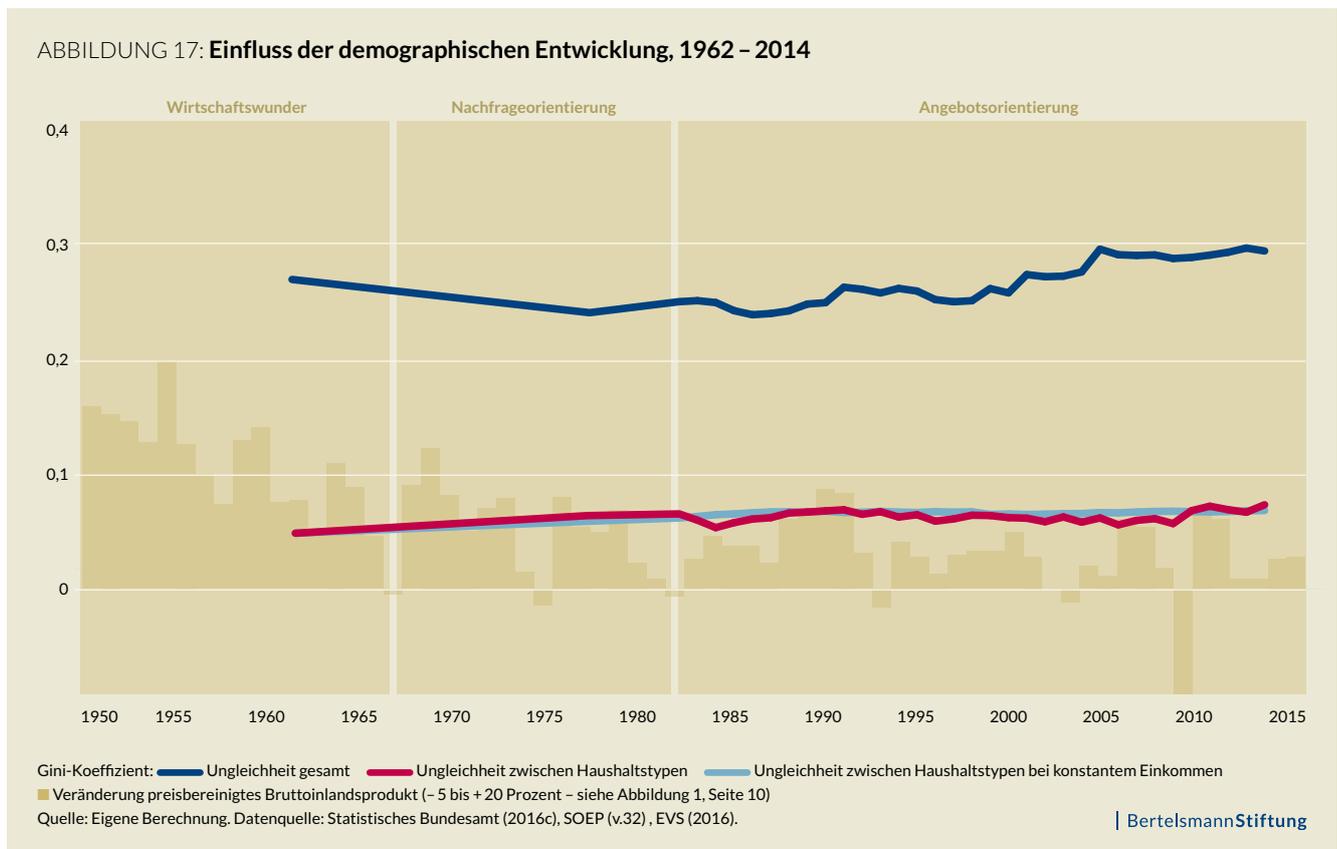


ABBILDUNG 17: Einfluss der demographischen Entwicklung, 1962 – 2014



4.4 Haushaltsgruppen

Während die Betrachtung der verschiedenen Einkommensgruppen instruktiv ist, erlaubt sie keine Rückschlüsse auf die soziodemographische Struktur der Ungleichheitsentwicklung. Abbildung 16 zeigt die Ungleichheitsentwicklung in verfügbaren Haushaltseinkommen unter Rückgriff auf die in Tabelle 1 definierten Haushaltstypen. Betrachten wir zunächst nur die Ungleichheitslevel der einzelnen Haushalte, so fällt auf, dass zwischen jungen Single-Haushalten tendenziell die größte Ungleichheit besteht. Während wir oben festgestellt haben, dass der Gini-Index für die verfügbaren Haushaltseinkommen der Gesamtbevölkerung auf bis zu 0,290 Punkte im Jahr 2014 steigt (Abbildung 9), finden wir für diese Gruppe einen Anstieg auf bis zu 0,345 Punkte.

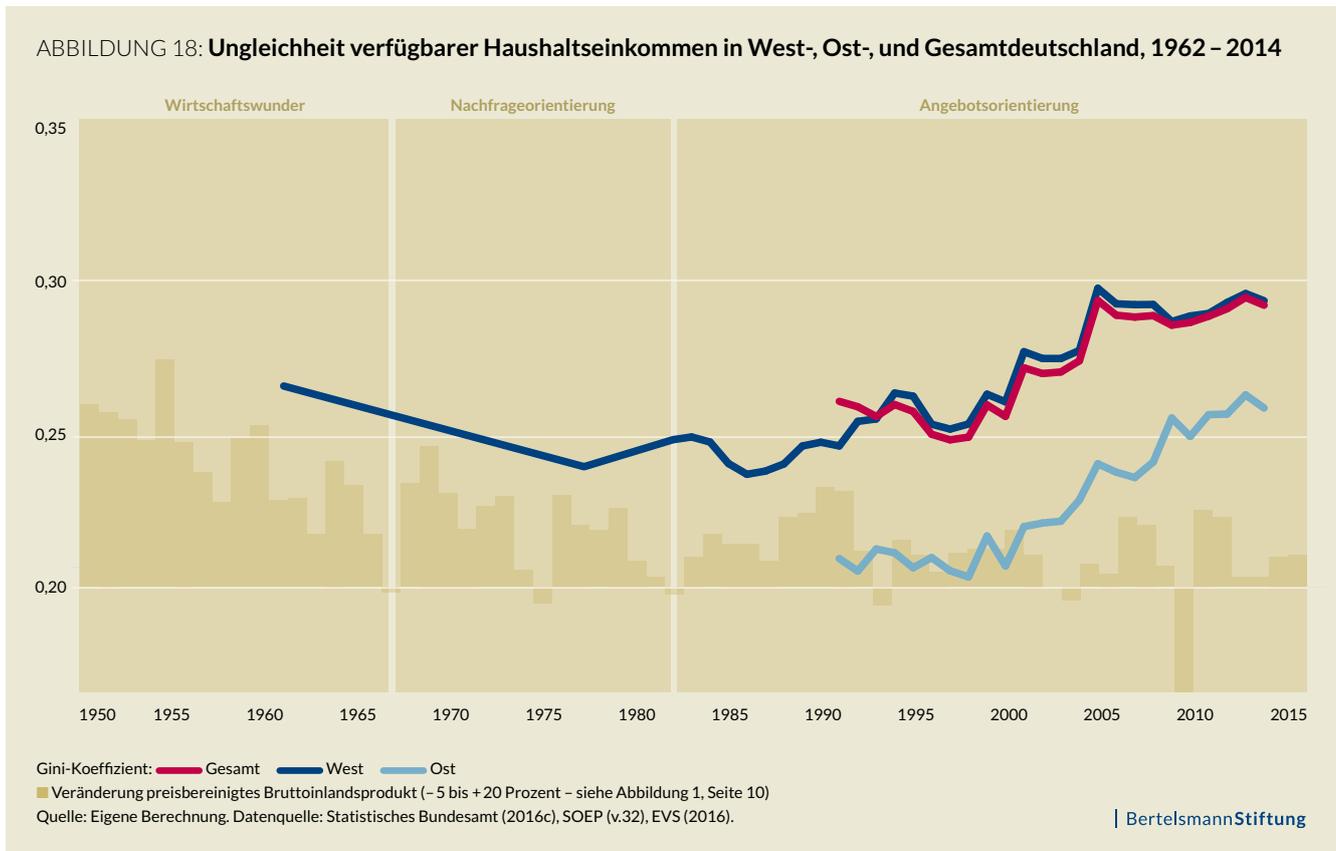
Dies kann unter anderem mit Unterschieden im Karrierezyklus dieser Gruppe erklärt werden. Nach unserer Definition finden wir in dieser Gruppe sowohl Studenten ohne regelmäßiges Einkommen als auch alleinstehende Berufstätige, die in der Blüte ihres beruflichen Lebenszyklus stehen. Im Vergleich hierzu bewegt sich die Ungleichheit innerhalb der älteren Single-Haushalte durchgängig auf

einem Niveau von weniger als 0,300 Gini-Punkten. In dieser Gruppe ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl der erfassten Haushalte sich bereits im Rentenalter befindet.

Neben der Ungleichheit innerhalb dieser Haushaltstypen lässt sich auch die Ungleichheit zwischen ihnen analysieren. Abbildung 17 legt nahe, dass dies gegenüber der Intragruppenungleichheit ein weniger wichtiger Faktor ist. Einerseits bewegt sich die Ungleichheit zwischen den Gruppen konstant auf einem Niveau von unter 0,100 Gini-Punkten. Andererseits ist die Entwicklung im Zeitverlauf viel geringeren Schwankungen unterworfen als die Ungleichheit innerhalb der Haushaltstypen. Somit muss die in Abbildung 9 dargestellte Fluktuation der Einkommensungleichheit im Zeitverlauf vor allem über Schwankungen innerhalb der Haushaltstypen erklärt werden.

Da die Ungleichheit zwischen den Haushaltstypen sowohl durch deren Durchschnittseinkommen als auch deren relative Bevölkerungsanteile bestimmt wird, könnte die Konstanz dieses Ungleichheitsmaßes auch durch sich aufhebende Bewegungen dieser beiden Größen zu erklären sein. Beispielsweise könnte die Ungleichheit zwischen den einzelnen Haushaltstypen konstant bleiben, wenn die Bevölkerungsanteile sich ungleich entwickelnder Gruppen schritt-

ABBILDUNG 18: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen in West-, Ost-, und Gesamtdeutschland, 1962 – 2014



weise zurückgehen. Um dieser Möglichkeit nachzugehen, zeigen wir in Abbildung 17 zusätzlich die Ungleichheit zwischen den Haushaltstypen unter der Annahme, dass sich der jeweilige Durchschnittslohn der Haushaltstypen konstant auf dem Niveau von 1962, also dem ersten Beobachtungsjahr, bewegt.

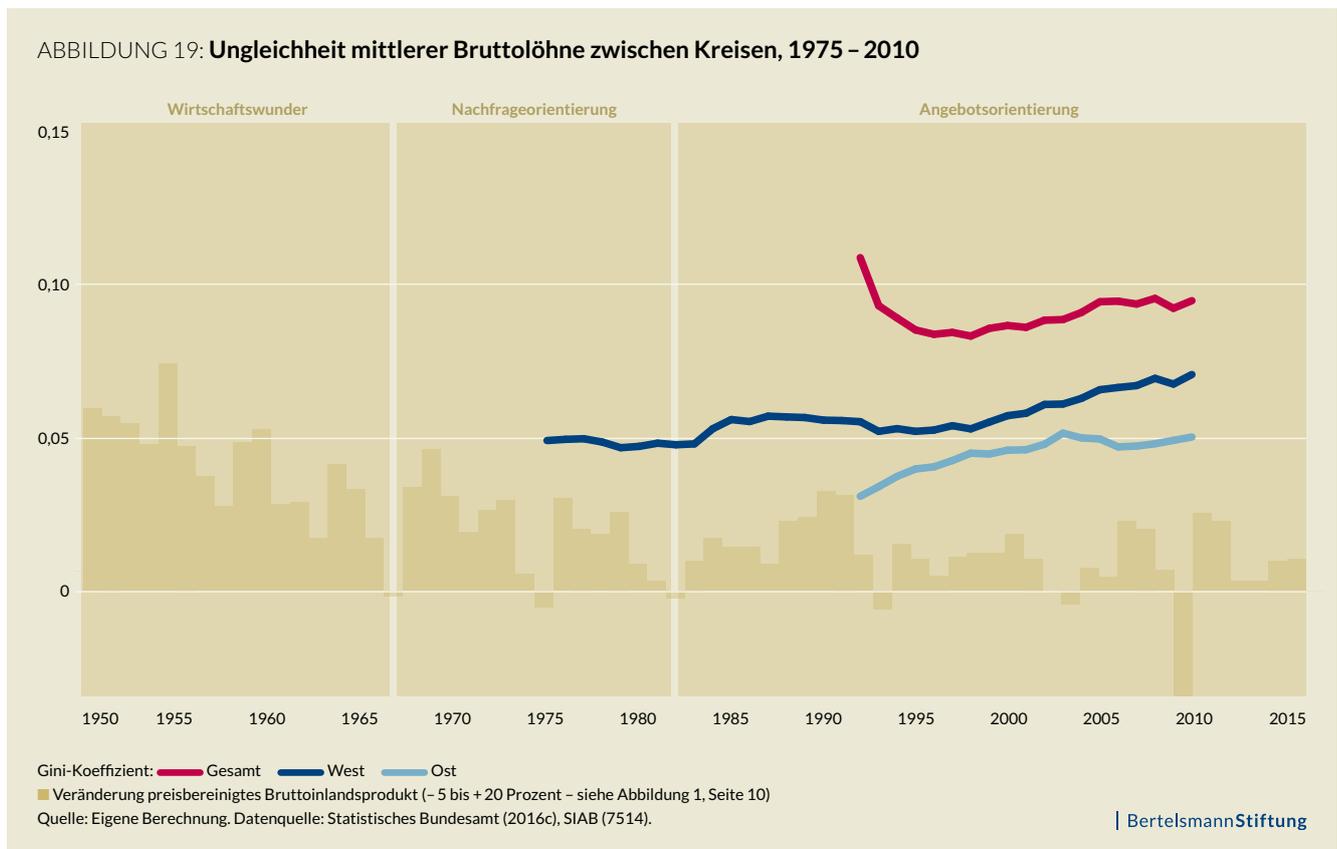
Somit bleibt die relative Veränderung der Bevölkerungsanteile dieser Gruppen die einzige Determinante der Ungleichheit im Zeitverlauf. Während die Ungleichheit auf Basis gleichbleibender Durchschnittseinkommen nach 1962 ein wenig geringer ausfällt als die tatsächliche Ungleichheit zwischen den Haushaltstypen, sind die beiden Kurven in den letzten Perioden wieder beinahe deckungsgleich. Daher kann festgestellt werden, dass die demographische Entwicklung der BRD, beispielsweise die Entwicklung hin zu Single-Haushalten, nicht als starker Treiber der Ungleichheitsentwicklung zu identifizieren ist.

4.5 Regionale Entwicklung

Die bisherigen Betrachtungen legen nahe, dass wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und Westdeutschland eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Einkommensungleichheit in der BRD spielen. Auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung der USA in der jüngeren Vergangenheit zeigt, dass die regionale Dimension bei der Analyse von Ungleichheit nicht zu vernachlässigen ist (Autor et al. 2016). In Abbildung 18 betrachten wir die Entwicklung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen separat für West-, Ost-, und Gesamtdeutschland.

Während sich die Ungleichheit innerhalb Ostdeutschlands zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung auf einem Niveau von 0,208 bewegte, lag diese in Westdeutschland bei über 0,245 Gini-Punkten. In der Folge verlaufen die Kurven für West- und Gesamtdeutschland beinahe identisch. Dies ist vor allem dem größeren Bevölkerungsanteil in Westdeutschland zuzuschreiben, der somit die Gesamtentwicklung maßgeblich prägt. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Unterschiede in Ost und West ab der Jahrtausendwende gelegt werden.

ABBILDUNG 19: Ungleichheit mittlerer Bruttolöhne zwischen Kreisen, 1975 – 2010



Bis zum Ausbruch der Finanzkrise sind beide Regionen von steigender Ungleichheit gekennzeichnet. In der Folge stabilisiert sich diese in Westdeutschland, während in Ostdeutschland die Einkommensungleichheit nach einer kurzen Übergangsphase wieder eine starke Aufwärtsbewegung zeigt. Dies ist vermutlich auf regionale Unterschiede in der Einkommensstruktur zurückzuführen. Das niedrige Vermögensniveau in Ostdeutschland führt dazu, dass Kapitaleinkommen einen geringeren Anteil des Gesamteinkommens ausmachen.

Da die Finanzkrise vor allem Kapitaleigentümer und somit die höheren Einkommenschichten beeinträchtigte, dämpfte sie die Einkommensungleichheit in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland. Insgesamt lässt sich für die Zeit nach der Wiedervereinigung eine leichte Konvergenz in den Ungleichheitsniveaus beider Regionen feststellen. Betrug der Unterschied der Gini-Koeffizienten zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch rund 0,036 Punkte, schrumpfte er auf rund 0,034 Punkte in der letzten Beobachtungsperiode im Jahr 2014.

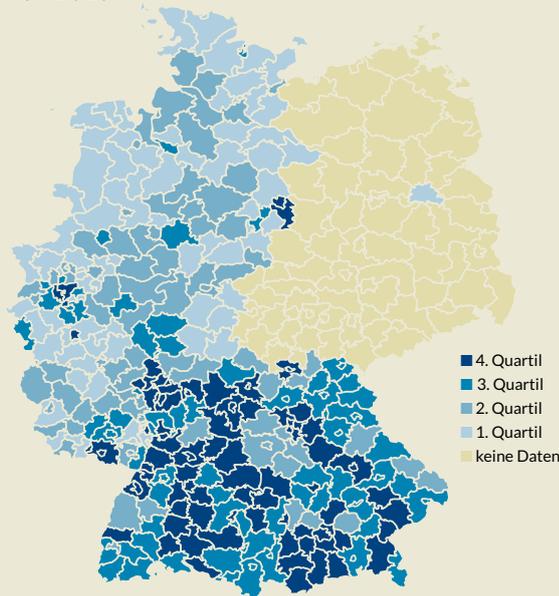
Während die geringeren Beobachtungszahlen im SOEP und in der EVS keine stärkere regionale Disaggregation ermöglichen, können wir mit der SIAB eine Betrachtung

der Arbeitseinkommen auf Ebene von Stadt- und Landkreisen vornehmen. Dies ermöglicht es uns, regionale Unterschiede in der Ungleichheitsentwicklung noch nuancierter abzubilden. Im Rahmen dieser Betrachtungsweise lassen sich Ungleichheit zwischen und Ungleichheit innerhalb von Kreisen unterscheiden. Ungleichheit zwischen den Kreisen wird hier mittels des Gini-Koeffizienten der durchschnittlichen Arbeitseinkommen dargestellt (Abbildung 19).

Parallel zum Anstieg der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen, lässt sich auch auf Kreisebene ein Anstieg der Ungleichheit ab Mitte der 1980er Jahre feststellen. Auf Grund des niedrigeren Lohnniveaus in den Kreisen Ostdeutschlands versteht es sich von selbst, dass der Beitritt der ostdeutschen Bundesländer zur Bundesrepublik einen drastischen Anstieg der Ungleichheit zwischen den Regionen zur Folge hatte, die jedoch durch den Aufholprozess der neuen Bundesländer in den Folgejahren stark gemildert wurde. Auch auf regionaler Ebene markiert die Zeit ab der Jahrtausendwende bis zur Finanzkrise eine Zeit steigender Einkommensungleichheit (siehe auch Abbildung 9).

Diese aggregierte Darstellungsweise lässt sich durch eine regionale Betrachtung der Lohnentwicklung komplementieren. Abbildung 20 zeigt das Wachstum der Bruttolöhne

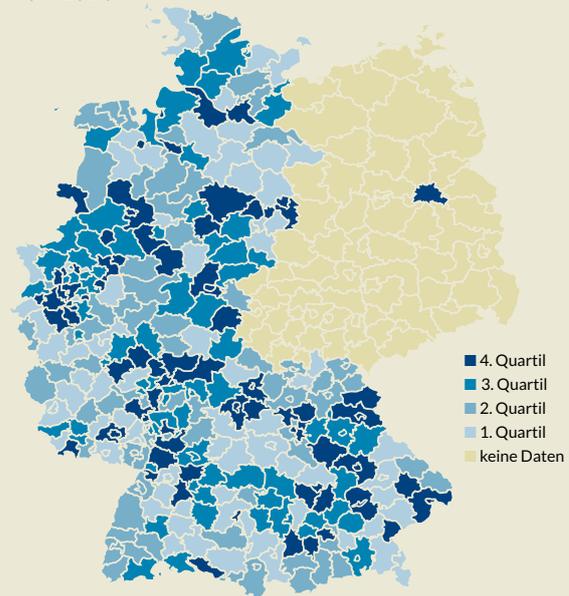
ABBILDUNG 20: **Wachstum der Bruttolöhne, 1975 – 2010**



Das 4. Quartil beinhaltet die obersten 25 Prozent aller Kreise, geordnet nach Wachstum der Bruttolöhne im jeweiligen Zeitraum. Die weiteren Quartile sind analog in absteigender Reihenfolge definiert.
Quelle: Eigene Berechnung.
Datenquelle: SIAB (7514).

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 21: **Wachstum der Lohnungleichheit, 1975 – 2010**



Das 4. Quartil beinhaltet die obersten 25 Prozent aller Kreise, geordnet nach Wachstum des Gini-Koeffizienten im jeweiligen Zeitraum. Die weiteren Quartile sind analog in absteigender Reihenfolge definiert.
Quelle: Eigene Berechnung.
Datenquelle: SIAB (7514).

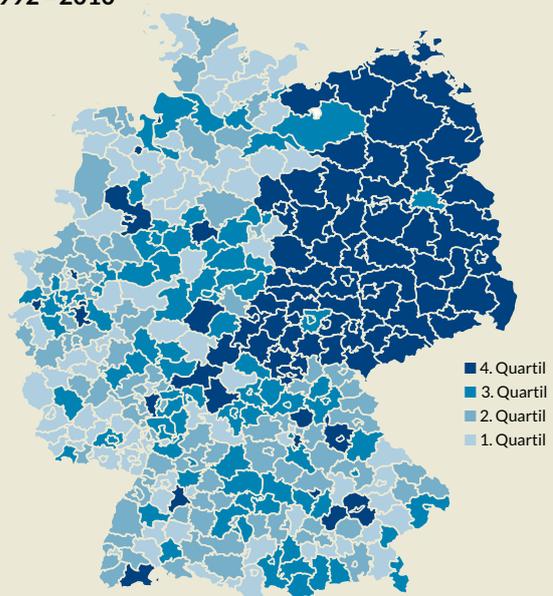
| BertelsmannStiftung

in Westdeutschland zwischen 1975 und 2010. Die höchsten durchschnittlichen Stundenlöhne wurden 1975 im Kreis Leverkusen (93,76 Euro) erzielt, während die niedrigsten Arbeitseinkommen im Kreis Cham (60,85 Euro) zu finden waren. Preisbereinigt sind die Stundenlöhne in Westdeutschland zwischen 1975 und 2010 im Durchschnitt deutlich gestiegen. Den stärksten Anstieg zwischen 1975 und 2010 findet man im Kreis Ingolstadt (74,07%), während er in Peine (13,73%) am niedrigsten ausfiel. Im Jahr 2010 waren die höchsten Löhne in Erlangen (134,36 Euro) zu finden und die niedrigsten in Ostholstein (80,77 Euro).

Die Kreise in Ostdeutschland können erst nach der Wiedervereinigung einbezogen werden. So lag etwa der niedrigste Durchschnittslohn 1992 im Erzgebirgskreis (51,62 Euro), während der höchste durchschnittliche Lohn in Potsdam zu finden war (65,38 Euro). Den stärksten Anstieg gab es im Kreis Teltow-Fläming (46,21%), während er in Mansfeld-Südharz (15,00%) am niedrigsten ausfiel. Somit ist der durchschnittliche Stundenlohn im Jahr 2010 für Ostdeutschland in Potsdam (93,79 Euro) am höchsten, während er im Altenburger Land (61,63 Euro) am niedrigsten ausfällt.

Betrachtet man über denselben Zeitraum von 1992 bis 2010 Kreise in Westdeutschland, so fällt auf, dass die preisberei-

ABBILDUNG 22: **Wachstum der Lohnungleichheit, 1992 – 2010**



Das 4. Quartil beinhaltet die obersten 25 Prozent aller Kreise, geordnet nach Wachstum des Gini-Koeffizienten im jeweiligen Zeitraum. Die weiteren Quartile sind analog in absteigender Reihenfolge definiert.
Quelle: Eigene Berechnung.
Datenquelle: SIAB (7514).

| BertelsmannStiftung

nigten Löhne über diesen Zeitraum nicht überall gestiegen sind. Zwar nahmen sie im Kreis Ingolstadt (25,9 %) weiterhin am stärksten zu, allerdings ist in der Grafschaft Bentheim (-6,17 %) ein deutlicher Rückgang zu beobachten.

Aus den bisherigen Analysen folgt, dass der Anstieg der Lohnungleichheit auf nationaler Ebene mit heterogenen wirtschaftlichen Entwicklungen einzelner Regionen zusammenfällt. Im Besonderen zeigt die farbliche Unterlegung in Abbildung 20, dass die Lohnentwicklung in den wirtschaftlich stärksten Regionen Bayerns und Baden-Württembergs am positivsten zu beurteilen ist. Neben der Entwicklung zwischen den Kreisen ist jedoch auch die Betrachtung der Einkommensentwicklung innerhalb dieser Raumeinheiten von Bedeutung. Auch hier findet sich ein großes Maß an Heterogenität (Abbildungen 21 und 22).

Gemessen am Gini-Koeffizienten war die Ungleichheit 1975 in Erlangen (0,23) am höchsten und in Neumarkt in der Oberpfalz (0,16) am niedrigsten. Somit lagen zu dieser Zeit die Regionen mit der größten sowie der geringsten Ungleichheit in Bayern. Über den Zeitraum 1975 bis 2010 ist die Ungleichheit in Groß-Gerau (79,42 %) am stärksten gestiegen, während sie in Eichstätt (3,29 %) den niedrigsten Zuwachs hatte. Im letzten Beobachtungsjahr war die

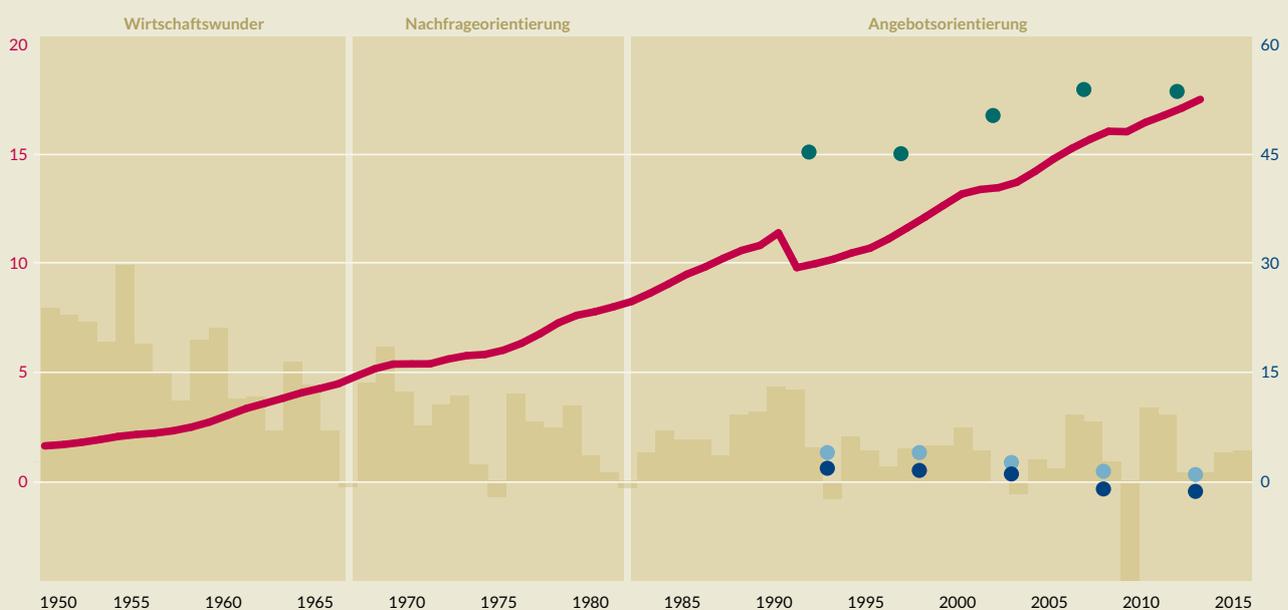
Ungleichheit weiterhin in Erlangen (0,32) am höchsten, während sie im Vogelsbergkreis (0,21) am niedrigsten war.

Betrachtet man wiederum ausschließlich die ostdeutschen Kreise ab 1992, so war die Ungleichheit zunächst im Kreis Oberspreewald-Lausitz (0,16) am geringsten, während in der Oberhavel (0,19) die höchste Ungleichheit zu beobachten war. Am stärksten nahm die Ungleichheit im Zeitraum 1992 bis 2010 im Stadtkreis Potsdam (85,83 %) zu. Am unteren Ende der Skala befindet sich mit einem Zuwachs von 25,07 Prozent der Kreis Eichsfeld. Insgesamt legt die farbliche Unterlegung in Abbildung 22 nahe, dass die intraregionale Ungleichheit in den ostdeutschen Stadt- und Landkreisen tendenziell stärker als im Altbundesgebiet gestiegen ist.

4.6 Vermögen

Im letzten Schritt unserer Betrachtung der Ungleichheit in der BRD wenden wir uns der Vermögensentwicklung zu. Abbildung 23 verdeutlicht, dass die Pro-Kopf-Nettoprivatvermögen in der BRD seit 1950 kontinuierlich gewachsen sind. Phasen schwächeren Wachstums, beispielsweise Anfang der 2000er Jahre sowie in Folge der Finanzkrise,

ABBILDUNG 23: Vermögensentwicklung, 1950 - 2013



Linke Skala, in Prozent: — Nettovermögen pro Kopf, n=1954

Rechte Skala, in Prozent: ● Anteil der oberen 10 Prozent ● Anteil der unteren 50 Prozent ● Anteil der unteren 40 Prozent

■ Veränderung preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (-5 bis +20 Prozent - siehe Abbildung 1, Seite 10)

Quelle: Eigene Berechnung. Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2016c), SOEP (v.32), World Wealth and Income Database (2016).

| BertelsmannStiftung

übersetzen sich nicht in sinkende Vermögenswerte, sondern lediglich in geringere Steigerungsraten. Auch hier markiert die deutsche Wiedervereinigung einen signifikanten Einschnitt.

In diesem Jahr ist eine Verschiebung nach unten zu beobachten, die von der Tatsache herrührt, dass die privaten Vermögen in Ostdeutschland durchschnittlich viel geringer als im Westen waren. Der generell positive Trend setzt sich allerdings auch nach der Wiedervereinigung fort.

Ab dem Jahr 1993 liegen auf Basis der EVS regelmäßig detaillierte Vermögensdaten auf Mikroebene vor. Diese zeigen, dass der Vermögensanteil der oberen zehn Prozent seit 1993 von 44,7 auf 51,9 Prozent gestiegen ist. Über den gleichen Betrachtungszeitraum sind die Anteile der unteren 50 bzw. 40 Prozent am Gesamtvermögen von 4,1 (1,8 %) auf ein Prozent (- 0,8 %) gesunken.⁹ Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Oberen zehn Prozent über 50 Prozent des Nettovermögens besitzen, während die unteren 50 Prozent faktisch keinen Anteil am Gesamtvermögen haben.

Über den Zeitraum der letzten 20 Jahre hat sich diese Diskrepanz eher noch ausgeweitet. Diese Betrachtung verdeutlicht, dass die Spreizung in den Vermögenswerten die Ungleichverteilung in den Einkommen um ein Vielfaches übertrifft.

⁹ Die negativen Anteile ergeben sich aus den negativen Nettovermögen der unteren 20 % (vgl. Ammermüller et al. 2005; IAW und ZEW 2016).

5 Chancengerechtigkeit

Bei der Bewertung der Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur der Level der Ungleichheit von Bedeutung, sondern auch, wie diese zustande gekommen ist. Viele Personen würden sagen, dass eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen besonders dann problematisch ist, wenn die Unterschiede zwischen den Menschen auf Merkmale zurückzuführen sind, die sich jenseits der Einflussosphäre des Einzelnen befinden. So finden es beispielsweise viele Menschen verwerflich, dass eine Lohnlücke zwischen den Geschlechtern existiert, genauso wie sich viele Menschen gleiche Startbedingungen für alle Menschen wünschen, unabhängig davon, ob diese nun aus reichen oder armen Haushalten stammen. Umgekehrt stimmen viele Leute zu, dass Ungleichheit akzeptabel ist, wenn sie auf unterschiedlichen Anstrengungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder beruht.

Den normativen Standpunkt, Ungleichheit nur zu akzeptieren, solange diese auf differenziellen Anstrengungen der Einzelpersonen fußt, fassen wir unter dem Stichwort *Chancengerechtigkeit* zusammen. Um zu erfassen, wie sich die Chancengerechtigkeit in der BRD im Zeitverlauf entwickelt hat, bestimmen wir, zu welchem Prozentteil sich die beobachtete Einkommensverteilung durch Faktoren außerhalb des Einflussbereichs der Individuen erklären lässt.

Zu jenen Faktoren, die wir in der Folge als *externe Faktoren* bezeichnen, zählen wir im Besonderen das Alter, die Ausbildung der Eltern, den Beruf der Eltern, ob die Personen in der Stadt oder auf dem Land aufgewachsen sind, die ethnische Gruppenzugehörigkeit, die Körpergröße, den Wohnort (Ostdeutschland oder Westdeutschland) zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sowie das Geschlecht.

Je größer der Prozentsatz an Ungleichheit ist, der durch diese Variablen erklärt werden kann, desto ungerechter sind Chancen verteilt; je niedriger dieser Prozentsatz ist, desto eher würde man von Chancengerechtigkeit sprechen. Abbildung 24 zeigt die Entwicklung dieses Maßes der Chan-

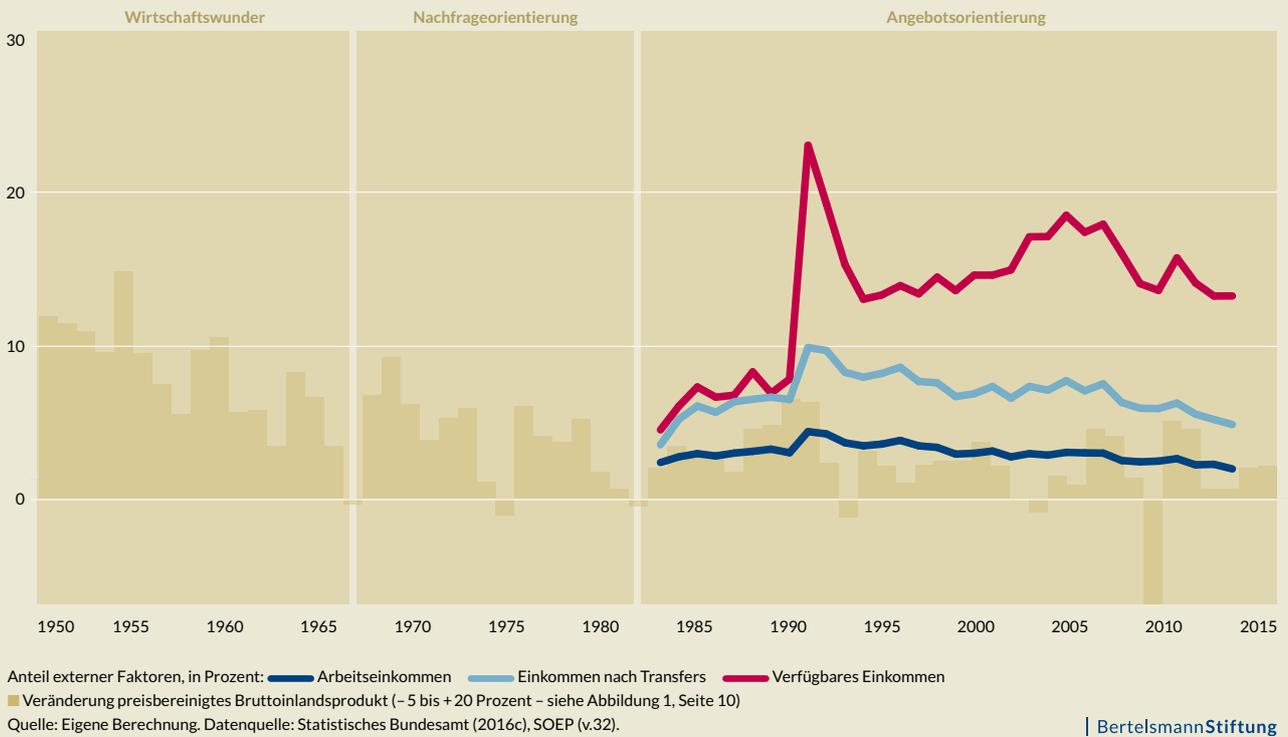
cengerechtigkeit für Arbeitseinkommen, Einkommen nach Transfers und verfügbares Einkommen.¹⁰

5.1 Einkommensarten

Es ist festzustellen, dass nur ein geringer Anteil der Ungleichheit in den Arbeitseinkommen durch externe Faktoren erklärbar ist. Der Sprung um die Wiedervereinigung ist dadurch zu erklären, dass wir den Wohnort zu diesem Zeitpunkt explizit als externen, nicht zu beeinflussenden Faktor anerkennen. In der Folge bedingten der wirtschaftliche Aufschwung des Ostens sowie die Migrationsbewegungen zwischen Ost und West wieder einen schrittweisen Anstieg der Chancengerechtigkeit. Ähnlich entwickelten sich die Einkommen nach Transfers, allerdings auf höherem Niveau. Der höhere Wert mag auf den ersten Blick kontraintuitiv erscheinen, lässt sich jedoch leicht erklären. Staatliche Transferleistungen richten sich zu einem großen Teil nach anderen Charakteristika als die von uns beschriebenen externen Faktoren. Dadurch sinkt die zu erklärende Ungleichheit sehr stark (siehe Abbildung 10), während der Erklärungswert der externen Faktoren in einem viel niedrigeren Maß zurückgeht.

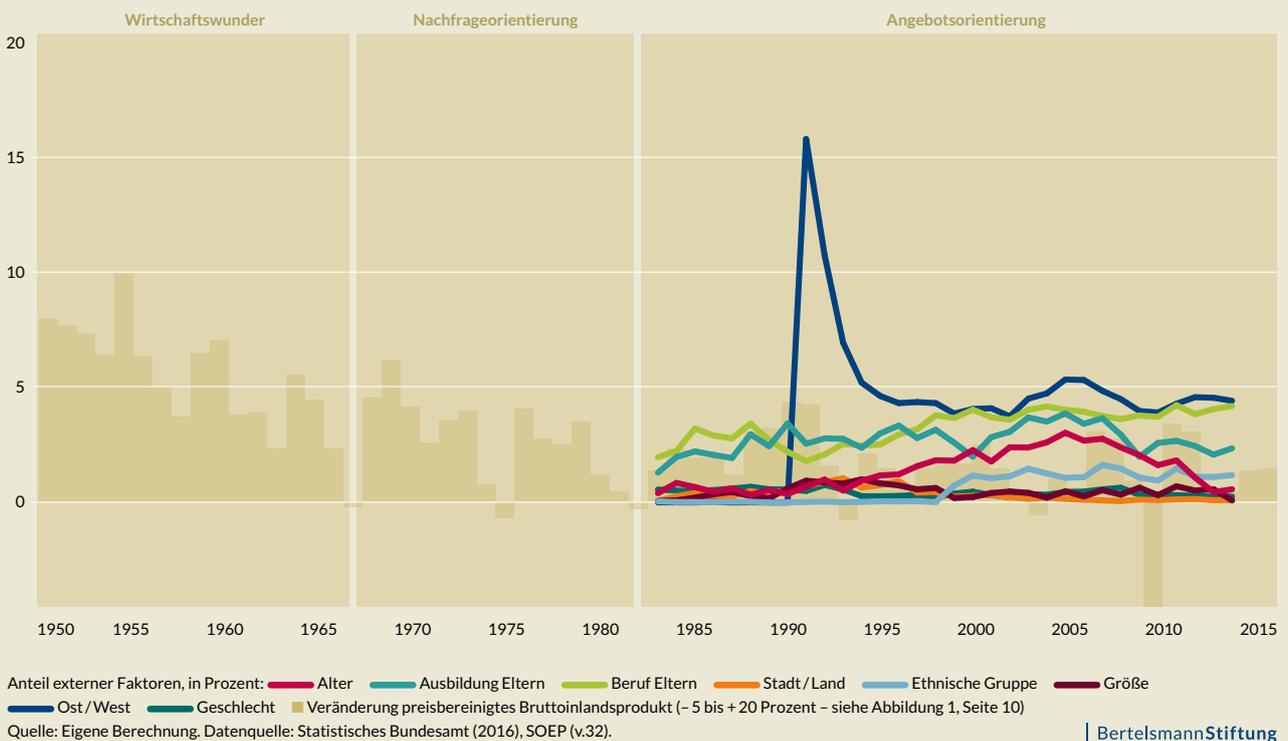
¹⁰ Es ist anzumerken, dass die Berechnung von Chancengerechtigkeit sehr datenintensiv ist, da Informationen zu Einkommen und Vermögen der Individuen sowie detaillierte Informationen über die Herkunft der Individuen benötigt werden. In Deutschland wird nur das SOEP diesen Kriterien gerecht, weshalb sich unser Beobachtungszeitraum auf die Jahre 1983 bis 2014 beschränkt. Für die Berechnung wird die Bevölkerung auf Basis der genannten externen Faktoren in Typen eingeteilt. Die Gruppenungleichheit zwischen diesen Typen wird dann durch die gesamte Ungleichheit geteilt, um den prozentualen Anteil der Ungleichheit zu errechnen, der durch externe Faktoren erklärt werden kann. Die Methode basiert auf grundlegenden Arbeiten von Roemer (1998). Einen Überblick über die aktuelle Literatur liefern Roemer und Trannoy (2015) sowie Van de gaer und Ramos (2016). Der Vollständigkeit halber muss jedoch erwähnt werden, dass unser Messansatz eine obere Grenze für das Ausmaß an Chancengerechtigkeit bzw. eine untere Grenze für das Ausmaß an Chancenungerechtigkeit darstellt. Das heißt, der wahre Wert der Chancengerechtigkeit liegt mit höchster Wahrscheinlichkeit unter dem gemessenen Wert, jedoch in keinem Fall darüber. Für eine methodische Diskussion zu Minimal- und Maximalwerten von Chancengerechtigkeit siehe Niehues und Peichl (2014).

ABBILDUNG 24: **Chancenungerechtigkeit nach Einkommensarten, 1983 – 2014**



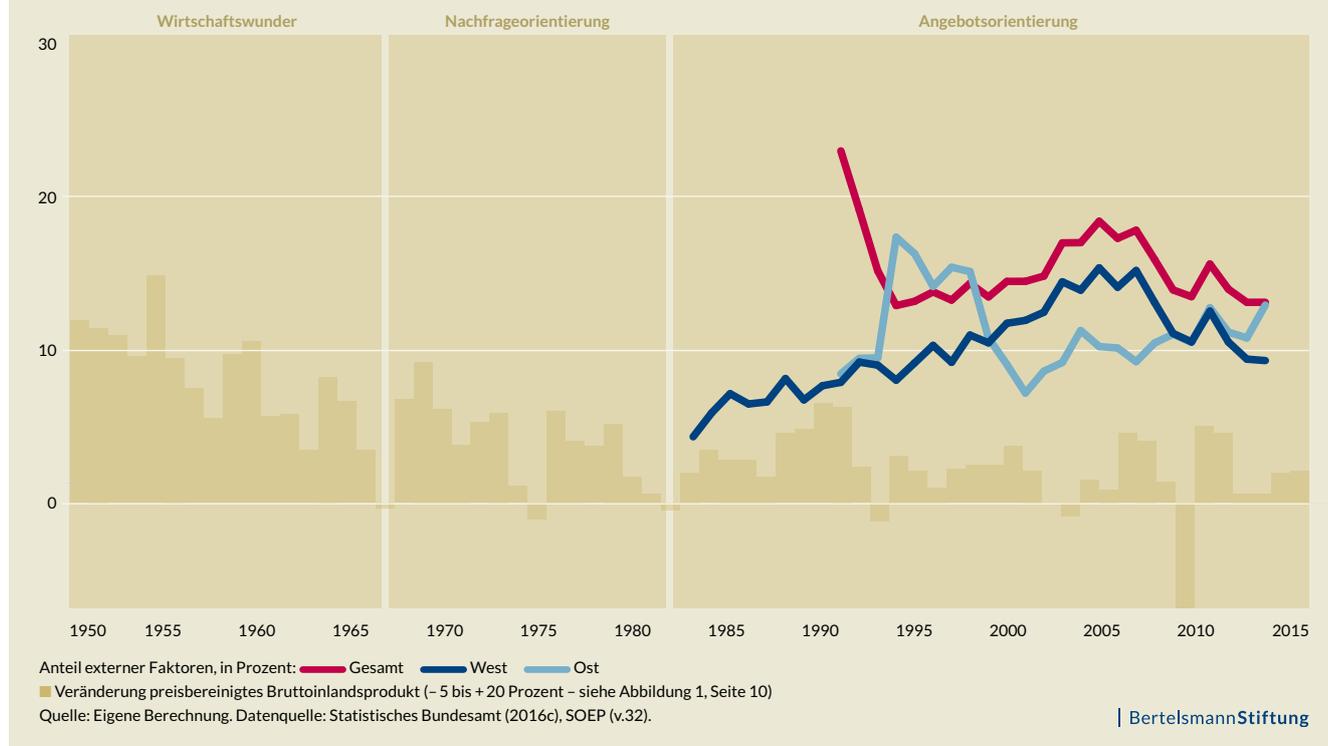
| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 25: **Determinanten der Chancenungerechtigkeit in verfügbarem Haushaltseinkommen, 1983 – 2014**



| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 26: Chancengerechtigkeit in verfügbaren Haushaltseinkommen in West-, Ost- und Gesamtdeutschland, 1983 – 2014



Zusammengenommen resultiert dies in einem niedrigeren Wert für unser Maß der Chancengerechtigkeit. Diese Erklärung betrifft auch das niedrigere Niveau an Chancengerechtigkeit im Hinblick auf verfügbare Haushaltseinkommen.

5.2 Determinanten

Um die Schwankungen im Zeitverlauf näher zu beleuchten, betrachten wir in Abbildung 25 die von uns bestimmten externen Faktoren im Einzelnen. Wie bereits oben angedeutet, ist der Wohnort zur Zeit der Wiedervereinigung ein herausragender Treiber der beobachteten Entwicklung. 1991 lassen sich 15 Prozentpunkte von einem Gesamtmaß von 25 Prozentpunkten auf diesen externen Faktor zurückführen. Danach verliert er durch den wirtschaftlichen Aufholprozess sowie Migrationsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland an Bedeutung. Ab Ende der 1990er Jahre bis zum Vorabend der Finanzkrise scheint die Gebietszugehörigkeit jedoch wieder an Bedeutung zu gewinnen. Die Finanzkrise führte zu einer Trendumkehr, die wie bereits oben durch die geringere Bedeutung von Kapitaleinkommen in Ostdeutschland zu begründen ist.

Abgesehen von der regionalen Zugehörigkeit zur Wiedervereinigung sind vor allem der Beruf sowie die Ausbildung der Eltern starke Determinanten der Chancengerechtigkeit in Deutschland. Das Alter hat hingegen im Zeitverlauf während der letzten Dekade zunehmend an Bedeutung verloren. Dies kann unter anderem auf einen durchschnittlichen Anstieg des Renteneintrittsalters zurückgeführt werden, der für eine Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Alt und Jung sorgt. Ebenfalls haben die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie die Verringerung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen dazu geführt, dass der Einfluss des Geschlechts im Zeitverlauf konstant an Relevanz verloren hat.

5.3 Regionale Entwicklung

Zuletzt differenzieren wir noch einmal nach Chancengerechtigkeit in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Abbildung 26). Insgesamt sind externe Faktoren in Ostdeutschland weniger starke Determinanten des verfügbaren Einkommens als in Westdeutschland. Der geringe Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands führt jedoch dazu, dass die Gesamtentwicklung hauptsächlich durch die relevanten Determinanten in Westdeutschland getrieben wird.

So bestätigt die nach Regionen differenzierte Betrachtung noch einmal die vorherige Diagnose, dass der Anstieg der Chancengerechtigkeit im Zuge der Finanzkrise vor allem auf die negative Entwicklung der im Westen konzentrierten Kapitaleinkommen zurückzuführen ist.

6 Armut

Bei der Betrachtung der Einkommensverteilung kommt den untersten Perzentilen eine besondere Rolle zu. Während es ein sehr breites Spektrum an Meinungen bezüglich der angemessenen Verteilung von Einkommen und Vermögen gibt, definieren viele Menschen die Abwesenheit von Armut als ein wichtiges gesellschaftliches Ziel. In der folgenden Analyse behandeln wir Armut als relatives Konzept und definieren einen Haushalt als arm, sofern er weniger als 60 Prozent vom Median des verfügbaren Haushaltseinkommens verdient. Mit dieser Definition folgen wir dem statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat 2017).¹¹ Diese Grenze wird oftmals auch als Armutsrisikoschwelle bezeichnet, während der Anteil der Personen unter dieser Einkommensgrenze die Armutsrisikoquote darstellt.

6.1 Armutsquote

Abbildung 27 zeigt die Armutsrisikoquote im Zeitverlauf für West-, Ost-, und Gesamtdeutschland. Mit Hinblick auf die Armutsrisikoquote lässt sich eine relativ gleichförmige Aufwärtsbewegung im Zeitverlauf konstatieren.

Des Weiteren ist der starke Rückgang der Armutsrisikoquote in Ostdeutschland im Zuge der wirtschaftlichen Konvergenzbewegung dieser Region keine Überraschung. Der Rückgang in Ostdeutschland findet jedoch um die Jahrtausendwende sein Ende, gefolgt von einer schrittweisen Zunahme der Armutsrisikoquote von rund 12,9 auf 20,4 Prozent im Jahr 2006. Eine ähnliche Aufwärtsbewegung, jedoch auf niedrigerem Niveau, lässt sich für Westdeutschland beobachten. In der letzten Beobachtungsperiode sind 20,9 Prozent der erwachsenen Personen in Ostdeutschland und 14,2 Prozent der erwachsenen Personen in Westdeutschland in Haushalten unter der Armutsrisikoschwelle zu finden.

¹¹ Die OECD beispielsweise definiert die Armutsschwelle bei 50 % vom Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens und wendet somit ein weniger strenges Kriterium an.

6.2 Armutsdauer

Eine weitere Analysedimension ist die Persistenz von Armut (Abbildung 28).¹² Hier betrachten wir im Besonderen, wie viele Jahre ein Haushalt, der in einem Jahr unter die Armutsrisikoschwelle sinkt, im Zeitfenster der folgenden fünf Jahre unter dieser Einkommensgrenze bleibt. Zur Verdeutlichung der Interpretation: Rutschte ein ostdeutscher Haushalt im Jahr 2008 unter die Armutsschwelle, so verbrachte er bis 2014 rund 2,84 Jahre in Armut. Interessant ist hier insbesondere der kontinuierliche Anstieg der Armutspersistenz ab Beginn der 1990er Jahre, der beinahe deckungsgleich für West-, Ost- und Gesamtdeutschland verläuft.

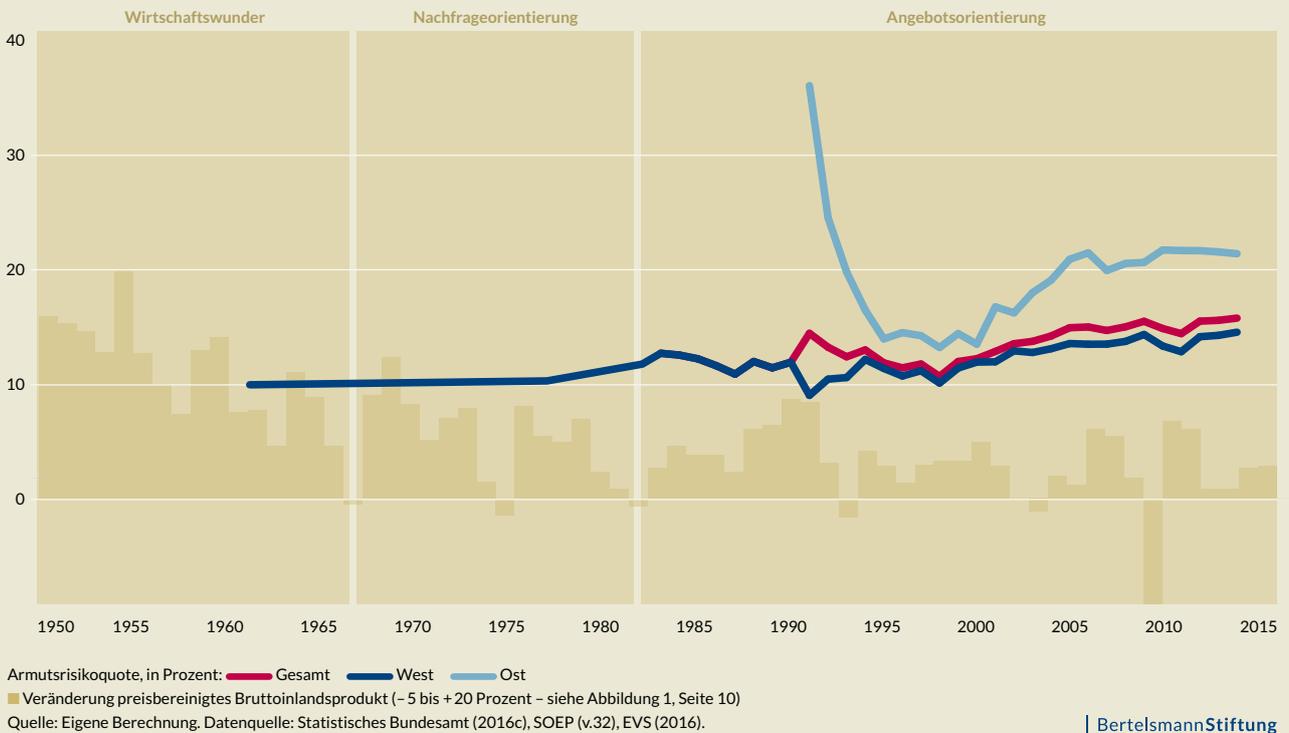
Um die Jahrtausendwende entkoppelt sich jedoch die Entwicklung Ostdeutschlands. Während in dieser Region ein kontinuierlicher Anstieg bis kurz vor der Finanzkrise zu beobachten ist, sinkt die durchschnittliche Verweildauer unter der Armutsgrenze für Westdeutschland von 3,06 im 1998 beginnenden Zeitfenster auf 2,94 Jahre in der Periode ab 2002. Die Verabschiedung der Agenda 2010 koinzidiert jedoch mit einem Wiederanstieg, der erst mit der wirtschaftlich dynamischen Periode ab 2005 sein Ende findet. Dennoch bleibt festzuhalten, dass auch in Westdeutschland die Armutperioden länger werden. Einmal unter der Armutsschwelle, scheint es zunehmend schwerer, der Armut zu entkommen.

6.3 Haushaltsgruppen

Ein noch detaillierteres Bild kann durch die Unterteilung nach soziodemographischen Haushaltscharakteristika gezeichnet werden (Abbildung 29). Bei dieser Betrachtung

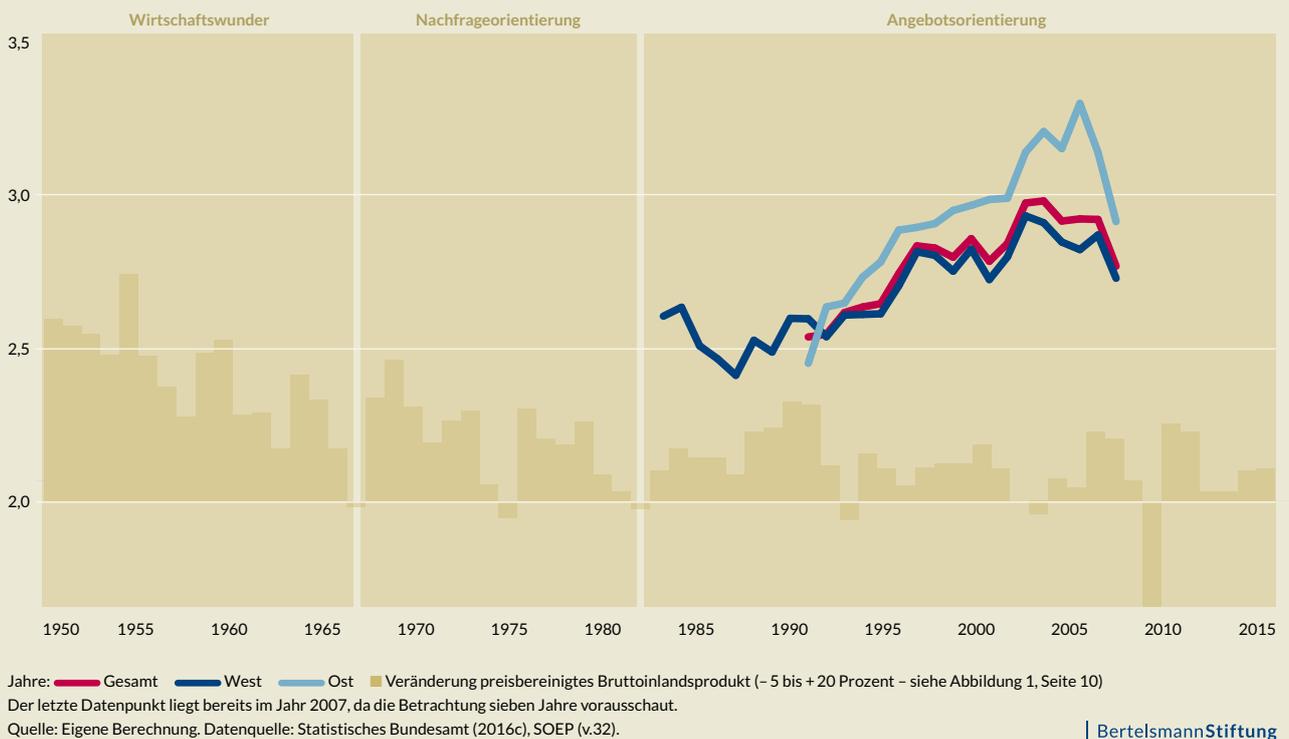
¹² Die hier gezeigten Ergebnisse zur Armutspersistenz basieren auf den Berechnungsmethoden präsentiert in Kyzyma (2014). Aufgrund der Datenanforderungen ist eine Berechnung der Armutspersistenz nur auf Basis des SOEP möglich und unsere Beobachtungsperiode auf den Zeitraum 1983 bis 2014 beschränkt.

ABBILDUNG 27: Armutsrisiko in West-, Ost- und Gesamtdeutschland, 1962 – 2014



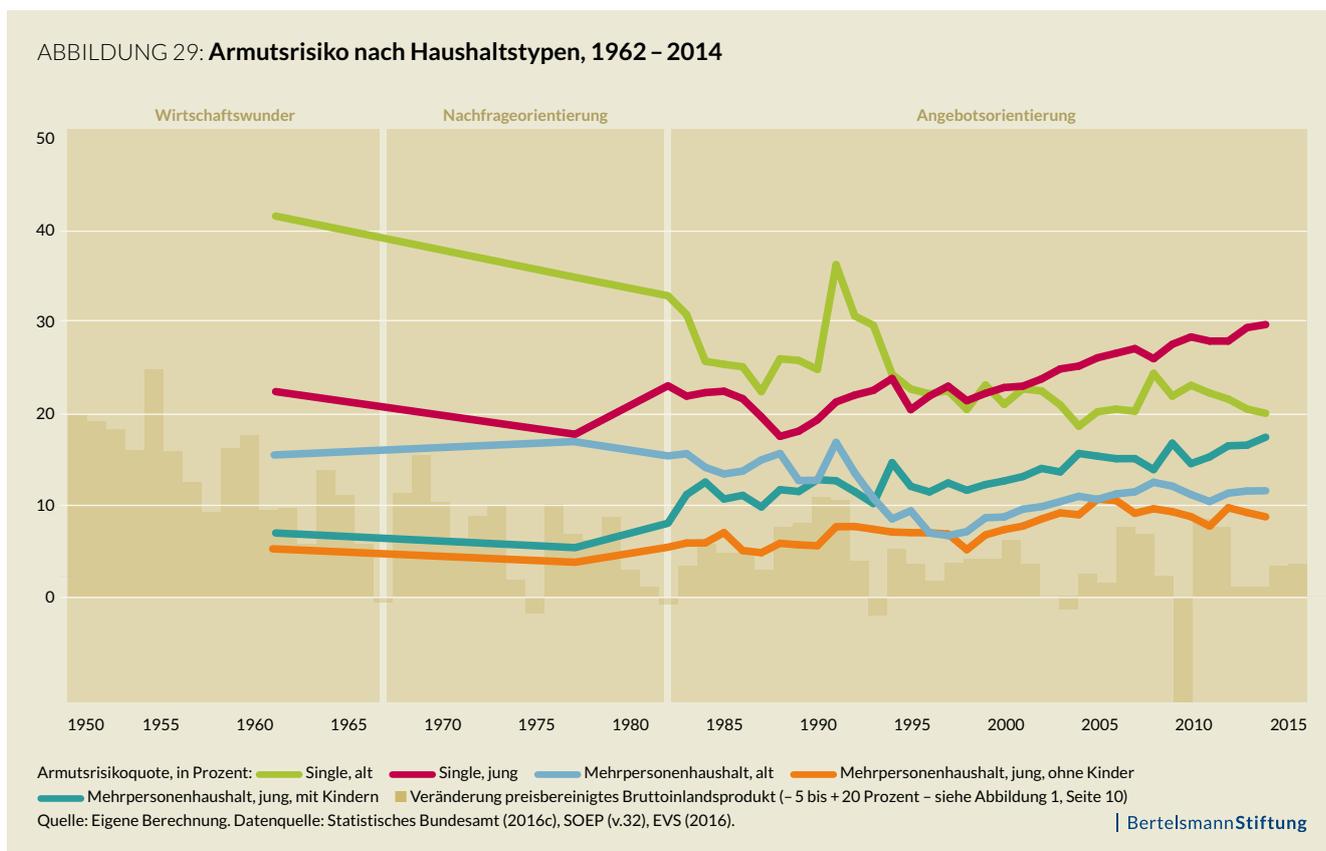
| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 28: Durchschnittliche Dauer von Armutsepisoden in West-, Ost-, und Gesamtdeutschland, 1983 – 2014



| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 29: Armutsrisiko nach Haushaltstypen, 1962 – 2014



verdeutlicht sich, dass insbesondere Single-Haushalte von Armut betroffen sind. Unter den Single-Haushalten lässt sich eine Trendumkehr nach Alter erkennen. Waren im Jahr 1962 vor allem ältere Single-Haushalte von Armut betroffen, weisen im Jahr 2014 die jüngeren Single-Haushalte mit beinahe 30 Prozent die höchste Armutsrisikoquote auf. Dies kann unter anderem mit der Expansion der universitären Ausbildung erklärt werden, die die Erzielung eines regelmäßigen Einkommens durchschnittlich in ein höheres Alter verlagert. Die Zurückdrängung der Altersarmut lässt sich auch für Mehrpersonenhaushalte beobachten, wobei sich für diesen Haushaltstyp ab Mitte der 2000er Jahre eine Trendumkehr zu einer höheren Armutsrisikoquote andeutet. Die Ausschläge der Kurven für die älteren Haushalte um das Jahr der Wiedervereinigung herum deuten des Weiteren auf die problematische Eingliederung älterer ostdeutscher Haushalte in das marktwirtschaftliche System hin.

7 Gemeinsame Betrachtung von Wachstum und Ungleichheit

Nachdem nun die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft anhand verschiedener Indikatoren auf gesamtwirtschaftlicher und Haushaltsebene betrachtet wurde, sollen noch einmal ausgewählte Faktoren gemeinsam analysiert werden. Dies dient sowohl einem besseren Verständnis der dynamischen historischen Entwicklung als auch der angemessenen Einordnung der heutigen Lage.

Abbildung 30 zeigt zunächst die Entwicklung von Arbeitslosenquote, Armutsrisikoquote und Gini-Koeffizient vor dem Hintergrund unseres Analyserasters. Für die Zeit des Wirtschaftswunders lässt sich festhalten, dass Arbeitslosigkeit und relative Armut im historischen Vergleich eher gering waren, während die Ungleichheit im verfügbaren Einkommen

men eher hoch war. Der starke wirtschaftliche Aufschwung dieser Zeit sorgte demnach zwar für Vollbeschäftigung und eher geringe Armut, führte jedoch auch zu relativ hoher Ungleichheit. In der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft konnte die Ungleichheit trotz steigender Arbeitslosigkeit und Armutsrisikoquoten zurückgedrängt werden.

Zu Beginn der Angebotsorientierung waren Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armutsrisiko zunächst, bedingt durch die zweite Ölkrise, gestiegen. In der Folge entwickelten sich diese Indikatoren jedoch rückläufig, wobei insbesondere Ungleichheit und Armutsrisiko in der Periode um die Wiedervereinigung einen starken Schub erhielten. Unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung gingen Ungleichheit

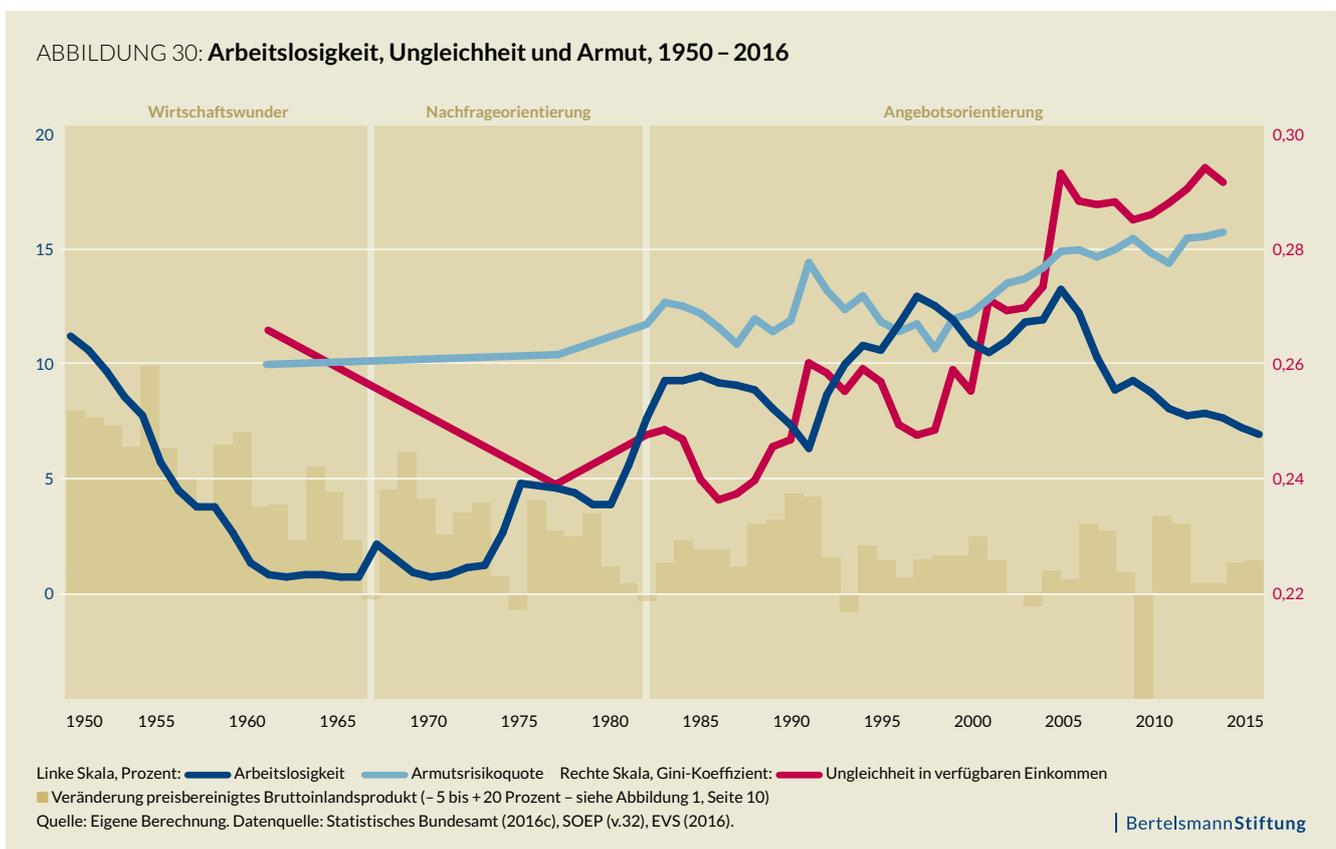
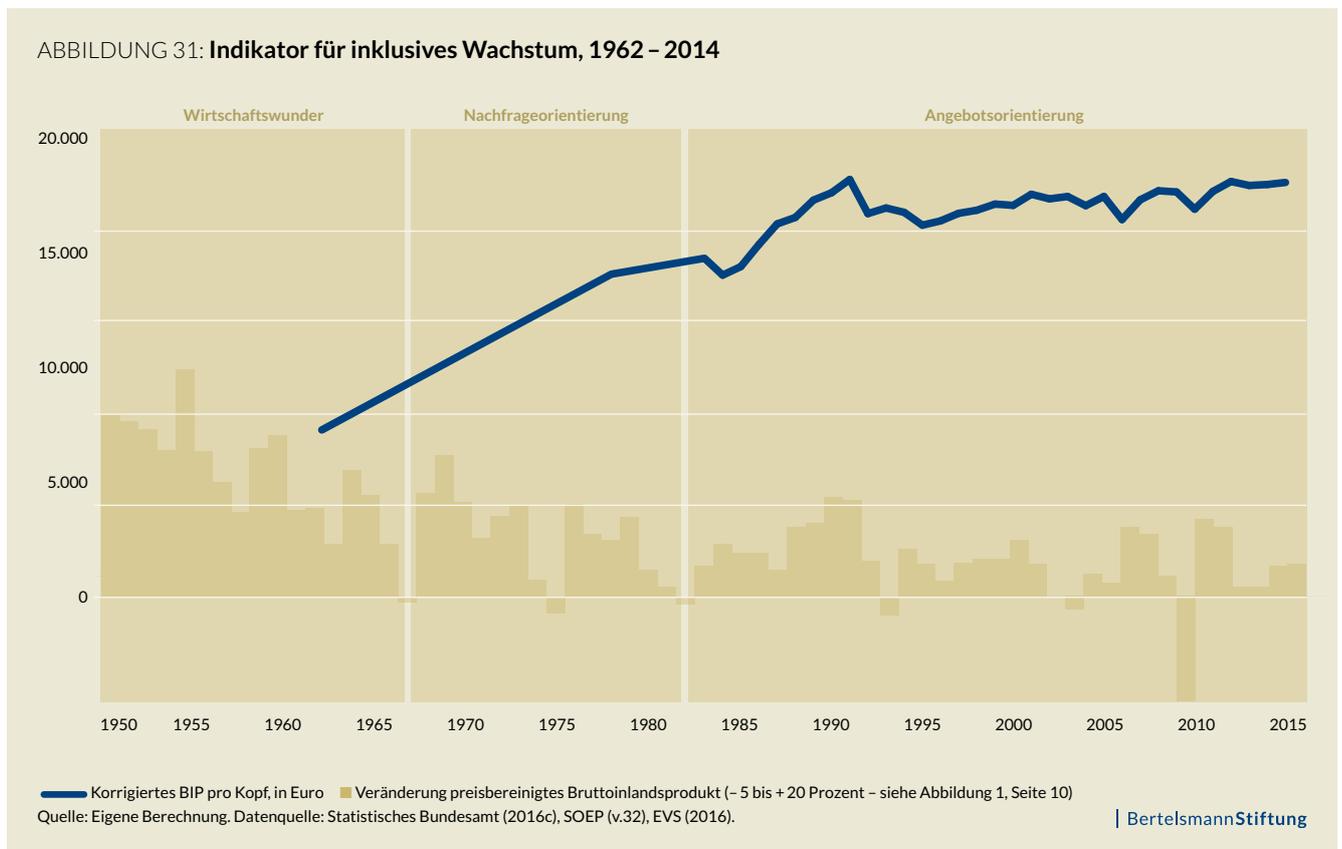


ABBILDUNG 31: Indikator für inklusives Wachstum, 1962 – 2014



und Armutsrisiko, bedingt durch den Aufholeffekt der ostdeutschen Bundesländer, zunächst zurück.

Diese Entwicklung wurde jedoch durch steigende Arbeitslosenzahlen kontrastiert, die erst mit der vollen Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2005 deutlich sanken. Während die Armutsrisikoquote bereits seit 2005 auf einem konstant hohen Niveau verbleibt, nimmt aktuell auch die Einkommensungleichheit zu.

Um die Inklusivität der wirtschaftlichen Entwicklung genauer darzustellen, wird die Analyse im Folgenden durch einen Indikator komplettiert, der Wachstum, Ungleichheit und Armut gemeinsam betrachtet.

7.1 Indikator für inklusiven Wohlstand

Die historische Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist sicherlich weitaus komplexer, als es ein einzelner Indikator abzubilden vermag. Allerdings ist es durchaus interessant, das Wirtschaftswachstum mit Armut und Ungleichheit ins Verhältnis zu setzen, um einen Indikator für deren gemeinsame Entwicklung zu erhalten. Wir betrachten die wirtschaftliche Entwicklung als inklusiv, sofern der mate-

rielle Wohlstand gleichmäßig bei allen Bevölkerungsschichten ankommt. Unter dieser Maßgabe schlagen wir einen Indikator vor, der das Pro-Kopf-BIP um Ungleichheit und Armut korrigiert:

$$BIP_{inclusive} = BIP_{pc} * (1 - Gini) * (1 - Armutsrisikoquote)$$

Abbildung 31 zeigt den Verlauf des Indikators vor unserem Analyseraster. Die erste Phase der Sozialen Marktwirtschaft zeigt einen starken Anstieg des Indikators, der vor allem durch die relativ hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts getrieben ist. Einer weiterhin starken Aufwärtsbewegung in den 1980er Jahren folgt ein Rückgang mit der Wiedervereinigung. Wie oben dargestellt, ist dies auf das abnehmende Pro-Kopf-BIP aufgrund der Eingliederung des wirtschaftlich schwachen Ostens sowie auf steigende interregionale Ungleichheit zurückzuführen.

Im wiedervereinigten Deutschland vollzieht der Indikator weitgehend eine leicht steigende Seitwärtsbewegung. Dies bestätigt noch einmal die obige Diagnose, dass die robust positive wirtschaftliche Entwicklung in der BRD durch steigende Armuts- und Ungleichheitswerte in ihrer inklusiven Wertigkeit gedämpft wird.

8 Fazit

Grundsätzlich geht die praktische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft mit einer stabil positiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland einher. So betrug das ökonomische Wachstum der BRD, gemessen in preisbereinigtem Pro-Kopf-BIP, durchschnittlich 3,3 Prozent in der Zeitperiode von 1950 bis 2015.

Es lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Phasen der Sozialen Marktwirtschaft auch mit unterschiedlichen Dynamiken bezüglich der untersuchten Indikatoren verbunden sind.

Die erste Phase des Wirtschaftswunders war von hohem Wachstum und hoher, aber rückläufiger Ungleichheit gekennzeichnet. Trotz eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit hielt diese Tendenz auch in den folgenden Jahren der Nachfrageorientierung an. Die dritte von uns identifizierte Phase war vor allem durch die der Wiedervereinigung folgenden Dynamiken geprägt. Während der wirtschaftliche Anpassungsprozess der 1990er Jahre zunächst von sinkenden Ungleichheitswerten begleitet wurde, war die Zeit nach der Jahrtausendwende von einer gegenläufigen Bewegung in diesen Statistiken charakterisiert.

Als treibender Faktor sind hier insbesondere die Gewinne der höheren Einkommensschichten auszumachen, die sich vor allem auf Ebene der Arbeitseinkommen (Markteinkommen) konzentrieren. Während der soziodemographischen Entwicklung ein nachrangiger Einfluss zuzuschreiben ist, zeigt unsere Analyse vor allem die starke Heterogenität in den Entwicklungspfaden der einzelnen Regionen in Deutschland.

In Bezug auf die Chancengerechtigkeit lässt sich ein relativ positives Bild zeichnen. Am aktuellen Rand lassen sich nach rückläufiger Tendenz in den letzten Jahren lediglich 13 Prozent der beobachteten Einkommensungleichheit auf die ungleiche Verteilung der Chancen zurückführen. Während wir positive Entwicklungen im Hinblick auf Geschlechtsun-

terschiede feststellen, bleibt jedoch auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein großer Unterschied zwischen den Menschen aus Ost und West bestehen. Weiterhin scheint die sozioökonomische Stellung des Elternhauses zunehmend an Bedeutung zu gewinnen.

Trotz des Beschäftigungsbooms in den letzten zehn Jahren findet man sowohl am aktuellen Rand als auch in der unmittelbaren Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung die höchsten Armutsquoten in unserem Betrachtungszeitraum.

Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang auch die Zunahme der Armutspersistenz zu betrachten, die seit Ende der 1980er Jahre in Deutschland stark gestiegen ist. Betrug die durchschnittliche Verweildauer unterhalb der Armutsrisikogrenze über einen Zeitraum von fünf Jahren 1991 noch etwa 2,5 Jahre, so stieg sie im Zeitraum ab 2008 auf über drei Jahre an. Bemerkenswerterweise zeigt eine genauere Betrachtung nach Haushaltsgruppen, dass es eine Trendumkehr bezüglich des Armutsrisikos gegeben hat. Während in der ersten Phase eher ältere Single-Haushalte von Armut bedroht waren, trifft dies am aktuellen Rand insbesondere für jüngere Single-Haushalte zu.

Eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung und Lage der Sozialen Marktwirtschaft liefert der entwickelte Indikator für die gemeinsame Betrachtung von Ungleichheit, Armut und Wirtschaftswachstum. Dieser ist von der ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft bis kurz vor die deutsche Wiedervereinigung konstant und steil gestiegen. Nach der Wiedervereinigung verläuft die positive Entwicklung der inklusiven Wohlstandssteigerung jedoch auf wesentlich flacherem Niveau. Es kann also festgehalten werden, dass der materielle Wohlstand in Deutschland heute so groß ist wie nie zuvor. Die faire Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen bleibt jedoch auch zukünftig ein Feld großer Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft.

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum der BRD, 1950 – 2015	10	Abbildung 20: Wachstum der Bruttolöhne, 1975 – 2010	32
Abbildung 2: Arbeitslosigkeit, 1950 – 2016	13	Abbildung 21: Wachstum der Lohnungleichheit, 1975 – 2010	32
Abbildung 3: Inflation, 1955 – 2016	14	Abbildung 22: Wachstum der Lohnungleichheit, 1992 – 2010	32
Abbildung 4: Außenhandel, 1950 – 2015	15	Abbildung 23: Vermögensentwicklung, 1950 – 2013	33
Abbildung 5: Wirtschaftswachstum innerhalb der BRD, 1992 – 2014	16	Abbildung 24: Chancenungerechtigkeit nach Einkommensarten, 1983 – 2014	36
Abbildung 6: Wirtschaftliche Unterschiede innerhalb der BRD, 2014	16	Abbildung 25: Determinanten der Chancenungerechtigkeit in verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 – 2014	36
Abbildung 7: Altersstruktur der Haushalte in der BRD, 1962 – 2015	18	Abbildung 26: Chancenungerechtigkeit in verfügbaren Haushaltseinkommen in West-, Ost- und Gesamtdeutschland, 1983 – 2014	37
Abbildung 8: Beschäftigungsstruktur der Haushalte, 1984 – 2015	21	Abbildung 27: Armutsrisiko in West-, Ost- und Gesamtdeutschland, 1962 – 2014	40
Abbildung 9: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen nach SOEP und EVS, 1962 – 2014	23	Abbildung 28: Durchschnittliche Dauer von Armutsepisoden in West-, Ost-, und Gesamtdeutschland, 1983 – 2014	40
Abbildung 10: Ungleichheit nach Einkommensarten, 1962 – 2014	23	Abbildung 29: Armutsrisiko nach Haushaltstypen, 1962 – 2014	41
Abbildung 11: Einkommensanteil der Spitzenverdiener, 1950 – 2010	25	Abbildung 30: Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut, 1950 – 2016	42
Abbildung 12: Hohe und niedrige Einkommen im Verhältnis, 1962 – 2014	25	Abbildung 31: Indikator für inklusives Wachstum, 1962 – 2014	43
Abbildung 13: Anteil der Mittelschicht, 1962 – 2014	26		
Abbildung 14: Wachstumsinzidenz verfügbarer Haushaltseinkommen, 1991 – 2014	27		
Abbildung 15: Wachstumsinzidenz verfügbarer Haushaltseinkommen (Westdeutschland), 1983 – 2014	27		
Abbildung 16: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp, 1962 – 2014	28		
Abbildung 17: Einfluss der demographischen Entwicklung, 1962 – 2014	28		
Abbildung 18: Ungleichheit verfügbarer Haushaltseinkommen in West-, Ost-, und Gesamtdeutschland, 1962 – 2014	30		
Abbildung 19: Ungleichheit mittlerer Bruttolöhne zwischen Kreisen, 1975 – 2010	31		

Tabellen

Tabelle 1: Einteilung in Haushaltstypen	17
Tabelle 2: Haushaltscharakteristika über die Zeit, Gesamtbevölkerung	18
Tabelle 3: Haushaltscharakteristika über die Zeit, Top 10 Prozent	19
Tabelle 4: Haushaltscharakteristika über die Zeit, untere 40 Prozent	20

Literatur

- Adam, H. (2016). „Von der Inflationsphobie bis zur ‚schwarzen Null‘“. *Wirtschaftsdienst* 96 (7). 492–500.
- Alvaredo, F., A. B. Atkinson, T. Piketty und E. Saez (2013). „The Top 1 Percent in International and Historical Perspective“. *Journal of Economic Perspectives* 27 (3). 3–20.
- Ammermüller, A., A. M. Weber und P. Westerheide (2005). *Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens*. BMAS. Berlin.
- Antonczyk, D., B. Fitzenberger und K. Sommerfeld (2011). „Anstieg der Lohnungleichheit, Rückgang der Tarifbindung und Polarisierung“. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 44 (1–2). 15–27.
- Autor, D. H., D. Dorn und G. H. Hanson (2016). „The China Shock: Learning from Labor-Market Adjustment to Large Changes in Trade“. *Annual Review of Economics* 8. 205–240.
- Biewen, M., M. Ungerer und M. Löffler (2016). *Trends in the German income distribution: 2005/06 to 2010/11*. ZEW Discussion Paper 16 (088).
- BMWi und BMF/Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Bundesministerium der Finanzen (2008). *Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung. Maßnahmenpaket der Bundesregierung*. Deutscher Bundestag. Berlin.
- Dell, F. (2007). „Top incomes in Germany throughout the twentieth century: 1891–1998“. *Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast Between Continental European and English Speaking Countries*. Hrsg. A. B. Atkinson und T. Piketty. 365–425. Oxford University Press.
- Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. Deutscher Bundestag. Berlin.
- Fitzenberger, B. (2012). *Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*. Wiesbaden.
- Fratzcher, M. (2016). *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*. München.
- Fuest, C. (2016). *Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher? Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte*. ZEW. Mannheim.
- IAW und ZEW (2016). *Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen*. BMAS. Berlin.
- Jenderny, K., und C. Bartels (2015). „The Role of Capital Income for Top Income Shares in Germany“. *World Top Incomes Database (WTID) Working Paper 1 2015*.
- Kyzyma, I. (2014). „Changes in the Patterns of Poverty Duration in Germany, 1992–2009“. *Review of Income and Wealth* 60 (S2). 305–331.
- Müller-Armack, A. (1966). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*. Volume 4. Freiburg.
- Niehues, J., und A. Peichl (2014). „Upper bounds of inequality of opportunity: theory and evidence for Germany and the US“. *Social Choice and Welfare* 43 (1). 73–99.
- Quaas, F. (2000). *Soziale Marktwirtschaft: Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Bern.
- Roemer, J. E. (1998). *Equality of Opportunity*. Harvard University Press, Cambridge.
- Roemer, J. E., und A. Trannoy, A. (2015). „Equality of Opportunity“. *Handbook of Income Distribution*. Hrsg. A. B. Atkinson, und F. Bourguignon. Volume 2. 217–300. Oxford.
- Stiglitz, J., A. K. Sen und J.-P. Fitoussi (2009). *The Measurement of Economic Performance and Social Progress Revisited: Reflections and Overview*. INSEE.
- Tuchtfeldt, E. (1995). „Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept“. *Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*. Hrsg. F. Quaas und T. Straubhaar. 29–44. Bern.

-
- UN Economic and Social Council (2016). *Report of the Secretary-General: Progress towards the Sustainable Development Goals*. United Nations. New York.
- Van de gaer, D., und X. Ramos (2016). „Empirical Approaches to Inequality of Opportunity: Principles, Measures, and Evidence“. *Journal of Economic Surveys* 30 (5). 855–883.
- Zohlnhöfer, R. (2013). *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl: Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998*. Heidelberg.

Anhang

Datengrundlage

Für Deutschland stehen zahlreiche qualitativ hochwertige Mikrodaten für die Analyse der Entwicklung von Einkommen und Vermögen zur Verfügung. Die erste Erhebung solcher Daten fand 1962/1963 auf Basis des Mikrozensusgesetzes von 1959 statt. Diese werden durch aggregierte Statistiken des Statistischen Bundesamt sowie der Bundesagentur für Arbeit ergänzt.¹³ Des Weiteren verfügen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder über aggregierte Steuerstatistiken, die vor allem eine regionale Differenzierung der beobachteten Entwicklungen ermöglichen. Im Folgenden werden die einzelnen Datensätze, insbesondere mit Blick auf ihre Eignung für die vorliegende Analyse, kurz vorgestellt.

SOEP (1984 – 2015)

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative Befragung von über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten. Für Gesamtdeutschland ist eine Betrachtung ab 1990 möglich. Das Fragenspektrum ist sehr breit und deckt neben Einkommensdaten auf Haushalts- und Individualebene auch eine Vielzahl sozioökonomischer Informationen der Haushalte ab. Zudem liegen Daten über die Elterngeneration der teilnehmenden Haushalte vor, sodass sich der Zusammenhang zwischen der Lebenssituation der Elterngeneration und der ihrer Kinder untersuchen lässt. Zusätzlich zu Einkommensinformationen enthält das SOEP in den Jahren 2002, 2007 und 2012 eine Vermögensbilanz. Durch die Breite der verfügbaren sozioökonomischen Informationen ermöglicht das SOEP in der vorliegenden Analyse eine Dekomposition der beobachteten Trends nach Haushaltstypen. Trotz eines Oversamplings von Haushalten mit hohem Einkommen

sind die oberen Perzentile der Einkommensverteilung jedoch unzureichend erfasst.¹⁴

EVS (1962 – 2013)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine amtliche Statistik über die Lebensverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. In ihrem Rahmen werden seit 1962 etwa 0,2 Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland in fünfjährlichem Abstand befragt. Dies entspricht derzeit mehr als 50.000 Haushalten mit weit über 100.000 Personen. In den neuen Bundesländern findet die Befragung seit 1993 statt. Im Gegensatz zum SOEP ist die EVS kein Panel und verfügt durch den fünfjährigen Erhebungszyklus über weniger Beobachtungen im Zeitverlauf.

Mit einer ersten Erhebung Anfang der 1960er Jahre lässt sich jedoch ein längerer Zeitraum der praktischen Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft abdecken. Neben der detaillierten Erhebung von Einkommen und Ausgaben umfasst die EVS Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Schuldsituation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte. Eine Besonderheit besteht darin, dass die EVS die oberste Einkommensschicht mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro nicht mehr erfasst.¹⁵

SIAB (1975 – 2010)

Die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) ist eine Zwei-Prozent-Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die für das Altbundesgebiet ab 1975 vorliegt. Sie beinhaltet Daten für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig

13 Vgl. Statistisches Bundesamt (2016a, 2016c, 2017), Bundesagentur für Arbeit (2017).

14 Die in diesem Gutachten verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), bereitgestellt. Die verwendete SOEP Version ist SOEP v32. Vgl. Wagner et al. (2007).

15 Vgl. Statistisches Bundesamt (2016b).

Beschäftigte, Empfänger von Sozialleistungen nach SGB III bzw. II sowie Arbeitssuchende. Weiterhin enthält sie detaillierte Informationen zu Einkommen, Erwerbsstatus und Arbeitsplatz sowie zu verschiedenen individuellen Charakteristika. Zu beachten ist dabei, dass im SIAB lediglich individuelle Arbeitseinkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung erfasst werden. Daher werden hohe Arbeitseinkommen nicht erfasst. Der Regionaldatensatz des SIAB enthält die Erwerbsverläufe von 1.594.466 Individuen und ermöglicht eine regionale Disaggregation auf Kreisebene. Somit kann mithilfe des SIAB die Ungleichheitsentwicklung innerhalb und zwischen einzelnen Kreisen und Arbeitsmarktregionen der BRD ab 1975 dargestellt werden.¹⁶

WID (1890 – 2011)

Die World Wealth and Income Database (WID) ist eine Sammlung konsistent aufbereiteter Daten über Top-Einkommens- und Vermögensanteile, das Bruttoinlandsprodukt, die Bevölkerungsgröße sowie weitere Merkmale zur Analyse von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum. Aktuell sind Daten für 40 Länder über einen Zeitraum von 1850 bis 2010 verfügbar. Für Deutschland liegen Einkommensungleichheitsmaße ab 1890 bis 2011 vor. Neben der länderübergreifenden Vergleichbarkeit dieser Datenquelle ist im Kontext des vorliegenden Berichts insbesondere die lange Zeitreihe über die gesamte Umsetzungsphase der Sozialen Marktwirtschaft in der BRD hervorzuheben.¹⁷

TPP (2001 – 2010)

Das Taxpayer-Panel (TPP) basiert auf den Daten der jährlichen Einkommensteuerstatistik und enthält die Angaben aus den Einkommensteuererklärungen der knapp 27 Millionen veranlagten deutschen Steuerpflichtigen. Die Beobachtungen beziehen sich daher auf Steuereinheiten, die

nicht notwendigerweise kongruent mit Einzelpersonen oder Haushalten sind. Die Daten sind aktuell für die Jahre 2001 bis 2010 über die Steuernummern sowie indirekte Indikatoren zu einem Panel verknüpft.

Im TPP finden sich neben sozioökonomischen Informationen detaillierte Angaben zu verschiedenen Einkommensquellen sowie zu den für die Berechnung des zu versteuern Einkommens notwendigen Parametern. Im Gegensatz zu Survey-Daten wie dem SOEP oder der EVS vernachlässigt das TPP alle nicht-steuerpflichtigen Haushalte. Somit sind vor allem Haushalte der unteren Einkommensperzentile unterrepräsentiert.

VGRdL (1992 – 2014):

In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) werden volkswirtschaftliche Maße wie das Bruttoinlandsprodukt, die Einwohnerzahl sowie Löhne und Einkommen auf Landes- und Kreisebene erfasst. In der vorliegenden Analyse greifen wir auf diese Datenquelle zurück, um regionale Heterogenitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der BRD aufzuzeigen.¹⁸

¹⁶ In dieser Studie wird die SIAB Version R 7510 verwendet. Vgl. vom Berge et al. (2013).

¹⁷ Vgl. Dell (2007).

¹⁸ Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2016).

Die Serie „Inklusives Wachstum für Deutschland“



Band 1:
Wachstum im Wandel.
Zehn Konfliktfelder wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Deutschland



Band 6:
Neue Gründer hat das Land! Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund gründen Unternehmen in Deutschland. Das ist gut so.



Band 11:
Ökonomische Resilienz: Schlüsselbegriff für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild?



Band 2:
Das Potenzial der heterogenen Gesellschaft nutzen. Migrantenunternehmen als Motor inklusiven Wachstums



Band 7:
Schulden- und Investitionsregel: Zwei Seiten einer Medaille?!



Band 12:
„Building Resilience“ Ein Vergleich von acht OECD-Ländern



Band 3:
Zukunftsinvestitionen. Empirische Befunde zur Wirkung öffentlicher Ausgaben auf inklusives Wachstum



Band 8:
Ein Staatsfonds für Deutschland? Grundüberlegungen und internationale Vorbilder



Band 13:
Investitionen der öffentlichen Hand: Die Rolle der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen



Band 4:
Zukunftswirksame Ausgaben der öffentlichen Hand. Eine infrastrukturbezogene Erweiterung des öffentlichen Investitionsbegriffs



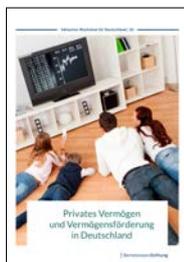
Band 9:
Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben



Band 14:
Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem: Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum



Band 5:
Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014. Ausmaß, ökonomische Bedeutung, Einflussfaktoren und Förderung



Band 10:
Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland

Unsere Ziele

„Inklusives Wachstum für Deutschland“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „Nachhaltig Wirtschaften“ der Bertelsmann Stiftung. Deutschland geht es aktuell wirtschaftlich gut. Doch das Wachstum der letzten Jahre ist nicht inklusiv: Ungleichheiten zwischen Menschen, Generationen und Regionen nehmen zu. Um das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft fit für die Zukunft zu machen, muss neu über den Zusammenhang zwischen Wachstum und gesellschaftlicher Teilhabe nachgedacht werden. Die Reihe trägt mit Analysen, Konzepten und Empfehlungen zu dieser notwendigen Debatte bei.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Inclusive Growth

[www.bertelsmann-stiftung.de/
inklusives-wachstum](http://www.bertelsmann-stiftung.de/inklusives-wachstum)

Blog: New Perspectives on Global Economic Dynamics

<http://ged-project.de>

Sustainable Governance Indicators

www.sgi-network.org

Twitter: [https://twitter.com/
BertelsmannSt](https://twitter.com/BertelsmannSt)

Facebook: [www.facebook.com/
BertelsmannStiftung](http://www.facebook.com/BertelsmannStiftung)

Impressum

© August 2017,
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Manuela Barišić
Bertelsmann Stiftung
[manuela.barisic@
bertelsmann-stiftung.de](mailto:manuela.barisic@bertelsmann-stiftung.de)

Autoren

Prof. Dr. Andreas Peichl
Martin Ungerer
Paul Hufe
Dr. Iryna Kyzyma

Unter Mitarbeit von

Adrian Blattner

Redaktionelle Unterstützung

Sabrina Even

Lektorat

Sibylle Reiter

Grafikdesign

Dietlind Ehlers, Bielefeld

Bildnachweis

Shutterstock / Photobank gallery

ISSN 2365-8991

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Manuela Barišić
Programm Nachhaltig Wirtschaften
Telefon +49 5241 81-81480
manuela.barisic@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de